

Bremen in der Welt - Die Welt in Bremen

Einladung

Bremen in der Welt – Die Welt in Bremen
Montag, 23. Mai 2005

Durch Beschluss der Bürgerschaft vom 12.7.1978 (Drucks. 9/826) wurde der Senat der Freien Hansestadt Bremen aufgefordert, eine „zentrale Verantwortlichkeit“ für Bremens Entwicklungszusammenarbeit zu schaffen, um Bremen an die „wachsenden Herausforderungen des Nord-Süd-Konfliktes“ in einer sich „schnell wandelnden Weltwirtschaft“ anzupassen.

Dieser Auftrag der Bürgerschaft wurde in den letzten 27 Jahren nicht nur in einer bundesweit beispielhaften organisatorischen Einheit, wie dem Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt, sondern auch durch mannigfaltige Programme und Projekte bundesweit und international inhaltlich untermauert.

Ziel des Symposiums ist es, aufzuzeigen, was in den letzten Jahrzehnten in einigen exemplarischen Arbeitsfeldern des Landesamtes für Entwicklungszusammenarbeit erreicht wurde und zukünftig noch zu leisten ist, als auch darzulegen, welche Verantwortlichkeit und Zuständigkeiten für das Politikfeld der Entwicklungszusammenarbeit die Länder in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Hierzu laden wir Sie recht herzlich ein

Staatsrätin Dr. Kerstin Kießler
Bevollmächtigte der Freien
Hansestadt Bremen beim
Bund und für Europa

Dr. Kambiz Ghawami
World University Service
(WUS)

Grußwort

der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecek-Zeul, anlässlich der Verabschiedung von Gunther Hilliges in den Ruhestand



Wir verbinden wohl alle in besonderer Weise mit dem Bremer Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit den Namen einer Person: Senatsrat Gunther Hilliges.

Du, lieber Gunther, wurdest 1979 zum Leiter des Landesamtes berufen und hast es bis zu Deinem wohlverdienten Eintritt in

den Ruhestand zu einer anerkannten Einrichtung gemacht, die über die bremischen Grenzen hinaus bekannt wurde. Sicherlich sind Dir bei der Ausübung dieses Amtes Dein entwicklungspolitisches Fachwissen und Dein vielfältiges Engagement in diversen Gremien zugute gekommen – wie etwa Deine langjährige Tätigkeit im Vorstand, zuletzt als Bundesvorsitzender, des großen Hilfswerkes Terre des Hommes, mit den Schwerpunkten Indien und Afrika.

Die ersten Projekte des Landesamtes, die national und auch international Anerkennung und Nachahmung fanden, waren Slumsanierung in zwei indischen Städten und der Aufbau von Biogasanlagen auf dem indischen Subkontinent als alternative Energiequellen in ländlichen Gebieten in Zusammenarbeit mit der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Überseeforschung.

Es ging Dir bei der Ausübung Deines Amtes in all den Jahren nicht um Kontrolle oder bürokratisches Verwalten. Im Mittelpunkt Deiner Arbeit stand vielmehr, neue Ideen zu entwickeln, zukunftsweisende Initiativen anzustoßen und Impulse für wirksame Programme zu geben. Zudem koordiniertest Du die vielfältigen entwicklungspolitischen Aktivitäten staatlicher bremischer Dienststellen und die engere Zusammenarbeit zwischen Senatsamt, Kirchen und Caritas, Deutschem Roten Kreuz, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und der Arbeiterwohlfahrt mit dem Ziel, die Partner in den Ländern des Südens wirksam zu unterstützen.

Du warst nicht nur 1977 ein Mitgründer des Bremer Informationszentrums für Menschenrechte und Entwicklung – biz – und der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Überseeforschung und Entwicklung – BORDA –, sondern hast darüber hinaus mitgewirkt, das erste deutsche Nord-Süd-Forum in Bremen aufzubauen. Diese Einrichtungen haben sich im Laufe der Jahre einen respektablen Ruf erworben. Im Jahre 1977 trat Bremen dem Bündnis der „Städte gegen Apartheid“ bei und verlieh den ersten Bremer Solidaritätspreis an das Ehepaar Mandela.

Auch der Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit hat immer auf Deine aktive Mitarbeit und wertvollen Inputs zählen können. Die von ihm ins Leben gerufene AG Informations- und Bildungsarbeit hast Du seit Gründung 1985 als Vorsitzender in einer bemerkenswerten und engagierten Art geleitet, wofür ich Dir an dieser Stelle noch einmal danken möchte.

Da wir uns schon so lange kennen, stelle ich es mir zunächst einfach vor, ein Grußwort zu Deiner Verabschiedung aus dem aktiven Berufsleben zu formulieren. Als ich mich jedoch näher mit Deiner Arbeit in der bremischen, deutschen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit befasste, merkte ich, wie schwierig es ist, Dein vielfältiges, weit reichendes entwicklungspolitisches Engagement in den zurückliegenden 26 Jahren in knapper Form angemessen zu würdigen. Kurz gesagt: Lieber Gunther, Du hinterlässt große entwicklungspolitische Schuhe, in die Dein/e Nachfolger/-in gewiss nicht einfach hineinschlüpfen können.

Ich freue mich, dass Du gesund und munter in den Ruhestand gehen kannst. Andererseits werden wir Dich alle in unserer Arbeit vermissen! Deine Familie wird sich sicher freuen, Dich nun etwas öfter um sich zu haben! Ich hoffe jedoch, dass Du uns im entwicklungspolitischen Raum mit Deinem Engagement und Fachwissen auch künftig erhalten bleibst!

Heidi Wiecek-Zeul

Symposium

„Bremen in der Welt – Die Welt in Bremen“

Haus der Bürgerschaft, Bremen, 23. Mai 2005



Staatsrätin Dr. Kerstin Kießler, Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa

Frau DR. KIESSLER:

Lieber Herr Hilliges und liebe Freundinnen und Freunde von Gunther Hilliges. Ich freue mich sehr, dass Sie heute alle die Gelegenheit nutzen, Gunther Hilliges zu verabschieden. Lassen Sie uns vorher aber noch über die Entwicklungszusammenarbeit der Hansestadt Bremen nachdenken, wie es der Titel der Veranstaltung vorgibt: „Bremen in der Welt – Die Welt in Bremen“. In der letzten Woche hat die Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers für die „Partnerschaftsinitiative Fluthilfe“ im Bundeskabinett, Frau Christina Rau, eine Zwischenbilanz gezogen: Sie hat von rund 1.000 laufenden Projekten gesprochen.

300 davon wurden mit Hilfe der Kommunen initiiert und sind sehr erfolgreich angelaufen. Diese schnelle Intervention aus Deutschland war nur möglich, weil die deutschen Kommunen gut aufgestellt sind. Sie präsentierten mit der Servicestelle „Kommunen in der Einen Welt“ in Bonn direkt einen Ansprechpartner, so dass die Arbeit sofort aufgenommen werden konnte. Dieses ist eben nicht selbstverständlich. So eine Hilfsaktion braucht viel Vorlauf, viel Kompetenzansammlung, um im Notfall sofort reagieren zu können.

Wie fing es denn eigentlich an, mit der Entwicklungszusammenarbeit der Kommunen? Ich zitiere aus einer privaten Aufzeichnung des ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Georg Augustin Zinn: „Die meisten Deutschen stehen im Bann der europäischen Spannung und beachten kaum, dass der Konflikt zwischen den reichen und den armen Ländern der Welt nicht unter Umständen schon in naher Zukunft bedrohlichere Auswirkungen hat, als die Ost-West-Konfrontation“. So weit-sichtig argumentierte Zinn 1965 in Hessen.

Er ist eigentlich der Vater der Länderentwicklungszusammenarbeit. Ihm ist es gelungen, schon im Jahre 1957 den Nord-Süd-Konflikt in seinem hessischen Kabinett zum Thema zu machen. Er knüpfte erste Kontakte mit Ghana. Auf Einladung des damaligen Präsidenten Nkrumah entsandte er im Rahmen einer Organisationsberatung der Ministerien in Ghana den damaligen Hessischen Wirtschaftsstaatssekretär Prof. Dr. Reuß für 14 Tage nach Ghana, um dort zu helfen – er blieb schließlich fünf Wochen. Nach seiner Rückkehr wurde ein Haushaltstitel zur Entwicklungszusammenarbeit im Hessischen Wirtschaftsministerium eingerichtet. Georg August Zinn schaffte es, dass die Länderministerpräsidenten sich erstmalig 1962 mit Fragen der Entwicklungszusammenarbeit beschäftigten. Sie fassten – im Rahmen ihrer Zuständigkeit – einen Beschluss, der eigentlich immer noch die Grundlage für die Länderentwicklungszusammenarbeit bildet. Dieser sah vor, die Aus- und Fortbildung von Fachkräften vor Ort und im Inland zu fördern.

Darauf aufbauend entstand 1977 zunächst ein Stipendienprogramm – teilweise von Bund und Ländern gemeinsam finanziert. 1978, ein Jahr später, fällt die Bürgerschaft hier in Bremen – auch hier eine Vorreiterrolle übernehmend – den ersten Beschluss, eine

„zentrale Verantwortlichkeit“

für Bremens Entwicklungszusammenarbeit zu schaffen. Ziel war es, Bremen an die wachsenden Herausforderungen des Nord-Süd-Konfliktes in einer sich schnell wandelnden Weltwirtschaft vorzubereiten. Die Ministerpräsidenten haben sich daraufhin in den Jahren 1988, 1994 und 1998

mit Fragen der Entwicklungszusammenarbeit beschäftigt und gemeinsame Beschlüsse gefasst. Alle, die hier versammelt sind, werden sich nicht wundern, dass Gunther Hilliges an all diesen Beschlussfassungen maßgeblich beteiligt war. Bremen hat in den letzten 27 Jahren den damaligen Auftrag der Bürgerschaft, eine „zentrale Verantwortlichkeit“ für Bremens Entwicklungszusammenarbeit zu schaffen, ernst genommen. Der Stadtstaat gründete schon 1979 das Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit, als Referat beim damaligen Senator für Wirtschaft und Außenhandel angesiedelt. Diese Einrichtung füllte den Auftrag der Bürgerschaft mit Leben, mit konkreten Projekten, auch wenn das Amt im Laufe der Zeit mit wechselnden organisatorischen Zuordnungen innerhalb des Senats fertig werden musste.

In den letzten 27 Jahren ist Bremen durch die Arbeit des Landesamtes in vielen Orten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ein Inbegriff von Solidarität und von Weitsicht geworden. Es hat Solidarität in Zeiten der Not und des Befreiungskampfes gezeigt – wie z.B. in Namibia und in Südafrika zu Zeiten der Apartheid. Weitsicht bewies Bremen auch mit Technologien wie den regenerativen Energieträgern, die vor 20 Jahren noch keiner so richtig ernst nahm. Heute werden sie von allen gefördert und angesichts der immer knapper werdenden fossilen Brennstoffe unverzichtbar. Die Biogas-Kooperation zwischen Bremen und der indischen Partnerstadt Pune kann hier exemplarisch stehen. Die Liste beispielhafter Kooperationen Bremens mit seinen Partnern in aller Welt ist lang.

Folgender Geist kennzeichnete die Bremer Entwicklungszusammenarbeit:

„In partnerschaftlichem Engagement voneinander lernen!“

Drei Säulen der Zusammenarbeit sind immer gepflegt worden: Erstens: Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, zum Umweltschutz und zum integrierten Einsatz angepasster Technologien. Zweitens: Internationale, wirtschaftsorientierte Qualifizierungsprogramme.

Diese Ideen stammten noch aus der Zeit, als die Entwicklungspolitik beim Senator für Außenwirtschaft angesiedelt war. Drittens: Die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. Dabei ging es um die Stärkung von Netzwerken und Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit. Man bemühte sich, Partner zu finden, auf die man sich verlassen konnte. Heute, dies zeigte das anfangs erwähnte Beispiel der Tsunami-Hilfe, bilden sie ein tragfähiges Netz, um schnell handeln zu können.

Wir werden heute zu allen drei Bereichen Bremer Entwicklungszusammenarbeit einiges hören. Lassen Sie es mich noch mal sagen: Ich freue mich sehr, dass so viele unserer Einladung gefolgt sind, um mit uns heute ein letztes Mal „offiziell“ und „dienstlich“ mit dem langjährigen Leiter des Landesamtes für Entwicklungszusammenarbeit, Gunther Hilliges, diese Fragen zu diskutieren. Nach dem ersten Juni 2005 wird Gunther Hilliges dann nur noch freiwillig – und wie ich ihn kenne, nach Rücksprache mit seiner Frau – entscheiden, welche entwicklungspolitischen Fragen er aufgreift und in welche Debatte er eingreift. Ich bin aber sicher, er wird es weiterhin tun, und ich bin sicher, dass der eine oder andere von Ihnen auch nach seiner Pensionierung weiter seinen Rat suchen wird.



Dr. Kerstin Kießler im Gespräch mit Kerstin Dahlberg (Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit), Margit Michaelis (Abteilungsleiterin bei der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen und Personalaratsvorsitzende) und Heidemarie Buchhammer (Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit).

Ziel des heutigen Symposiums ist es, aufzuzeigen, was in den letzten Jahrzehnten seit 1978 entwicklungspolitisch geleistet wurde, aber auch den Blick in die Zukunft zu richten. Wir fragen uns, welche Verantwortung haben die Länder für das Politikfeld der Entwicklungszusammenarbeit heute im Jahr 2005? Wir fragen uns dies im Hinblick auf die zunehmende Globalisierung und im Lichte leerer öffentlicher Kassen. Wir sehen aber auch die Chance wachsender europäischer Zusammenarbeit.

Es freut mich sehr, dass wir mit Professor Dr. Ingomar Hauchler einen ausgewiesenen Experten für das Thema „Die entwicklungspolitische Verantwortung der Länder“ gewinnen konnten. Er ist auch einer der längsten Mitstreiter von Gunther Hilliges. Sie haben sich nicht nur viele Jahre im Deutschen Bundestag mit Entwicklungspolitik beschäftigt, sondern Sie kennen auch die ersten getätigten Aktivitäten der Bundesländer sowie die aktuelle Politik. Gerne hätte ich meine Freude über die Anwesenheit des ehemaligen Bremer Bürgermeisters Hans Koschnick zum Ausdruck gebracht. Drei Stadtvorsteher unterstützten



Dr. Jürgen Varnhorn, Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit Berlin, und Dr. Kerstin Kiebler

Gunther Hilliges tatkräftig: Hans Koschnick, Klaus Wedemeier und Dr. Henning Scherf, alle der SPD zugehörig. Aber Hans Koschnick hat, wie wir alle wissen, einen Bandscheibenvorfall erlitten. Er hat nach einem Krankenhausaufenthalt heute noch nicht die Kraft und die Zeit, sich hier lange aufzuhalten. Er lässt Sie alle ganz herzlich grüßen! Wir freuen uns umso mehr, dass Herr Dr. Varnhorn von der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit in Berlin zu uns gekommen ist. Er wird die Erfahrungen der Länder mit der Entwicklungszusammenarbeit darstellen. Prof. Dr. Hundt wird uns anschließend darlegen, wie am damaligen Runden Tisch, nach dem Fall der Mauer – auch dort wieder mit tatkräftiger Hilfe von Gunther Hilliges – die neuen Länder für die Entwicklungszusammenarbeit gewonnen werden konnten. Bremens bundesweite Netzwerkarbeit werden uns Herr Schleich von InWEnt und Herr Dr. Hermle von VENRO darstellen. Zu den langjährigen Kontakten eines Gunther Hilliges gehörten auch der Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europa-Angelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, Herr Hartmut Perschau. Auch er ist ein erfahrener Entwicklungspolitiker, der sich im Europäischen Parlament schon mit dem hier zu besprechenden Themenbereich beschäftigt hat. Ich freue mich auch auf Dr. Mathias Güldner, der stellvertretende Fraktionssprecher von Bündnis 90/Die Grünen. Auch er ist ein langjähriger Mitbegründer von Partnerorganisationen. Schließlich kommt etwas später auch noch Christian Bruns dazu, der Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa, der noch im Flugzeug aus Brüssel unterwegs ist. Er wird zukünftig für die Entwicklungszusammenarbeit Bremens in der Nachfolge von Gunther Hilliges zuständig sein.

Ich glaube mit Christian Bruns haben wir einen international erfahrenen Kollegen gewinnen können, der diese beiden Abteilungen zu einem größeren Bereich Europa und Entwicklungszusammenarbeit sowie internationale Fragen zusammenführen wird. Wir können Gunther zwar nicht ersetzen, aber wir machen einen Neuanfang. Ich freue mich, dass Herr Bruns sich gleich bereit erklärt hat, uns aus seinem Arbeitsbereich Europa aufzuzeigen, wo wir mit der Europäischen Union im Bereich Entwicklungspolitik koope-

Dr. Kambiz Ghawami,
WUS World University Service



rieren können. Natürlich sind wir alle interessiert an Ko-finanzierung. Im Anschluss an die Vorträge haben wir noch ein buntes Programm bis ca. 15.30 Uhr. Die persönliche Würdigung von Gunther Hilliges wird bei einem Senats-empfang im Rathaus stattfinden.

Ich wünsche Ihnen einen sehr interessanten Verlauf der Veranstaltung und darf die Moderation jetzt Herrn Dr. Ghawami vom World University Service (WUS) übergeben. Ich möchte es nicht versäumen zu erwähnen, dass alles, was hier auf die Beine gestellt wurde, seine Leistung ist. Zusammen mit Frau Dahlberg hat er sich bereit gefunden, für seinen Freund und langjährigen Partner Gunther Hilliges dieses Symposium zu organisieren. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen und Ihren Mitarbeiter/innen, Herr Ghawami, aber auch bei allen Zuständigen des Landesamtes, Herr Ghawami, Sie haben das Wort. Nochmals herzlichen Dank und einen schönen Verlauf der Veranstaltung!

Herr DR. GHAWAMI:

Recht herzlichen Dank Frau Dr. Kießler. Das Lob gehört eigentlich Ihnen. Jetzt können wir ja das Geheimnis lüften: Vor etwa einem Jahr gab es hier in Bremen ein konspiratives Treffen – in der Abwesenheit von Gunther Hilliges! Er war zu diesem Zeitpunkt nicht in Bremen. Frau Dr. Kießler hatte eingeladen. Gemeinsam überlegten wir: Wie könnten wir jemand, der so viele Jahre in der Entwicklungszusammenarbeit gewirkt hat, würdig verabschieden? Und wir kamen zu dem Ergebnis, es solle kein reines Schulterklopfen sein. Wir wollten eine fachliche Diskussion. Diese sollte um zentrale Fragen gehen: Welche Rolle haben die Kommunen, die Länder im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit? Es war eine im Vergleich leichte Aufgabe das Programm zusammenzustellen. Schwieriger dagegen war es, dieses vor Gunther Hilliges geheim zu halten. Es gab immer mal wieder Gelegenheiten, bei denen das Thema Nachfolge nahe gelegen hätte. Gemeinsam umschifften wir alle Klippen, herzlichen Dank Frau Dr. Kießler, dass diese Veranstaltung heute hier möglich ist! Mein Dank gilt auch Frau Dahlberg, Frau Buchhammer, Frau Eichler und Frau Sandkuhl aus dem Landesamt. Alle haben

tatkräftig mitgewirkt und versucht, das Geheimnis vor Herrn Hilliges zu wahren. Und er hat, wie Sie alle, von dieser Veranstaltung durch das Falblatt erfahren. Wir haben uns dann die Freiheit genommen, es per Post an seine Dienstadresse zu senden, um zu sehen, ob er sich überhaupt anmeldet! Er ist tatsächlich gekommen und wir danken ihm und freuen uns, dass wir diesen Tag gemeinsam mit ihm diskutieren und feiern dürfen!

Sie werden sich vielleicht fragen, was hat eigentlich ein Verein, der aus Wiesbaden kommt, hier in Bremen zu tun? Vor 15 Jahren – Sie erinnern sich sicher – gab es einen Rolf Seelmann-Eggebrecht, der damals als „ARD-Adelsexperte“ ausnahmsweise nicht aus den Königshäusern in Europa berichtete, sondern zum Thema „Eine Welt“. Damals gab es in den ARD-Anstalten und im ZDF eine Kampagne. Es ging darum, das Thema „Eine Welt“ stärker in die Medien zu bringen. Im Kreise der Nichtregierungsorganisationen wurde alsbald überlegt, was die NROen zur Umsetzung dieses Medienereignisses beitragen könnten. Zwei Personen hatten bei dieser Gelegenheit die Idee, wir sollten das Thema „Eine Welt“ stärker in den Schulen verankern. Sie gingen davon aus, dass die Kinder, die mit ihren Familien abends im Fernsehen Berichte über die Länder Asiens, Afrikas oder Lateinamerikas sehen, am nächsten Tag in der Schule das Bedürfnis haben könnten, darüber mit dem Lehrer zu diskutieren. Viele der NRO-Vertreter/innen haben das damals nicht so ganz ernst genommen. Zwei Personen waren weitsichtiger: Gunther Hilliges aus Bremen und Dr. Karl-Heinz Rudersdorf aus Baden-Württemberg.

Gunther Hilliges begutachtete die Sachverhalte immer gleichzeitig aus der Sicht einer staatlichen Stelle und mit den Augen der Mitarbeiter/innen von Nichtregierungsorganisationen. Schließlich wurde „ausgeguckt“, wer denn diese Aufgabe aus dem Kreise der NROen übernehmen könnte. Eine meiner Kolleginnen, Frau Petra Loch, saß bei

diesem Treffen zufällig neben Karl-Heinz Rudersdorf und Gunther Hilliges, als ersterer sagte: „Die kommt von so einem Bildungsverein, die sollen das dann doch mal machen!“

So fing alles an. Zunächst veranstalteten wir 1990 in Köln einen Bildungskongress mit tatkräftiger Unterstützung Bremens und der übrigen 10 Länder. Schon damals, es war kurz vor der Wiedervereinigung, gab es 60 Gäste aus der damaligen DDR. So begann auch die gemeinsame Bildungszusammenarbeit zwischen den Ländern und den Nichtregierungsorganisationen. Die gute Zusammenarbeit hält bis heute.

Wir haben Herrn Prof. Hauchler, der als langjähriger Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit maßgebliche Akzente gesetzt hat, gebeten, aus seiner Sicht dazustellen, welche Verantwortung die Länder bei der Entwicklungszusammenarbeit haben, ein Thema, das heute nicht unbedingt auf der Topagenda der Politik steht. Erfreulicherweise wird das Thema aber zunehmend von der Regierung als wichtiges Themenfeld der Innenpolitik angesehen. Auf dem G8-Gipfel wird die Staatengemeinschaft der G8-Staaten das Thema Entwicklungszusammenarbeit, vor allem die Frage der Umsetzung der Millenniumsziele bis 2015, diskutieren. Bis dahin hat sich die Staatengemeinschaft vorgenommen, die weltweite Armut zu halbieren. Ich darf nun Herrn Professor Hauchler bitten, uns seine Überlegungen darzustellen. Herzlichen Dank!

Herr PROF. HAUCHLER:

Ich bedanke mich sehr herzlich bei den Veranstaltern, dass ich hier etwas vortragen darf, herzlichen Dank Herr Dr. Ghawami. Ich bin nun schon einige Jahre nicht mehr in der offiziellen Verantwortung für die Entwicklungspolitik. Lange Jahre war ich für die Bundestagsfraktion der SPD dafür zuständig. Nun bin ich ein externer Beobachter. Ich habe noch eine kleine Rolle in der Grundwertekommission des Parteivorstandes. Dort denken wir mit Wolfgang Thierse und anderen über mittel- und langfristige Aufga-

ben der SPD in der Gesellschaft nach. Leider müssen wir immer wieder feststellen, dass alles, was langfristiger oder grundsätzlicher Natur ist, erst einmal keine Priorität genießt. Das gilt im Prinzip auch für die Entwicklungspolitik. Die Politiker in Bund und Ländern haben immer noch nicht begriffen, dass Entwicklungspolitik nicht nur mit Projekten im Ausland zu tun hat. Es geht nicht nur darum, die Schäden des Tsunami zu beseitigen, die Armut zu bekämpfen, ein Umweltprojekt zu machen. Entwicklungspolitik sollte mehr sein: Eine umfassende Anstrengung aller gutwilligen Menschen, für Gerechtigkeit zu sorgen. Das ist mehr als Armutsbekämpfung. Dabei geht es auch um Partnerschaften und Kooperationen zwischen Nord und Süd.

Es hat sehr viel zu tun mit der Verantwortung des Nordens, seine Strukturpolitik so zu gestalten, dass der Norden nicht mehr Schaden im Süden anrichtet, als er mit all seinen Projekten wieder kompensieren kann.

Meine Damen und Herren, ich soll hier im Detail über die entwicklungspolitische Verantwortung der Bundesländer sprechen. Ich möchte in einzelnen Schritten vorgehen. Wir sollten uns zunächst ein paar Fragen stellen. Welche Legitimation haben die Länder auf diesem politischen Gebiet? Ist es eigentlich eine Pflichtaufgabe Entwicklungspolitik zu betreiben, die aus dieser Legitimation entspringt? Ist Entwicklungspolitik eher ein weicher, humanitärer Bereich, den man auch noch mitnimmt, neben den anderen wichtigen politischen Aufgaben? Wie grenzt man die Aufgaben zum Bund ab, zu den einzelnen Ländern? Wie sieht die Arbeitsteilung aus, was sind die Handlungsebenen? Zum Abschluss gebe ich noch ein paar Hinweise darauf, wie ich persönlich die Aufgaben sehe, die die Länder möglicherweise schon erfüllen oder eben erfüllen müssten.

Zunächst also zum ersten Teil: Was können und was sollten die Bundesländer tun, auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik? Haben Sie eine entwicklungspolitische Verantwortung – ja oder nein? Ich finde es ist klar, dass hier eine formale Legitimation vorliegt. Die Ministerpräsidenten der Bundesländer haben gesagt:

Prof. Dr. Walter Hundt,
Dr. Jürgen Varnshorn und
Prof. Dr. Ingomar Häuchler

„Wir fühlen uns verantwortlich, wir wollen kooperieren, wir wollen diese Aufgaben hinein nehmen in unsere parlamentarische Kabinettsarbeit.“

Ich erinnere an den Zustand von 1998. Damals ist die Notwendigkeit der Abgrenzung zum Bund betont worden. Auch die Agenda 21 in ihrer ganzen Anlage – die Bundesrepublik und die Länder haben ja dieser Agenda 21 zugestimmt – auch diese Agenda 21 bildet für mich eine formale Grundlage für die Länderentwicklungszusammenarbeit. Dort steht: „...alle Kräfte der Gesellschaft haben sich an den Aufgaben der Entwicklungspolitik zu beteiligen“.

Es gibt aber nicht nur eine formale Legitimation für die Entwicklungspolitik der Bundesländer, die fraglos vorhanden ist. Es gibt – und das ist für mich noch ein stärkeres Argument – es gibt auch eine inhaltliche Verantwortung. Alle Bundesländer sind Teil des Bundes, haben somit auch Teil an der Verantwortung eines großen Industrielandes, für das, was in der Welt geschieht. Und da der Bund nicht alle Belange in seiner Kompetenz hat, die mit dieser Verantwortung zu tun haben, sondern die Länder sehr viele Kompetenzen haben, die unmittelbar mit einem erweiterten Begriff der Entwicklung verbunden sind, gibt es eben auch die inhaltliche Verantwortung der Bundesländer. Sie sind aus ethischen und aus politischen Gründen verpflichtet, diese Aufgabe anzunehmen. Es gibt zudem eine historische Verantwortung der Bundesrepublik, für das, was in den Entwicklungsländern geschieht. Auch die Bundesländer wirken wie der Bundesrat selbstverständlich daran mit, wie internationale Zusammenarbeit gestaltet wird, wie der Welthandel organisiert wird, wie der Prozess der Globalisierung voranschreitet. Wie weit wir die Märkte liberalisieren mit all den Folgen und Rückwirkungen, all diese Dinge stellen uns natürlich als Deutsche und als Politiker in die Verantwortung. Es gibt globale Gefährdungen, die von uns ausgehen, die aber auch in die Entwicklungsländer hineinwirken. Es gibt aber auch Rückwirkungen aus den Entwicklungsländern auf uns: denken wir an die globalen Umweltprobleme, denken wir an Migrationsfragen usw., usw.



Bund und Länder ergänzen sich bei der Entwicklungszusammenarbeit auch wegen ihrer unterschiedlichen Kapazitäten und Leistungsfähigkeit. Der Bund hat ganz bestimmte Kapazitäten nicht, die notwendig wären, um Probleme im Hinblick auf die Entwicklungspolitik zu lösen. Bestimmte globale Probleme können nur in und von den Industrieländern gelöst werden. Daraus resultiert eine Verpflichtung. Und aus einer Verpflichtung resultiert immer auch eine politische Legitimation.

Ich denke also, dass Entwicklungspolitik eine Pflichtaufgabe der Bundesländer ist. Da muss man sich natürlich fragen: „Wird das überall so wahrgenommen?“ Dazu kann ich nun mit etwas Abstand, den ich jetzt habe, sagen: „Es ist in dieser Hinsicht nicht viel besser geworden in den letzten 6, 8 Jahren, in denen die SPD die Regierung geführt hat.“ Wir haben eine wunderbare Ministerin für Entwicklungspolitik, die sehr engagiert ist, die auch sehr viele neue Dinge aufgegriffen hat. Es ist auch einiges als Regierungspolitik umgesetzt worden, das in der Opposition schon erarbeitet worden war. Aber letzten Endes ist der Stellenwert der Entwicklungspolitik zurückgegangen. Dabei geht es nicht nur um die politische Aktivität, sondern natürlich auch um die Haushaltsmittel. Leider ist ja auch Bremen, traditionell immer führend, auch sehr stark zurückgefallen auf diesem Gebiet. Ich habe gelesen, dass Bremen heute gerade noch 50% dessen aufbringt, was es zur Verfügung stellte, als ich vor vielen Jahren kam.



Senatsempfang

Wir hatten aber insgesamt in der Bundesrepublik ein anständiges Wachstum und auch die öffentlichen Haushalte sind gewachsen. In diesem Bereich hat nun ein starker Rückgang stattgefunden. Es ist typisch, dass Entwicklungspolitik vielfach nicht als Pflichtaufgabe anerkannt wird, sondern als beliebige Aufgabe. Sie wird noch erledigt, wenn Geld in der Kasse ist. Andererseits lässt sich auf diesem Gebiet am leichtesten Geld einsparen. Obwohl der EZ-Etat sowieso schon sehr klein ist, spart man dort am meisten ein. Das spricht nicht dafür, dass Entwicklungspolitik eine zentrale Aufgabe ist. Ich muss das leider sagen, auch wenn wir bald Neuwahlen haben. Ich halte ja hier keine Wahlrede, sondern ich trage das vor, was ich wirklich erkenne und empfinde.

Entwicklungspolitik ist für mich Teil der internationalen Gesamtverantwortung. Ich glaube, dass schon längst nicht mehr die Außenpolitik die wichtigste internationale Dimension von internationaler Politik ist, sondern die gemeinsame Entwicklung von Nord und Süd. Hier geht es um Kooperation im wirtschaftlichen, ökologischen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereich. Das sind die eigentlichen Aufgaben der internationalen Politik. Verteidigungspolitik ist hier stärker in den Mittelpunkt gerückt, durch Sicherheitsfragen, die Terrorismusentwicklung, die zunehmenden Bürgerkriege. Die Sicherheitsfragen sind wichtig, hängen aber langfristig auch mit der Frage der Entwicklung zusammen. Da entscheidet sich,

ob Krieg entsteht, ob Katastrophen nicht beherrscht werden können – wie beim Tsunami beispielsweise. Es geht nicht nur um Gerechtigkeit innerhalb einer Gesellschaft, sondern auch um Gerechtigkeit zwischen den Völkern. Ich gehe von einem weiten Begriff der Entwicklung aus und ich glaube, nur wenn wir diesen weiten Begriff zugrunde legen, dann ergibt sich auch wirklich schlüssig eine definitive Pflichtaufgabe für die Länder.

Im Grunde ist natürlich auch in der Verfassung geregelt, dass die „Außenhilfe“ in der eindeutigen Kompetenz des Bundes liegt. Ausländische Fragen und internationale Fragen der Kooperation hat der Bund zu regeln. Doch da Entwicklungspolitik viel mehr ist als Außenbeziehungen, nämlich mit Bildung, mit Umwelt, mit Kultur, mit Verwaltung, etc. zu tun hat, ergibt sich daraus natürlich eine Pflichtaufgabe für die Länder.

Also nun zum zweiten Teil: Was können und was sollten die Bundesländer im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit tun? Sie sollten effiziente Strukturen und Mechanismen schaffen, damit Entwicklungspolitik betrieben werden kann. Ohne Mechanismen, Strukturen, Kompetenzen, Personal und Haushalt, kann man auch in den Bundesländern keine Entwicklungspolitik betreiben. In Bremen gab es eine sehr effiziente Struktur. Wenn sie geschaffen werden soll, muss natürlich auch in einem Parlament, in einem Landesparlament, in einer Landesregierung der

Stellenwert der Entwicklungspolitik entsprechend hoch sein. Der Stellenwert betrifft also die Struktur in den Behörden und Verwaltungen selbst. Er betrifft aber auch die Struktur der Zusammenarbeit der staatlichen Stellen mit privaten Initiativen, den NGOs, der Wirtschaft usw. Gibt es effiziente Strukturen, die die Kapazitäten der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft nutzen, um in einer Kooperation von privaten und staatlichen Trägern Hilfe zu leisten?

Des Weiteren ist die Abstimmung zwischen den Ländern und dem Bund wichtig. Es liegt auf der Hand, dass es sinnvoll ist, hier keine doppelte Arbeit zu leisten, wenn man sich gegenseitig ergänzen kann. Was könnte man tun, um den Stellenwert der Entwicklungspolitik in einem länder-regionalen Parlament zu erhöhen? Ich habe einmal gefordert, dass alle zwei Jahre ein entwicklungspolitischer Bericht veröffentlicht wird. Darin sollte der Senat eine Bestandsaufnahme vorlegen, was er entsprechend seiner Verlautbarung im Bereich Entwicklungszusammenarbeit getan hat, was gelungen ist und was nicht. Nur mit einem solchen öffentlichen Bericht wäre es wahrscheinlich möglich, diesem Politikfeld in allen Ressorts einer Regierung, eines Parlaments, einen entsprechend hohen Stellenwert einzuräumen. Es wäre dann auch möglich, die Öffentlichkeit an der Tätigkeit des Senats partizipieren zu lassen. Sie könnte prüfen, ob er seine Versprechungen einhält.

Es gibt zudem die Notwendigkeit, dass innerhalb des Senats ein Ansprechpartner, ein Verantwortlicher auf höchster Ebene da ist. Er muss sich persönlich um die Belange kümmern und nicht nur die ganzen Aufgaben delegieren und dann jedes halbe Jahr darüber berichten. Diese Person muss auch ein Katalysator sein und den Kontakt zu den Senats- und Kabinettskollegen halten. Er verleiht der Sache Autorität. Diese Struktur gibt es nur in den wenigsten Ländern. Wir haben es in Hamburg gefordert, es ist nicht verwirklicht worden. Natürlich geht es auch um ein hauptamtliches Referat zur Entwicklungszusammenarbeit und um die Frage, wo dieses angesiedelt ist, in welchem Politikbereich. Ich denke, hier in Bremen hat man das gut gemacht, vorbildlich. Denn ohne Struktur

und Personal und ohne Mittel ist politische Arbeit gar nicht möglich.

Nun komme ich zu einigen konkreten Initiativen. Ich gehe wieder von einem ganz breiten Begriff der Entwicklungspolitik aus. Die Länder können sich überall dort engagieren, wo sie eine besondere Kompetenz haben, für politisches Handeln mit entwicklungspolitischer Wirkung. Das ist für mich die politische Aufgabe. Man sollte die Entwicklungspolitik nicht in ein Referat, in ein Ressort einbinden, das diese Aufgabe erledigt. Es wäre vielmehr zu fragen: „Was tun wir in unseren Verwaltungen, was entwicklungspolitisch relevant ist? Wo wird in welcher Verwaltung etwas getan, das Wirkung in der Entwicklungspolitik hat oder haben könnte?“ Es geht hier um Bildung und Schulen, Wissenschaft, Wirtschaftsförderung, Umweltpolitik und vieles mehr. Dabei liegt Bildung und Schule auf der Hand. Unsere Schüler sollten in der Schule und nach deren Abschluss ein Verständnis von der Welt haben, das auch mit Solidarität zu tun hat.

Sie sollten ein globales Wissen erwerben. Sie sollten sich fragen: „Wie sind wir denn vernetzt mit der Welt? Was kann auf mich persönlich zu kommen, wenn irgendetwas passiert oder wenn die Weltwirtschaft zusammenbricht, die Entwicklungsländer in Unterentwicklung verharren? Was, wenn Umweltkatastrophen passieren?“ Wenn Schüler dies nicht lernen, wie sollen sie als verantwortliche Bürger Bewusstsein entwickeln und entsprechend handeln? Der Blick auf die Welt muss in die Schulen, in die Lehrpläne, eingebracht werden.

Es gibt einen großen Mangel an Lehrerfortbildungen in diesem Bereich. Viele internationale Initiativen haben den Bereich des Globalen Lernens begründet, auch der World University Service unter Leitung von Herrn Dr. Ghawami war daran beteiligt. Auch in Hamburg haben wir versucht, einen solchen Arbeitsschwerpunkt einzuführen, doch leider hat die Regierung gewechselt. Wichtig ist aber auch die Wissenschaft an den Universitäten. Die Länder haben ja hier die volle Verantwortung. In allen Fächern sollte die Relevanz des einzelnen Fachs als Disziplin für Entwicklungsfragen erkannt werden.



Prof. Dr. Ingomar Mauchler,
Lutz Frenzel und
Prof. Dr. Walter Hundt

Wir sollten alle Fächer global vernetzen. Wir konzentrieren uns wissenschaftlich immer noch sehr stark auf spezielle Kernfragen. Diese Mentalität führt dazu, dass wir immer mehr abgeschnitten werden von internationaler Zusammenarbeit. Wie muss der Lebenslauf eines Professors sein, der auf einen Lehrstuhl berufen wird? Muss er auf seinem Fachgebiet international Kenntnisse erworben haben? Sollte er ein möglichst stromlinienförmiger Fachidiot aus Harvard sein, der nur ganz bestimmte, beispielsweise im Bereich der Ökonomie, ganz bestimmte neoliberale Lehren kennt und alles andere überhaupt noch nicht zur Kenntnis genommen hat?

Als dritten Punkt möchte ich die Wirtschaftspolitik, die Wirtschaftsförderung ansprechen, denn das liegt auf der Hand. Hier hat Bremen auch sehr viel getan. Auch die Bundesregierung hat das Thema stärker aufgegriffen durch die Förderung von Public Private Partnership (PPP). Es ist ja nicht nur eine rhetorische Figur, PPP, es steckt auch einiges dahinter. Aber man müsste das noch ausbauen. Und es geht auch hier nicht nur um ein Projekt, sondern es geht um das Denken und um einen ständigen Dialog zwischen der Entwicklungspolitik und der Wirtschaft. Es gibt viele Unternehmer, die ich kenne, die sehr engagiert sind. Die bereit sind mehr zu tun. Aber das Ganze geht unter in einer Art Liberalisierungs- und Börsendenken. Die positiven Ansätze dringen nicht an die Öffentlichkeit. Ich glaube, dass die Länder auch in ihrer Wirtschaftsförderung eine Komponente stärker einbauen können: Eine spezielle Förderung kleinerer Unternehmen, die sich entwicklungspolitisch engagieren.

Viertens Umwelt: In den Ländern ist sehr viel Kompetenz da für Umwelttechnik. Auch gerade in den Verwaltungen, wo sie umgesetzt wird. Hier einen Wissenstransfer zu organisieren nach außen, halte ich für sehr, sehr wichtig.

Als nächsten möchte ich den Bereich Kultur anführen: Hier erweist sich, ob wir in den Ländern auch den interkulturellen Dialog unterstützen, ob wir eine Atmosphäre schaffen, in der Kultur bedeutet, dass wir von anderen bereichert werden können. Hier geht es nicht nur um Folklore, um die Tanzgruppe, sondern um die „große“ Kultur und die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen und anderen Denkweisen.

Lassen Sie mich als sechsten Bereich die Frage der Migration ansprechen: Es ist ja erfreulich, dass jetzt ein Antidiskriminierungsgesetz in der Diskussion ist. Es ist sicher ein wichtiger Ansatz, dass man in den Ländern nicht nur darüber diskutiert, wer in der Bundesrepublik bleiben darf und unter welchem Statuts, als Flüchtling eben oder als Studierender, als Arbeitnehmer oder als Bleibeflüchtling. Aber die eigentliche Länderkompetenz liegt in der Gestaltung des konkreten Verhaltens zu den Menschen, zu allen Menschen, die hier in Bremen, Hamburg, Stuttgart oder Berlin leben. Hier habe ich den Eindruck, es könnte doch noch einiges geschehen, um die Situation zu verbessern. Es fehlt an partnerschaftlichem Verhalten, an Öffnung der Verwaltungen, auch für Ausländer in beruflichen Fragen. Ebenso müsste in Fragen der Aus- und Fortbildung einiges getan werden. Denn was wollen wir groß von Entwicklungspolitik reden, wenn wir nicht hier vor Ort beweisen, dass wir weltläufige Menschen und Vertreter der Menschenrechte sind.

So, das war so ein kleiner Streifzug durch das Thema, durch die Frage der Legitimation der Bundesländer und woraus diese sich ableitet. Wo sollten diese Fragen denn sonst erledigt werden, wenn nicht in den Ländern? Ich hoffe, der Streifzug genügt, um Ihnen als Anregung für die Eröffnung der Diskussion zu dienen.

Zu Dir Gunther Hilliges wollte ich noch sagen: Du warst mir immer ein guter Freund, ein guter Anreger! Und ich habe die Zusammenarbeit mit Dir geschätzt. Denn gerade Du bist immer von diesem hier von mir dargelegten weiten Begriff der Entwicklungspolitik ausgegangen. Herzlichen Dank.

Herr DR. GHAWAMI:

Vielen Dank, Herr Professor Hauchler. Sie haben uns sehr viele Argumente gegeben. Anhand dieser Punkte ließe sich prüfen, welche Vorschläge die Landesregierungen und die Parteien in den Landesparlamenten zu diesem Politikfeld haben. Der Katalog über Verantwortlichkeiten der Länder ist dafür eine sehr gute Grundlage. Als das Landesamt seine Arbeit in den Jahren 1978 und 1979 aufnahm, herrschte in Bonn im BMZ lediglich Stirnrunzeln. Im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung arbeitete ein sozialdemokratischer Staatssekretär, der nach Bremen fuhr, um deutlich zu machen, dass sich die Länder und damit auch Bremen in der Entwicklungspolitik zurückhalten sollten, weil es eine bundeshoheitliche Aufgabe sei. Prof. Hauchler wies ja darauf hin: Außenpolitik sei Sache des Bundes. Der Staatssekretär kam nach Bremen und sprach mit der Bürgerschaft und mit der Verwaltung. Wörtlich sagte er:

*„Also, liebe Leute in Bremen,
so geht das nicht!“*

Bremen hat sich nicht einschüchtern lassen und gemacht, was man in solchen Fällen zu tun pflegt. Das Land hat ein

verfassungsrechtliches Gutachten in Auftrag gegeben. Darin wurde festgestellt, dass Dinge, die im Grundgesetz nicht geregelt sind, Sache der Länder sind. Im Grundgesetz war und ist nicht geregelt, wer für Entwicklungspolitik zuständig ist. Also kamen die Gutachter zu dem Schluss, dass nicht der Bund die Kompetenzen hat, sondern die Länder. Dadurch war das Thema zwischen Bund und Ländern sehr schnell erledigt.

Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung war nun in Bremen und in anderen Bundesländern. Im Unterschied zu damals hat sie die Länder bestärkt, doch entwicklungspolitisch aktiv zu sein. So ändern sich die Zeiten. Ihre Ausführungen, Herr Prof. Hauchler, die darlegten, warum die Länder auch inhaltlich kompetent sind, Entwicklungspolitik zu betreiben, werden in Zukunft bei der Argumentation sehr hilfreich sein.

Herr KLAUS MILKE,

Stellvertretender Vorsitzender von German Watch:

Ich wollte Ingomar Hauchler beipflichten, aber vielleicht drei Ergänzungen aus der Sicht einer NRO machen. Von den Ländern sollten die Fragen von Trägerstrukturen



Senatsempfang



Klaus Milke, German Watch und
terre des hommes

und Trägerstrukturfinanzierung gerade im zivilgesellschaftlichen Bereich nachhaltig beachtet werden. Es gibt eine Menge historischer Angriffspunkte, die von den Bundesländern aufgearbeitet werden müssen. In Bremen ist das in besonderer Weise Namibia. Hier hat der Stadtstaat schon eine Menge geleistet, um seine Vergangenheit aufzuarbeiten. Zweitens kann es nicht gelingen, die Millennium Development Goals zu erreichen, wenn man dies zu einer reinen Bundesaufgabe macht.

Es ist ja jetzt schon absehbar, dass wir das Ziel bis 2015 nicht erreichen können. Wenn wir uns die ODA-Zahlen 2003/04 für Deutschland anschauen, lässt sich sogar ein leichter Abwärtstrend erkennen. Bremen ist natürlich neben Berlin und Hamburg in der besonderen Situation des Stadtstaates, wodurch der Zugang zur Zivilgesellschaft erleichtert wird.

Herr THOMAS GATTER,

Vorsitzender des Bremer Afrika Archivs:

Ich möchte an den letzten Punkt von Herrn Milke anknüpfen und diesen ergänzen. Mich hat Herrn Hauchlers Argument sehr überzeugt, dass die Länder dort tätig werden sollten, wo sie einerseits eine große Kompetenz haben oder vielleicht sogar im Gegensatz zum Bund Kompetenzen haben, die dieser nicht hat. Die Länder haben zudem große Erfahrung in der regionalen und lokalen Verwaltung, über die der Bund nicht verfügt. Alle so genannten Entwicklungsländer, die ich kenne, haben einen unglaublich großen Bedarf in der Aneignung dieser Kompetenz der Personal- und Organisationsentwicklung, im Capacity Building, in lokaler und regionaler Verwaltung vor allem in zwei Punkten: Zum einen in der klassischen Bürokratie, die ich jetzt hier nicht mal als Negativwort verwende, sondern als eine notwendige Voraussetzung, wenn sie denn menschlich bleibt, für Demokratie. Zum anderen auch unter dem Aspekt der lokalen Agenda 21 und der dazu erforderlichen lokalen und regionalen Verwaltungskompetenz.

Herr EGGE:

Mein Name ist Reinhard Egge. Ich bin bis vor zwei Jahren bei der Bundeswehr gewesen, in der politischen Bildung hier im Großraum Bremen. Mich beschäftigt die Frage, ob es möglich ist, die Fragen des Globalen Lernens in die Bundeswehr einzubringen. Außerdem hat die Bundeswehr selbst auch etwas zu bieten: Vor einigen Jahren hat das BMZ eine CD entwickelt, an die ich mich noch sehr genau erinnere. In dieser kommt zum Beispiel Yvonne Barth zu Wort. Diese CD ist leider, soweit ich das sehen kann, in der politischen Bildungsarbeit völlig versandet.

Herr DR. GHAWAMI:

Die Aus- und Fortbildung im öffentlichen Dienst, auch in der Bundeswehr war und ist immer auch ein Thema hier des Landesamtes gewesen. Herr Hilliges war sehr oft in solchen Einrichtungen. Auf Anregung von Herrn Hilliges sind die Inhalte der UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ in die Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes aufgenommen worden. Herzlichen Dank Herr Professor Hauchler für Ihren Impuls und danke auch für die Diskussionsbeiträge. Jetzt möchte ich Herrn Dr. Varnhorst von der Landesstelle in Berlin das Wort geben, der in den 90er Jahren diese Aufgabe in Berlin übernommen hat und nach dem Ausscheiden von Herrn Hilliges dienstältester Zuständiger für die Entwicklungszusammenarbeit der Länder sein wird. Er wird uns nun erläutern, wie die Arbeit in Bremen und in Berlin zusammenhängen.

Herr DR. VARNHORN:

Ich möchte versuchen, aus der Entstehungsgeschichte der Entwicklungszusammenarbeit der Länder und den Erfahrungen, die hier in Bremen gemacht worden sind, Schlussfolgerungen zu ziehen auf die Entwicklungszusammenarbeit der Länder insgesamt. Zudem werde ich einen Ausblick wagen, auf mögliche Weiterentwicklungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit der Länder in den nächsten Jahren. Gunther Hilliges hat einen Satz geprägt, der mir immer in Erinnerung geblieben ist.

Er sagte:

„Die Entwicklungszusammenarbeit der Länder ist eine der am besten gehüteten Geheimnisse der Bundesrepublik!“

Nun werde ich dieses Geheimnis hier nicht lüften müssen. Ich glaube aber, dass ein Defizit unserer Arbeit der letzten 25 Jahre sicherlich gewesen ist, dass die Breitenwirksamkeit unseres Politikfeldes nicht in dem Maße erreicht wurde, wie es nötig gewesen wäre. Wir sind immer noch von dem Goodwill einzelner Politiker abhängig, von ihren Berührungspunkten, die sie in der Vergangenheit gehabt haben. Fraglich ist, ob denn die Bildungsarbeit und die Anstrengung, die wir in den letzten Jahren in den Bereichen der Bildungs- und Informationsarbeit geleistet haben, zu einer Breitenwirksamkeit führt, die dann langsam auch durchsickert in die politischen Führungsetagen.

Das will ich hoffen. Bistlang ist es in dem Maße, wie es notwendig wäre, sicherlich noch nicht geschehen. Wie werde ich in meinem Beitrag vorgehen? Zum einen möchte ich kurz auf die „Emanzipationsgeschichte der Entwicklungs-

zusammenarbeit“ der Länder eingehen. Ich werde dann die Erfolgsfaktoren der Entwicklungszusammenarbeit in Bremen auflisten. Wo liegen die Besonderheiten Bremens in der EZ und wo sind Dinge auch durchaus übertragbar auf andere Länder? Am Ende werde ich einen Ausblick auf die Zukunft wagen – jedenfalls die nähere Zukunft.

Kurz zur Emanzipationsgeschichte der Entwicklungszusammenarbeit der Länder. Am Anfang und auch am Ende meines Beitrages wird, vielleicht für einige überraschend, die Außenwirtschaft stehen. Denn ich vertrete auch im Rückblick auf die über 25 Jahre Entwicklungszusammenarbeit der Länder die These, dass die Trennung von dem Politikfeld der Außenwirtschaft, die Entwicklungszusammenarbeit erst in die Lage versetzt hat, sichtbare und eigenständige Aktivitäten zu entwickeln. Dies war, von Bremen ausgehend, in verschiedenen Ländern der Fall. Historisch gesehen, können wir in vielen Ländern beobachten, dass sich in den 70er und 80er Jahren die Entwicklungszusammenarbeit aus dem Themenfeld der Außenwirtschaft heraus verselbstständigt hat. Frau Dr. Kießler hat dies für Bremen schon dargestellt. Es gilt für andere Länder in gleicher Weise. Bremen ist für sie beispielgebend gewesen. Als Sonderfall lässt sich noch Rheinland-Pfalz mit seiner Partnerschaft zu Ruanda erwähnen. Das Land hat es geschafft, über einen längeren Zeitraum eine Breitenwirksamkeit mit seiner Entwicklungspolitik zu erreichen, indem über die Partnerschaft mit Ruanda sehr viele Schul- und Kommunalpartnerschaften geschaffen worden sind. Es hat erreicht, andere Akteure in die Umsetzung der eigenen Entwicklungszusammenarbeit mit einzubeziehen. Auf alle Fälle bleibt festzuhalten, dass die Entscheidung in Bremen, in den 70er Jahren das Landesamt zu gründen und somit eine Bündelung von Kompetenzen und an Fähigkeiten zu erreichen, auch eine Folge der Einsicht in globale Prozesse war. Es lag die Einsicht zugrunde, dass diese globalen Prozesse auch vor den Bundesländern nicht Halt machen würden.



Dr. Jürgen Varnhoro



Senatsempfang

Letztendlich – und ich greife hier das auf, was Ingomar Hauchler dargelegt hat – verfügen die Länder über Möglichkeiten, Kompetenzen, um auch auf diese globalen Entwicklungsprozesse Einfluss zu nehmen, um an der Gestaltung der Globalisierung im Sinne eines gerechten Prozesses mitzuwirken.

Damit käme ich zu dem zweiten Punkt, den ich hier ansprechen möchte. Die Tatsache, dass die Bremer Entwicklungszusammenarbeit erfolgreich war, ist vor einem Jahr, anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Landesamtes bilanziert worden. Ich will mich auf diese Bewertung gar nicht mehr einlassen. Ich denke, das ist auch durch die Beschlussfassung der Bürgerschaft zum Ausdruck gekommen, die es noch einmal festgestellt und bilanziert hat. Mich interessieren die Faktoren für diesen Erfolg. Und ich möchte daraus Schlussfolgerungen für die Entwicklungszusammenarbeit der Länder ableiten. Deswegen meine zweite These, die ich Ihnen vorstellen möchte.

Ich glaube, der Erfolg der Bremer Entwicklungszusammenarbeit lässt sich einerseits aus Faktoren ableiten, die einen regionalen Ursprung haben, aber auch aus Faktoren, die übertragbar sind auf die Bundesländer insgesamt. Die Bremer Erfolge lassen sich zurückführen auf die Geschichte der Stadt: die innerlich, strategischen Fähigkeiten, die Bündelung der Kompetenzen, Vernetzung und Struktur- bildung, der Zwang zur politischen Auseinandersetzung.

Es war eine oft politisch, wenngleich nicht parteipolitisch, verstandene Entwicklungszusammenarbeit. Es gab eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit und die Zusammenarbeit über einen langen Zeitraum mit außergewöhnlichen Persönlichkeiten. Die Bremer Geschichte ist gelebte Internationalität. Ich muss das in diesem Kreis, der zum großen Teil auch aus Bremern besteht, nicht noch erwähnen und vertiefen.

Der Titel der heutigen Veranstaltung „Bremen in der Welt – Die Welt in Bremen“ ist durchaus richtig gewählt. Als 1979 das Landesamt gegründet wurde, war es auch die Antwort Bremens auf diese geschichtliche Erfahrung und in der Reflektion dieser Geschichte, die Antwort auf die neuen Herausforderungen, die auf uns zu kommen werden. Stichworte wie

„weltweite Gerechtigkeit“ und „Frieden“

waren maßgebliche Leitmotive für die Bremer Entwicklungszusammenarbeit. Bremen hat anders, als vielleicht in den 70er Jahren zu vermuten gewesen wäre, für sich die Schlussfolgerung gezogen, dass die Lösung dieser Probleme nicht allein den Nationalstaaten oder internationalen Gremien überlassen bleiben können, sondern, dass hier auch beim Bundesland Bremen eine Verantwortung liegt, die es wahrzunehmen galt.

Der Kern der Bremer Entwicklungszusammenarbeit besteht aus der Verbindung von Partnerschaft und Vernetzung und

einer Partnerschaft, die von gegenseitigem Respekt und Gleichberechtigung geprägt ist. Die EZ war nicht allein der Projektarbeit verpflichtet, sondern immer auch der Gesamtverantwortung für ein gutes Nord-Süd-Verhältnis. Im Blick hatte sie auch die Verantwortung des Nordens für ungerechte Prozesse im Süden. Insofern war diese Projektarbeit immer auch ergänzt um die so genannte Entwicklungspolitische Inlandsarbeit, um Informations- und Bildungsarbeit innerhalb und außerhalb der Schule.

Als dann, das wäre der zweite Punkt meiner Konzeption, mit den UN-Konferenzen der 1990er Jahre Entwicklungspolitik als Verantwortlichkeit von Städten und Kommunen noch stärker in die Öffentlichkeit getragen wurde, war es wiederum Bremen, das diese Prozesse aufgriff. Es baute dieses Themenfeld der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit in die eigene Konzeption mit ein, bzw. verstärkte schon bestehende Konzepte. Faszinierend für mich ist immer wieder die Fähigkeit in Bremen gewesen, die Impulse von außen aufzugreifen und sie für die eigene Arbeit nutzbar zu machen.

Der dritte Punkt neben der Frage der Konzeption und der Frage der Bremer Geschichte ist für mich die Tatsache, dass das Landesamt gegründet wurde. Ingomar Hauchler hat auf den wichtigen Punkt der Strukturbildung auf Landesebene hingewiesen und dem Bremer Beispiel sind wir dann Anfang der neunziger Jahre in Berlin mit der Gründung der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit gefolgt. In der Berliner Presse und in der Öffentlichkeit hieß es, das Bremer Landesamt hat eine Schwester bekommen. Die Begleitung Bremens hat mit zur Gründung beigetragen.

Der dritte Punkt der Konzeption: Strukturbildung und Vernetzung. Er ist sicherlich ebenso wichtig, wie die bislang genannten. Bremen hat es in beispielhafter Weise geschafft, staatliche und nichtstaatliche Akteure zusammen zu führen und in Vorhaben einzubinden. Es hat nicht nur diese Einbindung erreicht, sondern auch durch Strukturbildung langfristig diese Prozesse abgesichert. Die Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd im Bildungsbereich von WUS ist ein gutes Beispiel dafür, ebenso wie „Towns and Development“. Die Beiträge Bremens haben

auch sicherlich zur Gründung der Servicestelle Kommunen für die „Eine Welt“ geführt.

Es hat zu dieser Nachhaltigkeit von mehr als 25 Jahren Bremer Entwicklungszusammenarbeit kommen können, weil Konflikten nicht ausgewichen wurde. Es wurden keine faulen Kompromisse eingegangen. Beispiele für die Konfliktfähigkeit Bremens sind sicherlich die in Bremen häufig geführten Diskussionen über die Frage: Soll das Landesamt bestehen bleiben oder nicht bestehen? Ein Beispiel ist aber auch die Diskussion, die mit dem BMZ geführt wurde, als Anfang der achtziger Jahre Staatssekretär Dr. Sanne die Befürchtung äußerte, die Entwicklungszusammenarbeit Bremens und die Schaffung des Landesamtes in Bremen könne dazu führen, dass 10 oder 11 weitere Ministerien für Entwicklungszusammenarbeit entstünden und damit im Ausland die deutsche Entwicklungszusammenarbeit an Transparenz verlöre. Diesem Konflikt ist Bremen nicht ausgewichen und letztendlich ist aus all diesen Konflikten eine Stärkung dieses Politikfeldes ergangen. Schließlich hat diese Diskussion, die vom BMZ angestoßen wurde, ihr Ergebnis in dem Ministerpräsidentenbeschluss 1988 gefunden, in dem dann die entsprechenden Aufgaben und Handlungsfelder der Länder festgelegt worden sind. Dieser Beschluss bildete eine Grundlage für die EZ, die heute noch Bindungswirkung hat.

Die Beispiele, und ich will jetzt die Berliner Situation reflektieren, machen allerdings deutlich, dass diese Diskussion keineswegs zu Ende geführt war. Wir haben in Berlin vom Senat eine Expertenkommission „Staatsaufgabenkritik“. Sie soll dem Senat Handlungsempfehlungen geben. Sie soll offen legen, welche Aufgabenfelder entbehrlich sind, auf welche Aufgaben sich das Land weiterhin konzentrieren muss, auch vor dem Hintergrund einer dramatisch verschlechterten Haushaltssituation. Diese Kommission wurde von dem Verfassungsrechtler Rupert Scholz, ehemals Bundesminister der Verteidigung, geleitet. Er hat die Empfehlung vorgelegt, die Entwicklungshilfe Berlins einzustellen. Auch hier in Berlin wurde das nicht als Vorgabe akzeptiert, sondern wir führten eine politische Diskussion über die Frage: Ist es überhaupt Entwicklungshilfe, was die Länder

leisten? Oder ist es nicht viel eher ein Beitrag zu globaler Strukturbildung und deshalb durchaus in der Kompetenz der Länder? Entwicklungshilfe ist in der Tat nicht unser Stichwort. Wir befassen uns mit Aufgaben, die im eigenen Interesse der Länder liegen und die sich auch, in großen Teilen, aus den verfassungsmäßigen Zuständigkeiten der Länder ableiten lassen.

Bildungsarbeit im weiteren Sinne ist dafür ein gutes Beispiel. Entwicklungszusammenarbeit in Bremen wurde immer auch politisch verstanden: Das Eintreten für weltweite Gerechtigkeit. Dies fand unter anderem seinen Ausdruck in der Solidaritätsarbeit mit Befreiungsbewegungen wie der SWAPO. Menschenrechtsarbeit war immer ein wichtiger Bestandteil der Bremer Entwicklungszusammenarbeit, insofern ist der Bremer Solidaritätspreis, der alle zwei Jahre, teilweise auch gegen Widerstände, vergeben wird, ein gutes Beispiel die entwicklungspolitische Arbeit in Bremen. Der Stadtstaat hat darüber hinaus die mediale Aufmerksamkeit nicht gescheut. Bremen hat die eigenen Leistungen in diesem Politikfeld einer breiteren Öffentlichkeit dargelegt. Die Bremer Entwicklungszusammenarbeit ist zudem sehr gut dokumentiert im Vergleich zu anderen Bundesländern. Die zahlreichen Veröffentlichungen, auch die Diskussionen im Landtag, die protokolliert sind, geben eine gute Übersicht über das, was in mehr als 25 Jahren Bremer Entwicklungszusammenarbeit geleistet wurde. Und zuletzt möchte ich darauf hinweisen, dass durchaus außergewöhnliche Persönlichkeiten zu diesem Erfolg beigetragen haben: Hans Koschnik, Klaus Wedemaier, Hennig Scherf und Gunther Hilliges sind nur einige Beispiele. Sie haben dazu beigetragen, eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit zu garantieren. Eine der Empfehlungen der Verwaltung lautet heute, für eine Personalrotation nach fünf bis sieben Jahren zu sorgen, um bei Führungskräften Gewöhnungseffekte in der Arbeit zu reduzieren. Man weiß von gewissen Kurven der Motivation, der ansteigenden Aufmerksamkeit. In gewisser Weise hat Gunther Hilliges all diese Vorgaben Lügen gestraft, weil durch seine mehr als 25-jährige Arbeit in diesem Feld keineswegs eine nachteilige Situation erkennbar wurde. Ganz im Gegenteil: immer neue Anstöße

konnten auch von anderen Ländern aufgegriffen werden. Die Bremer Entwicklungszusammenarbeit war von Partnerschaft und Vernetzung, von Beharrlichkeit und nicht zuletzt auch von Glaubwürdigkeit geprägt. Dies betraf sowohl die Konzeption als auch den Inhalt und die handelnde Person. Hinsichtlich der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes reicht der alleinige Blick auf den Haushalt und die knappen Mittel nicht aus. Hinsichtlich der Arbeit in einem Bundesland ist gerade der Bildungsbereich ein Themenfeld, in dem auch mit sehr wenigen Haushaltsmitteln sehr viel erreicht werden kann.

Die schulische Bildungsarbeit, die Curriculumentwicklung, die Frage der Lehrerfortbildung, auch die Frage der Lehrer-



ausbildung an Universitäten und Hochschulen hängen nicht nur von der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln ab. Wir mussten in Berlin schon Mitte der neunziger Jahre die erste Haushaltkrise hinter uns bringen. Wir haben deshalb eine Neukonzeption der Landesentwicklungspolitik erarbeitet, die im Jahre 2001 vom Senat verabschiedet wurde und die heute die Grundlage der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ist. Wir müssen, als Reaktion auf diese Krise, Kernkompetenzen und Kernaufgaben definieren und sie mit einer festen Struktur verbinden. Das Landesamt ist eine solche Struktur, die auch vor dem Hintergrund nachlassender Haushaltsmittel nicht in Frage gestellt werden sollte. Beispiele sind die Konzentration auf stille Partnerschaften und die Themenfelder, die sich im Umfeld der

Städte entwickeln, wie beispielsweise die städtische Infrastruktur. Wir versuchen, beispielsweise in den Städtepartnerschaften Berlins, entwicklungspolitische Themen einzubringen. Wir versuchen in diesen Projekten, neue Akteure zu erreichen, etwa aus Wissenschaft oder Wirtschaft. Wir haben in Bezug auf die Kooperation mit der Wirtschaft sehr gute Erfahrungen gemacht. Aber es gibt auch im Bereich städtische Infrastruktur sehr viele Berührungspunkte, bei denen sich Entwicklungszusammenarbeit und Städtepartnerschaften verbinden lassen mit entsprechenden Aktivitäten und Interessen der Wirtschaft, ohne dass dies zu einer Instrumentalisierung des Politikfeldes führt. Das Thema Migration ist ein zunehmend bedeutendes Thema in Berlin. Es geht dabei insbesondere um die Integration von Migrantinnen und Migranten in die Stadt. In Berlin gibt es beispielhafte, auch EU-finanzierte, Vorhaben, die mit entwicklungspolitischen Instrumentarien versuchen, entsprechende Beiträge zur Integration zu leisten. Wir werden dabei von einem Beirat „Entwicklungszusammenarbeit“ beraten, den es seit 1997 gibt und der auch in verschiedener Weise dazu beigetragen hat, die Verstetigung der Entwicklungszusammenarbeit in Berlin sicherzustellen.

Interessant ist die Frage der Wirtschaftsförderung und deren Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit. Der Blick in die Zukunft heißt aber auch, sich dem Bildungsthema stärker zu widmen. Mit großer Sorge sehe ich, dass der Bund-Länderausschuss Entwicklungszusammenarbeit mehrheitlich die Arbeitsgruppen Informations- und Bildungsarbeit nicht fortführen will. Ich halte dies zweifelsohne für eine nicht sehr kluge Entscheidung. Gleichwohl gibt es die Möglichkeit, projektbezogen auch weiterhin im Länderkontext zusammenzuarbeiten. Daraus müssten sich neue Kernzellen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit der Länder entwickeln. Denn sicherlich muss man im Rückblick auf 25 Jahre Entwicklungszusammenarbeit der Länder sagen, dass es gelungen ist, auch hier mit einer sehr starken Unterstützung des Bundeslandes Bremen, Akteure, die man vor 25 Jahren nie zusammen gesehen hätte, zusammenzubringen und zu gemeinsamen Aufgaben zu verpflichten.



KMK und Nichtregierungsorganisationen zusammenzufügen ist sicherlich keine leichte Aufgabe. Dass dies gelungen ist, und dass sich daraus Prozesse ableiten lassen, die dazu führen, dass die Bildungsakteure selbst das Globale Lernen aufgreifen, macht deutlich, dass hier auch eine gewisse Nachhaltigkeit von 25 Jahren Entwicklungszusammenarbeit der Länder zu spüren ist.

Gleichwohl wäre es fatal, wenn sich die für die Entwicklungszusammenarbeit der Länder zuständigen Ressorts aus diesem wichtigen Themenfeld zurückziehen würden. Ich glaube, dass die EZ-Vertreter der Länder durch ihre unmittelbaren Kontakte mit Partnern im Süden, mit den Einrichtungen, die für Entwicklungspolitik in den Bundesländern zuständig sind, hinsichtlich der zivilgesellschaftlichen, staatlichen und halbstaatlichen Akteure Fähigkeiten, Motivation und Initiative entwickeln, die auch die schulische und außerschulische Bildungsarbeit bereichern können. Insofern hoffe ich, dass jetzige Botschaft diese Arbeitsgruppen nicht fortzuführen, nicht insofern missverstanden wird, dass sich die EZ-Ressorts der Länder aus diesem Themenfeld zurückziehen. Ich denke, wir werden diese Diskussionsprozesse im Bund-Länderausschuss weiterführen müssen. Wir werden einen Weg finden müssen, wie wir über projektbezogene Aufgaben die Kernkompetenzen der Länder auch durch unsere spezifischen Erfahrungen in diesem Bereich befruchten können.

Ich hatte eingangs gesagt, dass sich die EZ verselbstständigt hat und aus dem Themenfeld der Außenwirtschaft entstanden ist. Dies war eine Grundlage dafür, dass sich dieses Thema eigenständig und nach außen wahrnehmbar entwickeln konnte. Wir sprechen ja heute von der Querschnittsaufgabe der Entwicklungszusammenarbeit. Die Einbeziehung anderer Politikfelder – dazu gehört auch die Außenwirtschaft, aber nicht nur sie – ist eine wichtige Voraussetzung, um auch zukunftsfähig zu bleiben. Dieser Prozess wird kein leichter sein. Es hat eine gemeinsame Sitzung vom Bund-Länderausschuss Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaft stattgefunden, an der ich nicht teilnehmen konnte. Da ich in Berlin auch für die Außenwirtschaft zuständig bin, war ich im Bund-Länder-

ausschuss Außenwirtschaft. Der Leiter dieses Bund-Länderausschusses hat auf dieser Sitzung auf die Bemühungen hingewiesen, zu einer gemeinsamen Diskussion zwischen BMZ, Außenministerium und Bundesländern an der Schnittstelle Entwicklungszusammenarbeit und Außenpolitik zu kommen. Es ist eine sehr positive und sehr erfreuliche Schlussfolgerung, die der Vorsitzende dieses Ausschusses gezogen hat. Die Zuständigen in den Bundesländern hingegen haben sehr kritisch reagiert: „Ja, das sei eine Sitzung gewesen zwischen Außenwirtschaftsreferaten der Wirtschaftsministerien und den Entwicklungsreferaten der Länder, als wenn Nord- und Südkorea erstmalig an einem Tisch zusammen gesessen hätten.“ Viele konnten mit den üblichen Begrifflichkeiten, die wir tagtäglich nutzen, wie „Eine Welt“ oder „Millennium Development Goals“ nichts anfangen. Es gibt Verständigungsschwierigkeiten und es ist noch ein Großteil an Vermittlungsarbeit und an Diskussionsarbeit zu leisten. Dennoch ist die Zeit für diese Diskussion reif. Es lassen sich zudem auch durchaus gemeinsame Aktivitäten in beiderseitigem Interesse entwickeln.

Wichtig wäre es auch, Entwicklungszusammenarbeit und Ost-Westkooperation zusammen zu diskutieren. Ost-Westkooperation ist in den Bundesländern, zum Teil auch auf Bundesebene, eher außenwirtschaftlich geprägt. Andererseits macht die Trennung der Zuständigkeit für Entwicklungszusammenarbeit und für Ost-Westkooperation relativ wenig Sinn. Instrumente, Kompetenzen und bestimmte Fähigkeiten werden in beiden Politikfeldern gleichermaßen genutzt. Viele Vorfeldeinrichtungen, mit denen die Länder zusammenarbeiten, InWEnt sei nur genannt, arbeiten in beiden Kontexten Nord-Süd und Ost-West. Es gibt also viele Berührungspunkte. In Berlin wollen wir deshalb beide regionalen Themenfelder zusammenführen zu einem Themenfeld der Internationalen Kooperation. Ich weiß, das wird auch in Berlin sehr kritisch diskutiert. Es wird die Frage gestellt, ob in einer solchen Konstellation entsprechende Eigenbestandteile der Entwicklungszusammenarbeit erhalten bleiben. Gleichwohl sehe ich, gerade auf der Länderebene, sehr viele Berührungspunkte zwischen beiden Themenfeldern.



Ich glaube, dass die Zusammenfassung beider zu dem Themenfeld

„Internationale Kooperation“

durchaus dazu beitragen kann, die Erfahrungen aus beiden Ebenen zusammenzuführen und sich gegenseitig befruchtend auch zu verstärken.

Was ist schließlich das Resümee, das ich aus dieser Diskussion und aus diesem Vortrag ziehe? Ich denke, zunächst einmal wird im Rückblick auf die 25-jährige Arbeit hier in Bremen und auch in den anderen Ländern die besondere Leistung, die Bremen für diese bundespolitische Diskussion sowie für die Debatte über die EZ der Länder gebracht hat, deutlich. Ich danke, auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen aus den Bundesländern, Gunther Hilliges ganz herzlich für diese Anstöße, für diese Unterstützung, die er uns gegeben hat und danke natürlich auch dem Bremer Senat dafür, dass er dies ermöglichte. Gunther Hilliges hat sicherlich in den letzten 25, 26 Jahren einen übermäßigen Einsatz geleistet. Er hat eine stetige Beharrlichkeit entwickelt. Er hat eine Überzeugungsfähigkeit unter Beweis gestellt, die immer ansteckend war. Seine Begeisterungsfähigkeit, Energie und Motivation und nicht zuletzt für mich immer wieder ganz besonders beachtlich, die ansteckende Menschlichkeit, war immer eine besonders gute, für mich persönlich auch eine besonders wichtige, Grundlage für unsere Zusammenarbeit. Meine Bitte an die

verantwortlichen Kollegen geht dahin, auf diesem Erreichten aufzubauen und dieses Fundament zu wahren. Ich weiß, und das ist eine Erfahrung, die wir in allen Ländern machen, dass die Haushaltssituation und die Zwänge, in die sich die Länder gestellt sehen, zu Anpassungsnotwendigkeiten führen müssen. Diese sind in Bremen vollzogen worden, wie heute auch schon von Frau Dr. Kiebler dargestellt worden ist. Ich hoffe aber, dass die Weiterführung auf diesem Fundament aber mit einer gewissen Neuausrichtung, Neujustierung, erfolgreich sein wird. Wenn es denn gelingt, in Bremen auf diesem Fundament aufzubauen und dieses Politikfeld weiterzuentwickeln, findet der Titel, der hier vorgegeben worden ist,

„Von Bremen lernen, heißt siegen lernen“

auch seine Berechtigung. Ich danke Ihnen ganz herzlich!

Entwicklungszusammenarbeit Ost – (k)ein neues Thema?

Prof. Dr. habil. em. Walter Hundt

Thesenhaft möchte ich einige wenige Gedanken zu dem mir vorgegebenen recht umfassenden Thema äußern, die meiner Auffassung nach erinnerungswürdig sind, zumal sie vielfach etwas mit dem Anlass des heutigen Tages zu tun haben. Ich stütze mich dabei auf Analysen aus verschiedenen Etappen der Zeit ab 1990, wobei das Land Brandenburg vielfach einen Schwerpunkt bildet, der aber die Möglichkeit der Verallgemeinerung für alle neuen Bundesländer erlaubt.

1. Dritte-Welt-Arbeit der DDR – einige Gedanken zur Wertung und Nutzung

Resumé und Bilanz sowie Wertung scheinen quasi ein historisches Thema zu sein, das aber über die Nutzung und Verwertung bis heute in unsere entwicklungspolitische Arbeit, erst recht in die wissenschaftliche Arbeit hineinwirkt. Wer sich dazu äußert – vielleicht gar noch tendenziell und partiell positiv – wird heute nicht mehr unbedingt verdächtigt, wie das anfangs fast obligatorisch zu sein schien.

Von Anfang an stand für mich und für uns fest, dass nichts so weiter gehen konnte wie vorher. Eine Neuorientierung war unumgänglich, bei der aber – wie ich meinte – eine Bestandsaufnahme der Vergangenheit ausgesprochen nützlich sein konnte. Zu diesem Zeitpunkt lagen weit über 30 Jahre der Beschäftigung mit der Dritten Welt hinter mir, anfangs im Bildungswesen, später professionell an entwicklungspolitischen Hochschuleinrichtungen. Ich wusste also politisch-inhaltlich, wovon ich sprach, aber das politische (und wissenschaftliche) in der Bundesrepublik gewachsene Umfeld ahnte ich nur, und dennoch war es dann zum Teil ganz anders. Lange Zeit war mein Leben geprägt vom echten Glauben an eine sozialistische Gesellschaft mit sozialer Gerechtigkeit, die entwicklungspolitische Überlegungen umfassend einschloss. Daraus hatten Engagement und Einsatzbereitschaft resultiert. So bedeutete also die Abwicklung auch keinen grundsätzlichen Bruch mit den entwicklungspolitischen Grundüberzeugungen. Parallel zu dem gedanklichen Prozess des Überprüfens und der Einstellung auf neue Erfordernisse

hatte vor allem die Bekanntschaft mit „neuen Menschen“, denen ich unmittelbar während und nach der Wende begegnete, hohe subjektive Bedeutung. Immer stand im Mittelpunkt meiner Überlegungen in jener Zeit die Frage: Lohnt es sich noch einmal? Mir war klar, dass ein entwicklungspolitischer Neuanfang bei vielen zwar auf Sympathie stoßen würde, bei ebenso vielen aber sofort als ausgesprochene Exotenposition abgetan werden würde, vielleicht sogar von vielen belächelt.

Der Prozess der persönlichen Bestandsaufnahme und des kritischen Durchleuchtens unserer damals noch nicht so genannten Entwicklungspolitik hatte schon lange vor Beginn des Projekts „Brandenburg in der Dritten Welt“ begonnen und hielt natürlich in dieser Zeit weiter an. Längst war klar, dass wir in der DDR Illusionen bei uns genährt hatten und Illusionen in den Entwicklungsländern bezüglich unserer Möglichkeiten der Unterstützung und Kooperation geweckt hatten. Gewisse (zum Teil weitgehende) Konzeptlosigkeit in gewissen Zeiten und im Zusammenhang mit bestimmten entwicklungspolitischen Fragen war uns natürlich nicht verborgen geblieben. Als Insider kannte jeder von uns die Leiden des „Mittagismus“ der allgewaltigen Entwicklungsländer-Kommission, die über Jahre Entwicklungspolitik zum Gegenstand willkürlicher, öffentlich nicht nachvollziehbarer Entscheidungen machte. Nicht selten wurden einsame Entschlüsse „großer Männer“ zum Leitfaden für unsere Arbeit, z.B. bei der Deklaration von Prestigeprojekten, der Festlegung von „Schwerpunktländern“ entsprechend dem Reiseplan Erich Honeckers u.a.m. Jeder von uns hatte besonders in der letzten Zeit das Gefühl, dass die Vermischung von staatlicher Außenpolitik und Solidaritätsbewegung auf Dauer nicht aufgehen konnte.

Das alte DDR-Prinzip „Nur ja keinem in der Dritten Welt wehtun“ mit Konsequenzen für die praktische Außenpolitik und die außenpolitisch-entwicklungspolitische Wissenschaft hatte zum Teil unerträgliche Folgen. Jeder, der in dieser Zeit publizieren wollte und publizieren musste, hat da massenhaft eigene Erfahrungen! Einer gewollten Enge auf entwicklungspolischem Gebiet standen dennoch auch

Ungezählte mit persönlichem großen Engagement gegenüber, die sich auch durch von Subjektivismus geprägten Prioritäten und Fehlprognosen nicht abschrecken ließen. Usus geworden war von einem bestimmten Zeitpunkt an eine Klientelpolitik gegenüber Entwicklungsländern mit zum Teil hohen Kosten und hohem politischem Gefährlichkeitsgrad. Antiamerikanische Losungen genügten oft für die Einstufung als unterstützungswürdiges Land unter völliger Außerachtlassung innenpolitischer Realitäten. Dabei war nur ein schlechter Trost, dass offenbar die westlichen Staaten den gleichen Fehler begingen. Mit Enge, Gängelerei und Dirigismus sowie Behinderung, besonders in wissenschaftlicher Hinsicht, sollte nunmehr Schluss sein.

Aber da waren auf der anderen Seite viele Positiva, die ungeachtet der kritischen Bilanz der DDR-Entwicklungspolitik auch nicht vom Tisch zu wischen waren. Ich denke an die Aufgeschlossenheit und ein reales breites Interesse an der Dritten Welt, die ein bestimmtes, von echter Solidarität geprägtes Verhalten bei unseren Menschen erzeugten. Unsinn die These, das sei alles befohlen und kommandiert worden. Hervorragende Politiker aus Entwicklungsländern wie Mandela oder Nyerere haben eine sehr klare Wertschätzung dieser Seite der Erziehung in der DDR vorgenommen, die, wenn man so will, bereits im Kindergarten begann und in die großen Komplexe Solidarität und Internationalismus eingebettet waren. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit war in der DDR natürlich im Wesentlichen Bildungsarbeit über die Dritte Welt, ein Mangel, den wir im Übrigen auch heute noch nicht losgeworden sind. Andererseits ist festzustellen, dass ein solches positives Verhalten natürlich nicht „Herzenssache des ganzen Volkes“ war, wie das in den Parteidokumenten oft formuliert wurde. Eine ausgewogene Bilanz durfte allerdings auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Entwicklungszusammenarbeit der DDR durchaus „vorzeigewürdige Leistungen“ hervorgebracht hatte, wie dies der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit der demokratisch gewählten letzten DDR-Regierung, Hans-Wilhelm Ebeling, im Juli 1990 gewürdigt hatte.

Bei der persönlichen Bestandsaufnahme spielte – das muss ich ehrlich eingestehen – in ganz entscheidendem Maße das Gefühl eine große Rolle, auch vor der Wende eine gute und nutzbringende Tätigkeit verrichtet zu haben, eine Auffassung, die mir kurz danach erstaunlicherweise völlig unaufgefordert zwei sehr unterschiedliche Vertreter des neuen gesellschaftlichen Lebens im Land Brandenburg bestätigten: nämlich Universitätsrektor Prof. Dr. Mitzner und der Vorsitzende des SPD-Landesverbandes Minister Steffen Reiche. Ich will nicht verhehlen, dass solche Einschätzungen einem in dieser komplizierten Situation einen gewissen Auftrieb verliehen. So gehörte ich weder zu den euphorischen Nostalgikern, für die selbstkritische Betrachtung – selbst in Grenzen – ein Fremdwort war, noch zu jenen, für die offenbar eine „Pflicht“ zur allumfassenden Kritik um jeden Preis und in jeder Hinsicht bestand. Für mich stand fest, dass eine künftige Tätigkeit, sollte sie sich realisieren lassen, sich in vielerlei Hinsicht mehr oder weniger unter Berücksichtigung des gesamtgesellschaftlichen Rahmenumbruchs direkt an frühere Intentionen der



Prof. Dr. Walter Hundt

langjährigen Beschäftigung mit Fragen der Dritten Welt und der nationalen Befreiungsbewegung der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas anschließen würde. Zu diesem Zeitpunkt war ich bereits mehr als 30 Jahre mit diesen Fragen intensiv befasst. Die Entwicklungsländer, ein Begriff der für uns erst „freigegeben“ wurde, nachdem Breshnew ihn zum erstenmal auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU 1971 gebraucht hatte(!), waren „meine Welt“ geworden, darunter auch das, was wir heute Entwicklungszusammenarbeit nennen. Es galt also von vornherein, ein richtiges Verhältnis anzustreben zwischen der Würdigung von DDR-Leistungen und einer berechtigten und notwendigen Kritik an ostdeutscher Entwicklungspolitik, was nicht zu deren generellen Infragestellung führen durfte, wie das in vielen westdeutschen Publikationen zunächst geschah. Heute hat sich fast überall bei meinen politischen und wissenschaftlichen Freunden in ganz Deutschland die Auffassung von der Notwendigkeit einer relativierten objektiven Bewertung dieser Zeit durchgesetzt.

Zur Maxime all unserer künftigen Bemühungen musste jener Wandtext werden, der in der Universität Khaipur noch heute zu lesen ist: „Coming together is a beginning. Keeping together is progress. Working together is success.“ Ein Vorsatz, der leider heute noch immer bei einigen unserer brandenburgischen Politiker nicht realisiert ist, stand für uns damals fest: wir müssen weg von so genannter Entwicklungshilfe hin zu echter gemeinsamer Entwicklungszusammenarbeit. Wir hatten die Hoffnung, dass der Dialog mit westdeutschen Freunden, die wir zu dieser Zeit noch nicht hatten, helfend beitragen könne, wengleich wir der BRD-Entwicklungspolitik und ihrem Establishment keineswegs unkritisch gegenüberstanden – eine Auffassung, die sich immer wieder bis auf den heutigen Tag als richtig erweisen sollte. Diese unsere Auffassung und die nahezu absolute Unkenntnis beim staatlichen Partner (Bundesinstanzen) über die Situation in Ostdeutschland, auch auf entwicklungspolitischem Gebiet, führte übrigens bei meinem ersten westdeutschen Auftritt in Bonn (eine Veranstaltung des Gustav-Stresemann-Instituts, zu der ich als einer der ostdeutschen Vertreter eingeladen worden war) zu einem heftigen, langandauernden und lautstarken

Zusammenstoß zwischen dem BMZ-Staatssekretär Repnik und mir. Eine andere „Früherkenntnis“ meinerseits in Brandenburg bestand darin, dass zumindest auf unserem Gebiet Einsicht unbedingt die evidente Notwendigkeit und den nachhaltigen Druck als Bundesgenossen braucht. Daraus entstand für die praktische Arbeit die Frage, ob unser künftiges Gremium nicht eine pressure group im „neudeutschen“ Sinne sein müsse.

Worauf konnten wir in Brandenburg auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik/Entwicklungszusammenarbeit aufbauen? Da war das erwähnte entwicklungspolitische Potenzial an Menschen aus Produktion und Wissenschaft mit Wissen und Können sowie Projekterfahrung; die ehrliche Bereitschaft zur Mitarbeit, zum Teil auch unter Zugrundelegung negativer Erfahrungen; viel guter Wille und Engagementbereitschaft, Sachkenntnis und Kompetenz; viele international anerkannte Forschungsergebnisse und zum Teil auch gerügte Arbeitsergebnisse neben Darstellungen mit wissenschaftlicher Verzeichnung und Ideologiebedingtheit; nutzbare vorhandene bewussteinsmäßige Elemente, die lediglich „positiv freigeschaufelt“ werden mussten. Für jeden von uns waren Erfolgsbilanz und Desillusionierung zusammengewachsen, und die entwicklungspolitischen Anstrengungen waren – wie die Entwicklung des gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens – eingebettet in den „Aufschwung Ost“ der, ehe er so richtig begonnen hatte, bereits wieder zu Ende zu gehen drohte oder an vielen Stellen sogar ausgeblieben war. Die wirtschaftlich-sozialen Sorgen unserer Menschen schienen sich auch auf unserem Gebiet zu Haupthemmnissen des Aktivwerdens zu entwickeln.

Die Tätigkeit des entwicklungspolitischen Runden Tisches war bei der Neuorientierung eine wertvolle Hilfe, jener Versuch gutgewillter „Ossis“, in den zunehmend auch westdeutsche Freunde einbezogen wurden, mit einer eindeutigen Zielstellung: eine kritische Bilanz der DDR-Zeit auf entwicklungspolitischem Gebiet vorzunehmen, neue unumgängliche Erfordernisse durchzusetzen, bestimmte Bastionen der Vergangenheit und die damit verbundenen

Monopole zu brechen und die Formulierung eines neuen Ansatzes auf diesem Politikfeld zu versuchen. Das traf auch auf die „Leitsätze des Runden Tisches für Entwicklungspolitik“ zu, die leider in keiner Hinsicht in den Folgejahren eine Verwirklichung erfuhren.

Aus der Zeit meines ersten Indien-Aufenthalts fiel mir damals immer wieder Nehru ein, der einmal formulierte: „Der Mensch hätte bestimmt seine Augen im Hinterkopf, wenn er dazu bestimmt wäre, ständig rückwärts zu blicken oder zu gehen.“ Unumstößlich stand für mich fest, dass es kein Beginn bei „Stunde Null“ sein musste. Grundprinzip unserer künftigen Arbeit sollte eine breite Einbeziehung möglichst vieler, wenn nicht aller werden – damals wie heute eine Illusion! Ein Vorsatz, der transparente und greifliche Schwerpunktbildung einschließen musste.

Die Prozesse der Bestandsaufnahme und Neuorientierung wurden wesentlich begünstigt und beschleunigt durch die Umsetzung meines festen Entschlusses, relativ schnell in den alten Bundesländern an Veranstaltungen teilzunehmen und, wenn möglich, dort mit Diskussionsbeiträgen oder Vorträgen aufzutreten. Nach einem Vortrag in der Berliner Stadtbibliothek im Januar/Februar 1990 in Anwesenheit zahlreicher DDR-Bürgerrechtler und westdeutscher sowie Westberliner Vertreter, wo ich zum Thema „DDR und ‚Dritte Welt‘ heute“ sprach und eine interessante Diskussion auslösen konnte, war dies in erster Linie ein mehrstündiger Vortrag auf Einladung von Cultur Cooperation e.V. und Kulturbüro Dritte Welt im legendären Haus am Nernstweg 32-34 in Hamburg zum Thema „Zu einigen Aspekten der entwicklungspolitischen Arbeit und der Solidaritätsarbeit in der ehemaligen DDR – Gedanken zu gestern, heute und morgen“. Teilnehmer waren Politiker und Entwicklungspolitiker sowie vor allem Vertreter der entwicklungspolitischen westdeutschen Basis. Die Veranstaltung hatte ganz besonders mir im Zusammenhang mit der folgenden Diskussion, aber auch auf der Seite der Zuhörer offenbar eine Menge neuer Erkenntnisse vermittelt. Schnell konnte ich feststellen, dass unser relativ hohes Fachwissen nicht darüber hinweg täuschen durfte, dass man ein erhebliches Defizit an entwicklungspolitischem Wissen angesichts der

neuen Erfordernisse, auch hinsichtlich unserer künftigen Aktivitäten, hatte. Wenn das, wie mir viele Freunde bestätigten, bei nahezu allen von uns als Spezialisten so war, so durften wir keineswegs darüber hinwegsehen, dass dieses Defizit beim so genannten Durchschnittsbürger noch viel größer war. Nachdem ich für die ersten beiden Veranstaltungen noch eine gehörige Portion von Mut aufbringen musste, wuchs sehr bald der Entschluss, so viel wie möglich in die alten Bundesländer zu Diskussionen zu fahren (soweit das die knappe Reisekostenregelung zuließ). Die Aufnahme war differenziert: Wertschätzung und kritische solidarische Sympathie einerseits, wenige Verächtlichmacher mit Delegitimierungsversuchen nach der Kinkel-Weisung andererseits; daneben große und weniger große Lücken über die DDR.

Gezehrt habe ich von der Tatsache, dass ich schon in meinem „vorigen Leben“ mich intensiv mit der Dritten Welt beschäftigt habe und beschäftigen konnte. Zum Zeitpunkt der Wende kannte ich aus eigener Anschauung ca. 30 Entwicklungsländer, hatte einige hundert Publikationen zur Thematik, die zum Teil noch bzw. aus aktuellem Anlass wieder im Gespräch sind. Und „gezehrt“ habe ich natürlich auch aus der Kraft, die die Zeit nach 1990 freizusetzen ermöglichte (trotz Abwicklung).

2. Die Nach-Wende-Situation in den neuen Bundesländern und die Frage des Zusammenwachsens dessen, was zusammengehört

Wie ging es in Brandenburg los, wo neu entstehende Gruppen neben „alten“ zu wirken begannen und entwicklungspolitische Aktivitäten sich weitestgehend auf entwicklungspolitische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit erstreckten? Im Land Brandenburg – wie in allen neuen Bundesländern – standen wirtschaftliche und soziale Sorgen und Probleme bei Bevölkerung und Politikern im Mittelpunkt politischen Nachdenkens und Handelns. Dennoch gab es unter diesen komplizierten Bedingungen – ungeachtet der kompletten „Abwicklung“ des in Potsdam vorhandenen wissenschaftlich-entwicklungspolitischen Potenzials – einige „Dritte-Welt-Enthusiasten“, Leute, von

denen es an der damaligen Brandenburgischen Landeshochschule hieß: „Wer sich in solchen Zeiten mit der Dritten Welt beschäftigt, ist ein ausgesprochener Exot, den man sich finanziell gar nicht leisten kann, zumal er sicher bald anfangen wird, nach Hilfgeldern für Menschen in den Entwicklungsländern zu fragen.“ Die erwähnten Leute waren jedoch der Meinung, dass es auch oder gerade unter den neuen Bedingungen nach der Wende ein gesellschaftliches Erfordernis war, sich mit der Dritten Welt zu beschäftigen, da dies notwendig und nützlich für den Süden, besonders aber für den Norden selber ist.

Es gab die Auffassung, dass trotz allem entwicklungspolitische Gedanken und Aktivitäten in Brandenburg unverzichtbar seien, zumal Brandenburg – wie Untersuchungen im wirtschaftlichen und kulturell-wissenschaftlichen Bereich zutage brachten – über eine ganze Reihe durchaus beachtenswerter Anknüpfungspunkte für Entwicklungspolitik/Entwicklungshilfe/Entwicklungszusammenarbeit aus vergangenen Jahrzehnten verfügte. Da gab es auf dem Territorium der früheren Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus Menschen unterschiedlichen Alters in den verschiedensten Berufsgruppen, die über ihre Industrie-, Landwirtschafts-, Handwerks- oder Handelsbetriebe, ihre Schulen oder Wissenschaftseinrichtungen, über die Solidaritäts- und Freundschaftsarbeit, nicht zuletzt über Kirchen oder unter dem Dach der Kirche angesiedelte Gruppen Dritte-Welt-Kontakte in dieser oder jener Form, direkt oder indirekt gepflegt hatten. Es musste also keineswegs bei Null angefangen werden. Es gab eine für Probleme des Südens in gewisser Hinsicht sensibilisierte Öffentlichkeit mit Interessen und einer – hier und da sicher zeitweilig zurückgedrängten – Bereitschaft zum Tätigwerden. Aktivisten wirkten in einzelnen Gruppen und am in der Wendezeit entstandenen Potsdamer „Offenen Tisch Entwicklungspolitik/Ausländerfragen“. Und da gab es, wie ich bald aus der Distanz feststellen konnte, einen für entwicklungspolitische Belange offenbar ausgesprochen aufgeschlossenen Mann an der Spitze der neuen Landesregierung, der bereits frühzeitig die Zustimmung seines Kabinetts zum Ministerpräsidentenbeschluss der westdeutschen Bundesländer von 1988 herbeiführen sollte

und später denjenigen Mut machte, die an eine Institutionalisierung der Nord-Süd-Arbeit im quasi noch nicht vorhandenen universitären Bereich unter Nutzung von ABM-Mitteln dachten, Leuten, die ich in dieser Situation um mich zu scharen begann.

Sichtbar wurde schnell, dass eine Vielzahl neuer, bis dato in Brandenburg nicht bearbeiteter Fragen auftauchten. Teilaufgaben waren allerdings auch früher an verschiedenen inzwischen abgewickelten Lehrstühlen und Wissenschaftsbereichen ausgesprochen intensiv und mit zum Teil international beachteten und anerkannten Resultaten betrieben worden. Dabei hatte es auch auf diesem Gebiet sowohl ideologiebedingte Verzeichnungen und Fehlleistungen gegeben, aber eben auch realistisch-kritische, von der damaligen „Obrigkeit“ scharf gerügte Arbeitsergebnisse. Und dann hatte es auch im entwicklungspolitischen Bereich unter Brandenburger Wissenschaftlern am damaligen Institut für Internationale Beziehungen den Versuch eines kritisch-selbstkritischen inhaltlich-konzeptionellen, struk-



turellen und personellen Neuansatzes – von westdeutschen Kollegen, z.B. vom Otto-Suhr-Institut der Freien Universität in Westberlin, ausgesprochen positiv bewertet – gegeben, der allerdings ebenfalls in den Abwicklungswirren offenbar völlig unbesehen unterging.

Im Ergebnis einer Ausschreibung wurde mir im Mai 1990 die Leitung des neu konzipierten Lehrstuhls „Politische Strukturen in Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas“ übertragen. Ein solcher Lehrstuhl warf unter den Westberliner Kollegen sofort die Frage auf, ob denn eine derartige Komplexität, die sich auf alle drei Kontinente erstreckte, wissenschaftlich überhaupt zu meistern sei. Als ausgebildetem Historiker fiel einem da sofort der Leitspruch François de La Rochefoucaulds, eines scharfen Kritikers der Verhältnisse am Hofe Ludwigs XIV., aus dem Jahre 1665 ein: „Wir haben mehr Kraft als Willensstärke; und nur um uns vor uns selbst zu entschuldigen, halten wir oft Dinge für unerreichbar.“ Und Mut war das, was einem in solchen Situationen am allerwenigsten fehlen durfte. Hier kam mir meine wissenschaftliche „Vergangenheit“ natürlich zugute (1965–70 stellvertretender Leiter eines Afrika-Lehrstuhls, 1971–74 Leiter eines Lateinamerika-Lehrstuhls und dann bis 1989 Leiter eines Lehrstuhls für asiatisch-pazifische Entwicklungsländer). Neue Studenten strömten ans Institut, und auf uns kam ein gewaltiges Pensum an Lehrverpflichtungen unter völlig neuen Bedingungen zu, obwohl die Zahl der Mitarbeiter bereits „gestrafft“, sprich reduziert wurde.

Ungeachtet dessen stand für mich fest, dass man das neue politische Umfeld für die Tätigkeit eines solchen Lehrstuhls schnellstens sondieren musste. Deshalb bemühte ich mich relativ schnell bei zwei Ministern in spe, bei Dr. Herbert Knoblich, damals verantwortlich für den Schul- und Hochschulbereich der Bezirksverwaltungsbehörde, und bei Albrecht Braehmer, verantwortlich für Wirtschaft. Die gelockerten „Leitungsprinzipien“ und die betont hervorgehobene Eigenverantwortung der Lehrstuhlleiter ließen es mir durchaus als machbar erscheinen, solche Gespräche ohne Information der Institutsleitung zu führen.

Die „Audienzen“ verliefen bei beiden Herren relativ konstruktiv. Dr. Knoblich unterstrich forsch die Notwendigkeit

neuer Konzepte, wenn ein solches Unterfangen in der Zukunft von Erfolg gekrönt sein sollte. Meine Argumentation nach der Abwicklung war:

1. jedes Bundesland braucht eine bzw. mehrere Universitäten – auch Brandenburg;
2. jede Universität braucht Politikwissenschaften;
3. jeder Fachbereich Politikwissenschaften braucht die Entwicklungsländer-Problematik (Komparatistik etc.).

Herr Braehmer fragte mich zunächst verwundert, wieso ich als Entwicklungspolitiker gerade zu ihm komme, worauf ich ihm erwiderte, dass meine zwar noch bescheidenen Kenntnisse über die Struktur westdeutscher Landesregierungen dennoch beinhaltete, dass Entwicklungszusammenarbeit in der Regel bei den Wirtschaftsministern lag. Verwundert schob er einen Vorhang an der Wand beiseite, hinter dem ein großes Strukturschema seines Verantwortungsbereichs im Rahmen der Bezirksverwaltungsbehörde auftauchte. Und siehe da: er war für EZ in Brandenburg verantwortlich! Die zweite, für damalige Verhältnisse fast symbolische Frage an mich lautete: „Gibt es denn außer Brandenburg noch andere Entwicklungsländer auf der Welt?“ Auch im Ergebnis dieses Gesprächs wurde mir der Weg zu Mitarbeitern des Bereichs geöffnet. In dieser Situation bildete ich unsere Arbeitsgruppe „Brandenburg in der Dritten Welt“ an der Universität Potsdam. Sie entstand faktisch auf der Deponie der wissenschaftlichen Entsorgung der Entwicklungsländer-Tätigkeit in Ostdeutschland und war so ein echtes „Wendeprodukt“, übrigens das einzige seiner Art in den neuen Bundesländern. Die AG war ein spezifisches Resultat des Umbruchs und der Abwicklung der DDR-Entwicklungsländer-Forschung. An der neu gegründeten Universität Potsdam wurden wir von vielen als „Wildwuchs“ betrachtet, aus dem wir „Normalwuchs“ zu machen gedachten, auch wenn der Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses des Landtags unseren Gegenstand als „brotlose Kunst“ und als „ausgesprochen Bonner Sache“ bezeichnete.

Symposium



Als konzeptionelle Richtwerte sollten gelten:

- die wirkungsvolle Kombination von wissenschaftlichen Aktivitäten und praktischer entwicklungspolitischer Arbeit;
- die Verwertbarkeit der Arbeitsergebnisse durch Partner in Politik, Wirtschaft, Bildung und im NRO-Bereich, also ihre Nützlichkeit für das Land, nicht zuletzt für die Basis;
- das Tätigwerden als Impulsgeber, der dann lokale bzw. regionale Aktivitäten auslöst;
- die Extramuralität, das landesweite Wirksamwerden auf dem gesamten Territorium Brandenburgs über die Grenzen der Landeshauptstadt hinaus.

Als konzeptionelle Schwerpunkte wurden zu Beginn bzw. im Verlauf der Arbeit ergänzend festgelegt:

- die wissenschaftlich-analytische Arbeit zur Lage und Entwicklung in der Dritten Welt im allgemeinen und in einzelnen Entwicklungsländern im besonderen sowie zu bestimmten Hauptprozessen und Zusammenhängen;
- Studien zu den Nord-Süd-Beziehungen auf dem Territorium des heutigen Landes Brandenburg (1945–1989; 1990 und danach; kolonialgeschichtlicher Komplex Brandenburg-Großfriedrichsburg/Westafrika);
- unterstützendes Wirksamwerden in der politischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf die Problemkomplexe Entwicklungsländer/Entwicklungspolitik/Entwicklungszusammenarbeit;
- problembezogene breite Kontaktarbeit mit Institutionen, Einrichtungen, Unternehmen, Kommunen, Parteien, Organisationen, Verbänden, Vereinen, Stiftungen, Nord-Süd-Gruppen und -Foren, Dritte-Welt-Läden und -Initiativen sowie parlamentarischen Körperschaften und Einzelpersonen;
- Herausgabe einer eigenen entwicklungspolitischen Schriftenreihe mit Brandenburger Spezifik;
- Durchführung eigener entwicklungspolitischer Seminare für unterschiedliche Zielgruppen bzw. Unterstützung solcher bei anderen Veranstaltern;

- Initiierung und Unterstützung entwicklungspolitischer Projektarbeit Brandenburger Gruppen in Entwicklungsländern.

Großen Wert legte ich von Anfang an darauf, dass die Arbeitsgruppe faktisch zwei Standbeine hatte: das praktisch-entwicklungspolitische Feld und die wissenschaftliche Seite der Medaille. Diese Situation habe ich auch später in der BEPI-Periode immer versucht aufrechtzuerhalten, indem ich soweit wie möglich am wissenschaftlichen Leben teilnahm, Artikel publizierte und Vorlesungen und Vorträge hielt, auch wenn das Tagesgeschäft dies manchmal außerordentlich erschwerte. Den Ministerpräsidenten konnte ich durch einen glücklichen Umstand bereits einen Tag nach der Gründung der AGr mit dieser Tatsache vertraut machen.

In Berlin bestand eine ganz andere spezifische Situation. Es gab zahlreiche NROen mit großen Erfahrungen in Westberlin, ohne dass es zunächst zu einer breiten Zusammenarbeit mit den neuen Ostberliner Gruppen kam, die ihrerseits – gemessen an den anderen neuen Bundesländern – relativ groß waren (INKOTA, GSE, EPOG, OIKOS und SODI). Eine starke – in den anderen neuen Bundesländern nicht vorhandene – Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit ging bewusst auf die Ostberliner Gruppen zu und erwies sich als ausgesprochen kooperativ. In Mecklenburg-Vorpommern traf vorhandenes Basispotenzial mit entsprechendem Elan zusammen mit Bremer Hilfsbereitschaft und jahrzehntelangen Erfahrungen in Gestalt des Landesamtes für EZ und dessen Leiter Gunther Hilliges sowie einem umsichtigen westdeutschen Referatsleiter Herbert Sahlmann, in der EZ-Arbeit der SPD, des BMZ und der Kirche bewährt. Auch in Sachsen-Anhalt konnte die sich entwickelnde NRO-Szene von der Aufgeschlossenheit und dem Einfühlungsvermögen der für EZ zuständigen Westbeamtin Frau Westermann profitieren. Verschiedene Initiativen des Landtags und der Friedrich-Ebert-Stiftung erleichterten die Arbeit der sich in Magdeburg und Halle herausbildenden Zentren mit recht unterschiedlicher Vergangenheit. Bemerkenswert war ein erstaunlich großes entwicklungspolitisches Interesse auf schulischem und

kommunalem Gebiet. Zeitig wurde ein entsprechender Haushaltstitel eingerichtet. Die aus DDR-Zeiten in Dresden und Leipzig vorhandenen relativ starken personellen Reservoirs fanden im neuen Bundesland Sachsen auf staatlicher Seite nur bei einigen wenigen Politikern wie Landtags-Vizepräsident Sandig und PDS-Abgeordneten Unterstützung. Die nach anfänglicher absoluter finanzieller Abstinenz gegenüber den Gruppen plötzlich auftauchende 1 Million DM erwies sich schnell als ein propagandistisches Manöver der Landesregierung mit dem Hintergrund der Exportförderung für westdeutsche Konzerne mit einem Standbein in Dresden, Leipzig oder Chemnitz in Richtung osteuropäische „Nichtentwicklungsländer“. Auch in Thüringen erfuhren die aktiven Gruppen bei ihrer Landesregierung lange Zeit keinerlei nennenswerte Hilfe, trotz der großen EZ-Erfahrung gerade des Ministerpräsidenten Vogel in früheren Jahren in Rheinland-Pfalz. In Weimar bildete sich allmählich eine „Insel“ kommunaler EZ heraus. Aus den Länderparlamenten kam eine außerordentlich geringe Unterstützung für entwicklungspolitische Fragen, wobei die Grenzen – außer bei den Grünen und bei der PDS – quer durch die Fraktionen gingen. Eine aufrüttelnde konstruktive Rolle spielte – wie erwähnt – im Osten der zentrale Entwicklungspolitische Runde Tisch unter Leitung von Walter Bindemann.

Obwohl es sich ja nicht um einen absoluten „Erststart“, sondern um einen „Neustart“ bei Nutzung vorhandener Erfahrungen und Potenziale handelte, waren die Startbedingungen in allen neuen Bundesländern außerordentlich schwierig. Wir in Brandenburg entwickelten ab 1991 unser Konzept des

„Brandenburgischen entwicklungspolitischen Experiments“.

Ausgehend von unserer Arbeitsgruppe an der Universität und danach vom Brandenburgischen Entwicklungspolitischen Institut e.V. (BEPI) wurde bei den Nord-Süd-Gruppen und bei den staatlichen und anderen Institutionen dieser Begriff bald zu einem festumrissenen Faktor des Miteinander-Umgehens, dessen Umsetzung auch in den anderen

Bundesländern große Aufmerksamkeit erfuhr. Die „strategische Linie“ des Experiments bestand darin, die Beziehungen zwischen den entwicklungspolitischen Gruppen und Initiativen einerseits und dem Staat bzw. der Landesregierung andererseits, also die Frage des Verhältnisses zwischen ihnen, als zentrale Frage brandenburgischer EZ herauszustellen. Dabei ging es erstens um das Zusammenwirken mit allen in Brandenburg entwicklungspolitisch Interessierten guten Willens und zweitens um den Verzicht auf Fundamentalopposition um jeden Preis, die potenzielle Verbündete und Partner vor den Kopf gestoßen hätte, ohne dabei jedoch auf ein kritisches Miteinander zu verzichten. Mit den ersten Schritten war ich gemäß dem Vorsatz, stets mit der entwicklungspolitischen Basis einerseits und mit der Politik und ihren Apparaten andererseits zu reden und zwischen ihnen zu vermitteln und sie möglichst zusammenzubringen, mit einer kuriosen Situation konfrontiert, die mich an jenen von Franz Fühmann „konstruierten“ Dolmetscher erinnerte, der am Rande des Mittelmeeres zwischen Xerxes und Cäsar fungieren sollte und feststellte, dass der eine nicht Lateinisch, der andere nicht Persisch verstand, außerdem entstammten beide verschiedenen Jahrhunderten (Franz Fühmann, Die dampfenden Hälse der Pferde im Turm zu Babel, Berlin 1978).

Während man uns anfangs von allen Seiten skeptisch gegenüberstand, da uns ja der Stallgeruch der DDR-Staatsnähe und in der Regel auch der SED-Mitgliedschaft anhing, wollten politische Parteien von uns zunächst nichts wissen. Es dauerte allerdings nur wenige Monate, und hinter vorgehaltener Hand wurde man in Kenntnis gesetzt, dass eine Mitgliedschaft (in einer der neuen Parteien) durchaus denkbar sei. Ich nahm mir vor, ohne Mitgliedschaft in einer der politischen Parteien mit allen von ihnen möglichst eng auf entwicklungspolitischem Gebiet bei parteipolitischer Unabhängigkeit zusammenzuarbeiten. An der Wiege unseres Projekts 1991, ganz besonders aber bei der Weiterführung Mitte 1993 standen ein F.D.P.-Minister und Abgeordnete der SPD, der PDS und von Bündnis 90, moralisch unterstützt von einzelnen Abgeordneten auch der CDU-Fraktion, die allerdings kein offizielles Mandat hatten.

Aber auch die beiden Fraktionschefs der CDU, anfangs Dr. Peter-Michael Diestel, danach Dr. Peter Wagner, versicherten mich ihrer Sympathie und Unterstützung auf unserem Weg. Auch unsere kritische Haltung zu den erwähnten Positionen und Vorkommnissen fanden im Gespräch die Unterstützung der Vertreter aller Fraktionen bzw. sogar der Fraktionschefs, so dass man auch hier von einer parteiübergreifenden Unterstützung in bestimmten Fragen sprechen konnte, was wesentlich dazu beitrug, dass es trotz allem vorwärts ging.

Die Arbeitsgruppe wurde der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam zugeordnet, deren Dekan zu dieser Zeit Prof. Dr. Karl Rohe war, der aus Nordrhein-Westfalen nach Potsdam geeilt war. Mit der Leitung der Arbeitsgruppe wurde ich beauftragt. Karl Rohe, mit dem ich mich in längeren Abständen, aber regelmäßig zur gegenseitigen Information und Beratung traf, war ein verständnisvoller und sachlicher Gesprächspartner. Von ihm erhielt ich allerdings auch die erste Unterweisung in parteipolitischer Praxis der Bundesrepublik. Auf meine Bemerkung, dass bestimmte Parteien begännen, sich für uns zu interessieren, ich jedoch die Absicht hätte, von meiner Nichtzugehörigkeit zu einer Partei durch enge Zusammenarbeit mit allen zu profitieren, zumal ich 36 Jahre Mitgliedschaft in einer politischen Partei in der DDR als für dieses Leben ausreichend ansehe, machte er mich darauf aufmerksam, dass dieser Standpunkt sicher nicht sehr nützlich sei, da „dieser Staat ein ausgesprochener Parteibuchstaat“ sei. Meine nachhakende Frage, ob er die DDR meine, wurde eindeutig verneint. Nachdem am Tag der Aufnahme unserer Tätigkeit auch die Universität Potsdam als größte Hochschule des Landes Brandenburg gegründet wurde, nicht „auf der grünen Wiese“, sondern sich auf verschiedene Vorgängereinrichtungen stützend, erhielt unsere Arbeitsgruppe einen außerordentlich spezifischen Status: Arbeitsgruppe „Brandenburg in der Dritten Welt“ an der Universität Potsdam.

Aus der AGr „Brandenburg in der Dritten Welt“ an der Universität Potsdam wurde über verschiedene entwicklungs-

bedingte Zwischenstufen (an denen auch der World University Service Wiesbaden recht förderlich beteiligt war) das erwähnte unabhängige BEPI mit e.V.-Status und NRO-Charakter. Faktisch waren wir bereits ab 1991 das erste funktionierende entwicklungspolitische Landesnetzwerk in den neuen Bundesländern, das tatsächlich auf einer Vielzahl von Gebieten gesamtbrandenburgisch wirkte, in der Landeshauptstadt mit Erfolg für die Nord-Süd-Szene politische Lobbyarbeit und Interessenvertretung praktizierte, ein breites Beratungssystem entwickelte und als einzige entwicklungspolitische Institution regelmäßig in 11 regionalen Treffpunkten mit allen Gruppen und Initiativen zusammentraf. Dieser Zustand wurde als Selbstverständlichkeit angesehen, ohne dass eine Mitgliedschaft von Gruppen dafür eingeführt werden musste. Der Doppelcharakter dieser Funktion bestand darin, dass es sich um eine Institution mit Netzwerkcharakter und selbstgestellter spezifischer landesweiter Aufgabenstellung handelte, andererseits um eine NRO neben vielen anderen. Später haben wir auch in anderen Bundesländern bei der Formierung von Landesnetzwerken mitgeholfen. Im Laufe der Jahre entstand ein außerordentlich spezifisches System der Kombination von hauptamtlicher und ehrenamtlicher Arbeit, über das wir viele unterschiedliche Kräfte mobilisierten. Ich selbst hatte mich in jenen Jahren als eine Art Verbindungsmann zwischen alten und neuen Erfahrungen, zwischen Brandenburg und anderen neuen Bundesländern, zwischen Ost und West in Gestalt der neuen und der alten Bundesländer gefühlt. Für uns traf zu, dass wir zunächst lokal wirkten, dann gesamtbrandenburgisch in entwicklungspolitischer Hinsicht, zunehmend auch gesamtgesellschaftlich in Brandenburg, schließlich bundesweit und damit gesamt-national und in bescheidenen Ansätzen zusammen mit Einrichtungen im Ausland. Die AGr und später das BEPI waren stets bemüht, mit allen Komponenten dieses komplizierten Beziehungsgeflechts Arbeitsmethoden zu entwickeln, die eine jede von ihnen für das entwicklungspolitische Vorankommen im Lande nutzbar machen konnte. Dazu gehörte es, die Kommunikationsstränge zu den Gruppen und Initiativen im Lande ständig zu verstärken.



Symposium

Mitte der neunziger Jahre hatten wir als Resultat unseres Ringens um den Erfolg:

- a) die Praxis der jährlichen Vier-Augen-Gespräche zwischen dem Ministerpräsidenten und mir als Vertreter der nichtstaatlichen Seite;
- b) die Praxis der Fünf-Stufen-Gespräche zwischen uns und der staatlichen Seite (1. mit den zuständigen Abteilungsleitern der drei direkt EZ-berührten Ministerien, 2. mit den drei Ministern, 3. mit dem für EZ zuständigen Landtagsausschuss, 4. mit den Fraktionsvorsitzenden, 5. mit dem Ministerpräsidenten) über die Probleme unserer Tätigkeit und über Erfordernisse des developmentpolitischen Tätigwerdens der Landesregierung und ihrer Ministerien sowie des Landtags und seiner Fraktionen;
- c) den offenen Zugang zu allen Fraktionen und Ministerien und anderes mehr. Allmählich versuchten wir auch im Westen Fuß zu fassen, developmentpolitische „Außenbeziehungen“ für Brandenburg aufzubauen. Bald sprach man in Insider-Kreisen von der „Westausdehnung“ unserer Arbeitsgruppe bzw. des Instituts, von unserer „Invasion des Ostens“, bei der wir ungeheuer viel gelernt haben.

Als ein Kardinalproblem stand von der ersten Minute an die Frage des Zusammenfindens oder Nicht-Zusammenfindens der „Ossis“ mit den „Wessis“ und umgekehrt. Das vollzog sich auf der Gruppenbasis und in der NRO-Szene im weitesten Sinne generell nahezu ohne Schwierigkeiten. Das Haupthindernis lag in den neuen Bundesländern, ihren Landesregierungen und deren Apparaten in den Beziehungen zu denen, die „gerufen“ wurden oder auch ungerufen kamen. Wir Älteren hatten noch die Erfahrungen aus dem (sowjetischen) Beratersystem in den Anfangsjahren der DDR (Schulwesen, Lehrerbildung, bewaffnete Kräfte). Damals kamen Fremde, ehemalige Feinde, und aus ihnen wurden „die Freunde“, vielfach nicht ohne Komplikationen, in der Regel aber mit einem nicht unwesentlichen Nutzeffekt, oft auf beiden Seiten. Jetzt kamen wieder Fremde (wenn auch mit etwa der gleichen Sprache), nach der Theorie des Klassenkampfes auch ehemalige Gegner.

Die Frage lautete: Was kommt da auf uns zu??? In den meisten Fällen wurde uns erst einmal massiv beigebracht, „was Sache ist“. Wie es in der DDR war, wie wir gelebt haben, Stasi und Bautzen, der Unrechtsstaat und die unerträgliche Unterdrückung... Ernest Hemingway fällt mir dazu ein: „Es war, als lese man die Schilderung einer Schlacht, die man geschlagen hatte, beschrieben von Leuten, die nicht nur nicht dabei gewesen, sondern in manchen Fällen noch nicht einmal geboren waren, als die Schlacht stattfand. All diese Leute, die über mein Inneres und Äußeres schrieben, taten das mit einem unerschütterlichen Selbstbewusstsein, das ich selbst so nie besessen habe.“

Als marxistisch geprägte Historiker hatten wir sowieso Vorbehalte gegen bürgerliches Berufsbeamtentum (teilweise sicher auch zu Unrecht) und hörten nun von Manfred Stolpe und Regine Hildebrandt im Landtag mit Erleichterung, dass „so etwas in Brandenburg auf gar keinen Fall erst eingeführt wird“. Aber – es kam dann völlig anders und böse Ahnungen bestätigten sich en masse. Zunächst kaum eine positive Ausnahme. Und dann lernten wir solche wie Gunther Hilliges und Herbert Sahlmann kennen und fragten: „Die sind auch Beamte? Aber die reden doch von Mensch zu Mensch!“ In einer Debatte an der Verwaltungshochschule in Speyer, zu der Kambiz Ghawami und ich auch zu eigenen Beiträgen eingeladen worden waren, erklärte uns unter sechs Augen der Personalchef des Bundestages die Prinzipien der Auswahl bzw. des Sich-selbst-Delegierens in den Osten. Und manches begann ich zu begreifen.

Bis heute ist mir nicht klar, ob der Kollege damals Geheimnisverrat beging. Heute wissen wir, dass Brandenburg das Land war, in dem u.a. im Justizministerium (zu dem die Europa- und die Developmentpolitik gehörte) Justizbeamte eingestellt wurden, die im Westen gerade durch das Examen gefallen waren. Auch diese erhielten viele Jahre eine „Buschzulage“ und üppige Trennungentschädigungen, viele – wie sich gerade heute herausstellt – zu Unrecht. Und von Developmentpolitik/Entwicklungszusammenarbeit hatten sie obendrein keine Ahnung.

Ich persönlich hatte mit einem nicht kleinen Teil der importierten Beamtenschaft regelmäßig meine Probleme. Das hing mit deren Grundhaltung zu uns im allgemeinen und zu unserem entwicklungspolitischen Arbeitsgegenstand im besonderen zusammen, zum zweiten aber lag es an ihrer systematischen destruktiven und unkonstruktiven Haltung zu solchen Fragen, die ich meinerseits mit dem Ministerpräsidenten längst geklärt hatte. Ein Vorgehen an der Beamtenschaft vorbei war bei dieser naturgemäß sehr unpopulär. Aber den Weg zu den Politikern gingen wir vor allem wegen der zumindest damals außerordentlich geringen Bereitschaft zur Kooperation bei einem großen Teil der Beamten. Und diese Strategie habe ich mehr als zehn Jahre lang durchgehalten, auch wenn manche aufgebaute Bastion als unüberwindliches Hindernis erschien.

Grundübel generell – und gerade für das junge entwicklungspolitische Feld äußerst hemmend und existenzgefährdend – war der Widerspruch zwischen politischer Unterstützung durch Teile des Parlaments und des Kabinetts und der – gelinde und zurückhaltend ausgedrückt – massiven Borniertheit (z.B. bei der Arbeitsverwaltung, die für die „universitären ABM“ meiner Mitarbeiter zuständig war), der „behördlich-beamtischen“ Behinderung unserer Tätigkeit durch die Ministerien, diktiert vom Unwillen gegenüber der Tatsache, dass sich Leute wie wir um einen solchen Arbeitsgegenstand kümmerten, der vielen Beamte als (im Osten) absolut überflüssig erschien, anderen zumindest völlig gleichgültig war. Viele der „Berater“ und „Entwicklungshelfer“ traten permanent und kontinuierlich als eine Art Oberlehrer und Großinquisitor auf. Die Referatsleiter EZ wurden von einem bestimmten Zeitpunkt an ausschließlich mit Beamten des Auswärtigen Amtes besetzt, die nicht nur genau wussten, dass sie nach relativ kurzer Zeit wieder in den diplomatischen Dienst zurückkehren und alles „hinter sich zurücklassen“ würden, sondern in der Regel auch noch geprägt waren durch die Gepflogenheiten und Auswirkungen der Hallstein-Doktrin, des Ost-West-Konflikts und des Kalten Krieges während ihrer Auslandseinsätze (siehe Werner Kilian [westdeutscher Autor]: Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955 bis 1973, Berlin



2001). Hinzu kam in unserem Universitätsumfeld, dass in den neuen Lehrstühlen und Instituten recht schnell ein beispielloses Gerangel unter den verbliebenen ostdeutschen Kollegen, zwischen den „eingeflogenen“ neuen westdeutschen Kollegen untereinander sowie zwischen den letzteren und ersteren einsetzte. Heute weiß man, dass diese Auseinandersetzungen verhältnismäßig rigoros und rücksichtslos, mit den „Ellenbogen“ geführt wurden und es bereits ein Vorzug war, nicht aus dem Osten zu stammen. Wer das heute bestreitet, war entweder nicht dabei oder hat ein spezifisches Interesse, diese Vorgänge zu verschleiern. Bei Personalentscheidungen über die mit EZ befassten Stellen in Staatskanzlei und Ministerien herrschte völlige Willkür unter ausschließlich westdeutscher Regie, wie zahlreiche Fälle zeigten, an denen wir lange zu „knabbern“ hatten.

Heute noch sind wir verblüfft, wie unbeschädigt einige arrogante Wenig-Köner im Rechtsstaat erheblichen Schaden anrichten konnten, nur weil sie Beamtenstatus hatten und nur weil wir uns hier im Osten in den fünf neuen Ländereien befanden. Uns half, dass wir uns unabhängig genug wähten, um ohne Furcht vor dem neuen Apparat zu agieren, dass wir die wachsende Fähigkeit entwickelten, die „Schädigungsfähigkeit“ der anderen Seite einzudämmen bzw. zu eliminieren. In den öffentlichen Debatten wurde das Kind immer öfter beim Namen genannt, wenn es sich nach unserer Meinung um reine Sabotage und „Wessi-Kolonialismus“ handelte (Jahre später stimmte uns ein dafür mitverantwortlicher hochrangiger Wahlbeamter aus NRW bei seiner Verabschiedung in Potsdam erstaunlicherweise terminologisch uneingeschränkt zu!).

Auch auf höchster Ebene begann ich, das politische Problem der „Überwestung“ anzuprangern. Am 08.06.1996 nahm ich an der Gründung des unter Leitung von Manfred Stolpe stehenden Forums Ostdeutschland der SPD in den neuen Leipziger Messehallen teil. Da auf dieser Konferenz die spezifischen ostdeutschen Fragen eine Rolle spielen sollten, nahm ich mir vor, über einige negative Erfahrungen dort zu sprechen, die wir mit dem „Apparat“ gesammelt

hatten. Die Organisation im Plenum war allerdings so, dass nur vorbereitete, in Auftrag gegebene Beiträge gehalten werden konnten und damit der zeitliche Ablauf voll ausgefüllt war. Nun war guter Rat teuer. Ähnliche Regelungen galten für die Arbeitsgruppen am Nachmittag, an dem ich in der von Dr. Manfred Stolpe und Dr. Hans Misselwitz geleiteten Arbeitsgruppe mitwirkte. Aber der Organisationsgott schien mir wohlgesinnt zu sein. Irgendjemand hatte entweder zu schnell gesprochen oder die Organisatoren hatten den Zeitfonds falsch berechnet. Auf alle Fälle ergab sich gegen Ende der Beratung eine zeitliche Lücke, in die ich schlüpfen konnte. Und so trug ich meine Meinung vor zum Thema: „Hauptaufgabe in den ostdeutschen Bundesländern – Rückbau der westdeutschen Dominanz in den Landesregierungen unter besonderer Bezugnahme auf Brandenburg“. Großer Beifall der überwiegend ostdeutschen Teilnehmer und nur wenige verbissene Gesichter bei anderen waren das Resultat des offenen, aber in jeder Hinsicht ehrlich gemeinten Beitrags. Später bezogen sich beide Seiten immer wieder auf diesen Beitrag, ohne dass sich Entscheidendes änderte. Das angekündigte Protokoll dieser Tagung erschien leider nie. Mit zunehmender Veränderung des Kräfteverhältnisses gab es in personeller Hinsicht auch einige wenige Fälle, wo absolute Fehlbesetzungen auf unserem Fachgebiet unter Einschaltung Dr. Stolpes und „unter Beachtung des Beamtenrechts“ korrigiert wurden. Eine sehr gute ausgleichende Rolle, die viele Unerträglichkeiten abschwächen oder schließlich beseitigen half, ja uns von einem bestimmten Zeitpunkt an mehr oder weniger offen unterstützte, spielten die für uns zuständigen Minister Dr. Enderlein und Dr. Bräutigam sowie Staatssekretär Broüer. Dennoch hielt sich das Gerücht vom Beamtschreck Hundt, auch dies ein absolut falscher Zungenschlag. Wahrheit war, dass man im Umgang mit dem Apparat bald ohne Furcht war vor dem für uns in bestimmten Zügen noch neuen Establishment mit seinen Verästelungen, Verquickungen und Hierarchien, zum Teil voller Unaufrichtigkeit und in Einzelfällen praktiziert als Einheit von devoter Höflichkeit und wildem Intrigantentum. Viele Mitarbeiter der Landesregierung, mit denen wir in zunehmendem Maße zu tun hatten, begriffen allmählich,

dass meine kritische Position nicht etwa als „negative Haltung gegen das Neue“ ausgelegt werden konnte, sondern dass es uns um das gemeinsame Vorankommen ging. Übrigens konnte man noch stärkeren Tobak auch auf Konferenzen in Westdeutschland hören. So bot uns der Oberbürgermeister einer großen niedersächsischen Stadt ein Musterbeispiel dafür, als er uns auf einer Konferenz quasi einzureden versuchte, wir seien knapp 17 Millionen täglich gefolterter Vollidioten gewesen, mental auf Säuglingsniveau, die jetzt erst durch Leihbeamte zum Denken gebrachte werden müssen.

Dieser Krebschaden unserer neuen Verwaltung, mit dem wir in unserer entwicklungspolitischen Arbeit fast täglich konfrontiert waren, ließ uns zeitweilig jene fleißigen und bescheidenen Helfer aus den alten Bundesländern übersehen, die ihre Arbeit unspektakulär im Stillen verrichteten. Allerdings war auch festzustellen, dass gutwillige, anfangs freundliche Mitarbeiter bald auf Zurückhaltung uns gegenüber getrimmt wurden, die so gar nicht zu ihnen passte. Auch unter dem Aspekt des Kräfte-Sammelns und der Zusammenführung aller Potenziale und Kräfte halfen uns bestimmte Aktivitäten von Freunden oder Kollegen aus den alten Bundesländern. Das sei auch gesagt angesichts der vorangegangenen negativ-kritischen Bemerkungen über unsere „Gastarbeiter“. An dieser Stelle müsste eigentlich eine lange Liste von westdeutschen Freunden und Kollegen erscheinen, deren freundschaftlicher und kollegialer Umgang mit uns im krassen Gegensatz zu den angedeuteten Erscheinungen in der Potsdamer Administration standen. Für mich persönlich waren das aus der EZ Gunther Hilliges, Dr. Kambiz Ghawami, Prof. Dr. Hans-Walter Scherbarth, Dr. Jürgen Varnhorn, Lutz Frenzel, Norbert Noisser, Monika Löffler u.a.; aus der Wissenschaft die Professoren Uwe Holtz, Franz Nuscheler, Rolf Hofmeier, Rainer Tetzlaff und Peter Waller sowie Dr. Klaus Freiherr van der Ropp u.a.

Die Jahre nach Ende 1993 waren sowohl Jahre manchmal unüberschaubarer Wirren als aber vor allem auch Jahre der Stabilisierung, sie waren für uns echte „Kampfjahre“, in deren Auseinandersetzungen es für die Entwicklungszusammenarbeit und ihre Aktivisten um Sein oder Nichtsein

ging. So unangenehm jedes einzelne Vorkommnis für sich genommen war, so wurde es dennoch schnell verdrängt, da wir eigentlich stets mehr oder weniger erfolgreich aus den Auseinandersetzungen hervorgingen. Zusehends veränderte sich natürlich auch ein gewisses Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten. Bestimmte hier geschilderte Sachverhalte, deren Inhalt nicht selten zwischen unangenehm und peinlich schwankte, wurden naturgemäß durch den Wust der stehenden Aufgaben schnell vergessen. Aber sie sind natürlich Teil unserer Geschichte, auch Teil der Geschichte des Ringens um Entwicklungszusammenarbeit in den neuen Bundesländern. Seit Gunther Hilliges und Hans-Walter Scherbarth wusste ich, dass man auch Wessis zum Freund haben kann – eine Erkenntnis, die zu gewinnen unter brandenburgischen Bedingungen schier unmöglich schien angesichts des herangeschwemmten Strandguts und der Überwestung des Apparats, mit dem wir zu tun hatten!

3. Der Bremer Gunther Hilliges – Prototyp mit Vorbildwirkung oder Einzelfall?

Wenn BEPI und seine Vorläufer das Rückgrat der brandenburgischen EZ-Entwicklung von 1990 bis 2001 darstellten, so sind die Kontakte zwischen Gunther und mir in dieser Zeit und darüber hinaus bis heute ein Abriss westdeutsch-brandenburgischer, westdeutsch-ostdeutscher engster Zusammenarbeit mit hoher Intensität und Effektivität. Gunther hat ein Stück Brandenburger EZ mitgeschrieben und ohne seine Unterstützung, seinen Rat und seine Hilfe wäre mir und uns manches nicht gleichermaßen gut gelungen. Die Liste der Stationen unserer Erst- und Folgekontakte beweist, dass diese Beziehungen – trotz der politischen Misstöne auf der Ebene der „Großen Politik“ – folgerichtig verliefen und mit Konsequenz von beiden Seiten betrieben wurden.

Im Februar 1990 – wir kannten uns damals noch nicht – nahmen wir beide auf Einladung von Walter Bindemann am Entwicklungspolitischen Runden Tisch teil, und Gunther legte Bremer Erfahrungen dar. Ein Jahr später im Februar 1991 trafen wir erneut aufeinander auf der Grün-

dungsversammlung von Germanwatch, bei der ich Interessen der anwesenden Ostdeutschen klarzumachen versuchte. Im November des gleichen Jahres folgten wir beide einer Einladung des Mainzer Büros zur Tagung „Weltoffene Städte...“ im Bonner Gustav-Stresemann-Institut, das wir beide – aus unterschiedlichen Startlöchern kommend – zum „Mutterhaus“ der Versuche eines westdeutsch-ostdeutschen entwicklungspolitischen Schmelztiegels machen halfen. Auch alle folgenden Bundeskonferenzen der Nord-Süd-Foren und der Kommunen sahen uns als aktive Mitgestalter, wobei Gunther von Anfang an einer der Hauptinitiatoren war. Im Dezember 1991 referierten wir beide – wie Gunther damals sagte, als die zwei Vertreter der ersten beiden deutschen Ampelkoalitionen in Bremen und Brandenburg – auf der 83. Tagung der Evangelischen Akademie Iserlohn (eine Qualifizierungsveranstaltung für leitende Beamte im Auftrag der NRW-Staatskanzlei) zum Thema „Kommunale Nord-Süd-Partnerschaften“. Weitere gemeinsame Stationen waren die Quadriolog-Tagungen von Parlamenten, Regierungen, Kommunen und NRO, Konferenzen von Towns and Development, Beratungen der entwicklungspolitischen Memorandumsgruppe in Bonn jeweils vor Bundestagswahlen, die gemeinsame jahrelange Arbeit im Bundesländer-Ausschuss EZ und auch in dessen Arbeitsgruppe Bildung und Information, der Lokale Agenda 21-Prozess, das Ringen um die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, der Aktionskreis Nord-Süd des SPD-Parteivorstands (dem ich als Parteiloser angehörte), der engere Kreis des bundesweiten Forums Eine Welt der Bundesministerin und Stellv. SPD-Vorsitzenden Heidemarie Wiczorek-Zeul, zahlreiche entwicklungspolitische Bildungskongresse, Bundestreffs der entwicklungspädagogischen Informationszentren sowie ungezählte, zumeist von WUS initiierte oder mitinitiierte andere einschlägige Tagungen, wodurch übrigens als dritter enger Freund Kambiz Ghawami ins Spiel kam. Unsere zunächst letzte Tagung war die im Wesentlichen von Gunther forcierte Namibia-Konferenz des Bremer Senats mit der Bundesministerin und hochrangigen Herero-Häuptlingen sowie kirchlichen Würdenträgern im November letzten Jahres, bei der ich erneut Gelegenheit

Senatsempfang



hatte, vor allem taktisch eine Menge zu lernen. Hinter dieser nur auszugsweisen Aufzählung von gemeinsamen Aktivitäten verbirgt sich jedoch praktisch-politisch und methodisch eine breite Palette gemeinsam gelöster Aufgabenstellungen, bei der gegenseitige Beratung und Hilfeleistung und gemeinsames Agieren als Quelle eines vor allem für mich und uns wichtigen Lernprozesses dienten. Die Formen der Arbeit waren jeweils unterschiedlich und außerordentlich vielfältig und vielseitig; sie reichten von der gemeinsamen Konferenzteilnahme über gemeinsame Auftritte als Referenten aus dem Westen und aus dem Osten, zunächst in den alten Bundesländern, später zunehmend auch in den neuen, bis zur Arbeit gemeinsam und mit anderen in Redaktionskommissionen und an längerfristig wirkenden Dokumenten. Gunther leistete uns in Brandenburg Hilfe als Berater, als Erfahrungen vermittelnder Referent, selbst in vielen von mir vorbereiteten Gesprächen mit führenden brandenburgischen Politikern.

In einigen Fällen arbeiteten wir gemeinsam an taktischen Konzepten mit bundesweiter Wirkung, z.B. hinsichtlich der entwicklungspolitischen Landesbeamten-Qualifizierung und beim Versuch der Einflussnahme auf die Ministerpräsidenten-Konferenz bezüglich von EZ-Grundsatzfragen. Eine zunächst auf Landesebene initiierte Aktivität, die aber auf bundesweite Folgen ausgerichtet war, ergab sich aus einem der vielen Gespräche, die ich mit Gunther Hilliges führte. Wir stimmten überein in der Auffassung, dass man etwas tun müsse, um die Konferenzen der Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer – der sogenannten MPK – wieder einmal stärker auf Probleme der Entwicklungszusammenarbeit hinzulenken. Wir kamen beide überein, dass man diesen Prozess über einige entwicklungspolitisch aufgeschlossene Ministerpräsidenten der sogenannten A-Länder-Gruppe (SPD-geführte Bundesländer) initiieren müsse. Leider gab es niemanden unter ihnen, der das Format eines Johannes Rau mit seinen Riesenverdiensten auf entwicklungspolitischem Gebiet hatte. Unsere Wahl fiel auf den seinerzeitigen Vorsitzenden des Forum Eine Welt des SPD-Parteivorstands, den Bremer Bürgermeister (und Ministerpräsidenten) Dr. Henning Scherf, mit dem

Gunther Hilliges diesbezüglich sprechen wollte, und auf Dr. Manfred Stolpe, auf den ich zugehen wollte. Als dritten im Bunde hatten wir Wolfgang Clement, den Ministerpräsidenten des entwicklungspolitisch sehr verdienstvollen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, ausgewählt, und es ergab sich die Frage, wer spricht mit ihm? Nachdem sich niemand um diese Aufgabe riss, übernahm ich auch dieses Gespräch.

Alle Gespräche dienten einem Gedankenaustausch über die Erhöhung der Rolle der Ministerpräsidentenkonferenz der deutschen Bundesländer bei der Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit und der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen. Dazu unterbreiteten Hilliges und ich eine Reihe konkreter Vorschläge, die von den drei Ministerpräsidenten befürwortet und ergänzt wurden und von ihnen in die MPK hineingetragen werden sollten. Die Initiative dazu sollte unserer Meinung nach von Henning Scherf ausgehen, der zu jener Zeit zufällig auch Vorsitzender der MPK war. Gunther und ich erklärten uns zur Teilnahme an diesem Gespräch bereit, falls die Ministerpräsidenten dies für nützlich halten sollten. Nach ihrem Dreier-Gespräch sollten die Ergebnisse in einer Beratung mit den anderen Regierungschefs der A-Länder ausgetauscht werden, um sie für eine Mitwirkung bei der Umsetzung zu gewinnen. Die Ministerpräsidenten der A-Länder sollten sich dafür einsetzen, dass Grundsatzfragen der deutschen EZ jährlich einmal auf die Tagesordnung der MPK kommen. Im Jahr 2000 sollte dies in Anwesenheit der Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erfolgen. Auch dazu erklärten wir uns beide bereit, bei der Vorbereitung und Durchführung beratend mitzuwirken, falls dies gewünscht wird. Dr. Stolpe schlug im Gespräch mit mir zusätzlich vor, eine Initiative zur Unterstützung der entwicklungspolitischen Bemühungen in den neuen Bundesländern über das unter seinem Vorsitz tätige Forum Ostdeutschland der SPD auszulösen.

Und ein letztes Beispiel: Im Februar 2001 tagte in Bonn der 8. Bundeskongress der entwicklungspolitisch tätigen Initiativen und Institutionen der verschiedensten Bereiche und Ebenen (der Nachfolger der Bundeskongresse der Nord-Süd-Foren und Kommunen). Da der spiritus rector dieser



Renate Stuth, Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (BMZ)

Bundeskonferenzen, Gunther Hilliges, ans Krankenbett gefesselt war, wurde mir die Aufgabe übertragen, den Kongress zu eröffnen und die Eröffnungssitzung zu leiten. Ich betrachtete das in gewisser Beziehung als Anerkennung der Leistungen, die NROen in den neuen Bundesländern im Osten in den vergangenen zehn Jahren erreicht hatten, darunter unser Institut als eine herausgehobene Einrichtung. Auch persönlich sah ich den Auftrag als eine Ehre an. So bot mir das die Gelegenheit, in meinen Eröffnungsbemerkungen die Tradition dieser Bewegung ausführlich zu behandeln, besonders von dem Zeitpunkt an, als die ostdeutschen Gruppen und Kommunen zu ihr stießen. Da nur eine verschwindend kleine Zahl von ostdeutschen Delegierten anwesend war, bot das die Gelegenheit, den westdeutschen Freunden den seinerzeitigen Beginn des Prozesses des Zusammenwachsens dessen, was zusammen gehört, auf dem vielleicht einzigen relativ schnell erfolgreichen Gebiet in Erinnerung zu rufen. Auch in komplizierten Situationen, in denen beispielsweise die finanziell halbwegs gesicherte Existenz unserer Arbeitsgruppe oder später des BEPI ernsthaft bedroht war, wusste Gunther (oft im Zusammenwirken mit Kambiz Ghawami) einen Ausweg (z. B. für uns historischer Iserlohner Parkspaziergang Gunthers mit mir im März 1993, bei dem der Entwurf einer Skizze einer Außenstelle der WUS-Konsultationsstelle „Nord-Süd im Bildungsbereich“ für die neuen Bundesländer auf der Basis unserer Brandenburger Arbeitsgruppe mit Förderung durch die Landesregierungen und mit einem Drei-Jahres-Programm entstand). Selbst bei der maßgeblichen Mitfinanzierung bestimmter politisch „heißer“ Themenhefte unserer Schriftenreihe „Brandenburgische Entwicklungspolitische Hefte“, an deren Erscheinen wir und unsere Freunde in allen anderen Bundesländern ein brennendes Interesse hatten, war Gunther ein Mitstreiter, der dienstliche Unterstützung organisierte und persönlich als Sponsor in Erscheinung trat. Daneben war Gunther auch in anderen neuen Bundesländern helfend tätig, beispielsweise bei der Gründung des ersten ostdeutschen Nord-Süd-Forums in Rostock. Es spricht für ihn und sein Bundesland, nicht zuletzt auch für seine Ministerpräsidenten, das ihm diesen solidarischen Spielraum ermöglichte.

Gunther Hilliges war stets ein fairer Bewerter der DDR-Entwicklungspolitik, auch offen für unsere kritische Haltung zu manchem in der BRD-EZ, auf dessen grundsätzliche Kritik zu verzichten wir auch unter „Westbedingungen“ auf keinen Fall bereit waren. Dabei trug er in all unseren Debatten beharrlich immer wieder solche für ihn unverzichtbare Grundthesen hinein wie: – auch der Norden muss sich entwickeln! – NROen müssen eine wichtige, ganz spezifische Rolle spielen, die von niemand anders so wahrgenommen werden kann! Er war in vielen Fällen der Initiator meiner und damit unserer aktiven Einbeziehung in Debatten und Aufgabenstellungen. Stets forderte er unseren Eigenbeitrag, ob auf Konferenzen oder bei der Umsetzung von Beschlüssen, und er machte unentwegt Mut dazu. So wurde ich z. B. recht schnell vom anfänglichen Zuhörer zum Diskutanten, zum selbst Vortragenden und Referenten. Bei ihm und in seiner Szene war das von Anfang an Normalität, was selbst heute nach 15 Jahren auf bestimmten Gebieten immer noch Anormalität oder im besten Falle „Teil-Normalität“ ist: er betrachtete uns „Ossis“ als gleichberechtigte, erwünschte Partner, eine Haltung, wie ich sie später nur noch bei WUS, bei IAFEF oder Transparency International angetroffen habe. Seine nahezu uneingeschränkte Autorität ergab sich nicht zuletzt aus seiner „Mischfunktion“ als leitender Beamter und Chef einer staatlichen entwicklungspolitischen Behörde, als NRO-„Aktivist“ mit beispielhaftem Engagement und auch auf Grund seiner führenden Rolle in der EZ seiner Partei, was zusammengenommen eine besonders breite und vielseitige Erfahrung garantierte.

Gunther hat diesen Prozess des gegenseitigen Kennenlernens und Schätzenlernens, aus dem in unserem Falle sehr schnell eine „problemgebundene“ und eine feste persönliche Freundschaft wurde, stets vorangetrieben. Im BEH 39/40, S. 14ff. hat er das aus seiner Sicht beschrieben und mir dafür gedankt. Der Dank kommt in erster Linie ihm zu – er war stets der Gebende, dem Dank für seine Aktivitäten bei uns gebührt. Ich danke ihm auch namens meiner Freunde aus dem ehemaligen BEPI und aus dem VENROB, aus den brandenburgischen Gruppen und Initiativen. Ich danke ihm persönlich für seine Freundschaft, die einem –

auch in schlimmen Zeiten – stets ein gutes Gefühl gab, uns gegenseitig vieles vermittelte und uns bereicherte, uns oft neue Kraft gab. Da ich Gunthers Rolle für Bremen und als Vordenker und Initiator ungezählter bundesweiter (auch europaweiter) Aktionen sowie als Impulsgeber von Prozessen in Asien und Afrika kenne, frage ich mich immer wieder, wer in Deutschland und darüber hinaus in diese Fußstapfen treten wird, wenn es gilt, seine vielen Funktionen zu übernehmen und auszufüllen. Für Bremen wünsche ich Gunther – neben Gesundheit und persönlichem Wohlergehen – dass ihm und dem Landesamt für EZ die Erfahrung nach seinem Abgang erspart bleibt, die ich nach meinem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben entwicklungspolitisch mit der Großen Koalition in Brandenburg machen musste.

4. Rolle und (Mit-)Verantwortung der Bundesländer für EZ – bis heute (im Osten) nur verbal akzeptiert!

Auch in dieser Frage kann Brandenburg als pars pro toto für die neuen Bundesländer stehen. Die Gegner und Ablehner einer (Mit-)Verantwortung der Länder für Fragen der EZ haben keine gewichtigen neuen Argumente für ihre Position. Trotzdem bedienen sie sich immer wieder der alten Leier (in Brandenburg – seinerzeitiger Entwicklungsminister Prof. Schelter: EZ ist 1. Bundessache, 2. Bundessache und 3. Bundessache; seinerzeitiger Chef der Staatskanzlei, jetziger Finanzminister und SPD-Vorsitzender der Stadt Potsdam Speer: bei EZ habe er „Zuordnungsprobleme“, will kein Wort mehr davon hören und verhängte eine Art von Kontaktverbot für seine Mitarbeiter). Unentwegt haben wir die Ministerpräsidenten und andere maßgebliche Politiker „berieselt“. Unsere Argumentationslinie ist bekannt, wurde oft gutgeheißen, oft bestätigt, oft beschlossen: Beschlüsse der MPK; Wahlprogramme aller Bundesparteien; SPD-Gesetzentwurf zur EZ in der Oppositionszeit; Maastricht-Vertrag mit der Kohärenz-Problematik; Entwicklungspolitische Leitlinien u.ä. auf Länderebene, auch Brandenburger Verfassung von 1992; Thesen Schwanerflügels von 1993 (gesetzliche Determinierung der EZ im

Sinne von Artikel 28, 30 und 32 Grundgesetz und verfassungsrechtliche Einordnung der EZ im Zusammenhang mit den Kompetenztiteln von Bund, Ländern und Kommunen u.a.m. Seit Jahren agiert auch eine unermüdliche Bundesministerin mit ihren Getreuen in dieser Frage. Aber die Realität der Umsetzung auf der Länderebene ist gelinde gesagt gleich Null!

Der politischen Grundsatzserklärungen sind genug, was wir weniger konstatieren, sind aktives, konsequentes Streiten um die Erfüllung der proklamierten Ziele und die Unterordnung der staatlichen Mittel unter diese Ziele. Immer mehr von uns sind des ständigen Abweichens kombiniert mit politischen Ausreden satt, zu denen sich immer eine Möglichkeit findet, die zur Notwendigkeit hochstilisiert wird. Selbst Gründe, die zur Erhöhung der Anstrengungen und der finanziellen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit förmlich zwingen sollten, werden zum Hindernis dafür gemacht. Und es findet sich immer eine willige Exekutive, ein bereitwilliger Apparat, der uns gegenüber alles rechtfertigt, was eben angewiesen wird. Noch nicht einer von ihnen hat seinen Dienst aus Gewissensgründen quittiert oder auch nur damit gedroht, wenn es sich um unerträgliche Entscheidungen eben auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit handelt.

So möchte ich abschließend einen Fingerzeig geben auf den Krebschaden unseres zurückgebliebenen entwicklungspolitischen Seins, zu dem bei manchen auch ein entsprechend zurückgebliebenes Bewusstsein gehört. Man spricht in unseren Tagen viel von Politikverdrossenheit der Menschen, nicht zuletzt vieler junger Menschen. Zu großen Teilen handelt es sich aber in Wirklichkeit um Verdrossenheit gegenüber denen, die Politik machen mittels des Instruments der politischen Parteien. Es handelt sich um Menschengruppen, die eigentlich sehr begeisterungsfähig, einsatz- und opferbereit, selbstlos und politisch hoch sensibilisiert sind, also so gar nicht verdrossen. Es gibt diesbezüglich – aber nicht nur in Bezug auf EZ – eine ernsthafte Vertrauenskrise zwischen dem Staat/Landesregierungen und den entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen.

Der hohe Grad an Unqualifiziertheit der Bekundung von Standpunkten und Positionen sowie des Vorgehens führte zu einer Riesenkluft zwischen Erklärungen und (entwicklungs-)politischer Realität.

Die Ursachen sind nicht im Haushalt der Länder zu suchen, sondern im Nicht-begriffen-Haben bzw. im Nichtbegreifen-Wollen des Stellenwertes der EZ in einer konstruktiven Gesamtpolitik der Länder (und des Bundes). Der Begriff der angeblich unveränderlichen Rahmenbedingungen wird diesbezüglich missbraucht, verfälscht, manipuliert, auf die finanzielle Seite eingeeengt und beschränkt.

Rahmenbedingungen der EZ werden von Menschen „übergeordneter Ebenen“ (global, national) geschaffen und erhalten somit scheinbar für Landesregierungen eine Art objektiven Charakter. Aber sie werden „vor Ort“ (auf Landesebene) von Menschen gemanagt, von denen es abhängt, wie diese Rahmenbedingungen auf der Länderebene zum Tragen kommen. Wie dies geschieht, wie sie zu „normalen“ Rahmenbedingungen für EZ, für Nord-Süd-Gruppen und Initiativen werden, hängt nunmehr vom subjektiven Teil ab, von Parlamenten, von Politikern und ihrem exekutiven Apparat, von deren politischen Programmen und dem Grad ihrer politischen Klarheit, was den weltpolitischen Stellenwert von Entwicklungspolitik betrifft.

Brandenburg durchlief eine erste recht erfolgreiche Variante über reichlich zehn Jahre. Es durchläuft jetzt seit einiger Zeit mit der Großen Koalition eine zweite, in der es EZ der Landesregierung und ihrer Ministerien real nicht mehr gibt und deshalb keinerlei Rahmenbedingungen mehr bedarf. Alle Erklärungen nach dem 11. September sind längst vergessen. Der ausgelöste Flurschaden durch Versagen erweist sich weitgehend als irreparabel. Existenz und Wirken von entwicklungspolitischen Institutionen und Gruppen im Lande hängen also von der subjektiven Frage ab, ob Landtag, regierende Parteien und Koalitionen, ob Politiker in einem Bundesland sich als in der Lage erweisen, die angeblich ungünstigen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Aktivitäten auf diesem Gebiet dennoch möglich sind. Unter diesen Politikern befanden sich auch solche, die durch Fehlentscheidungen in der Vergangenheit gerade

diese Rahmenbedingungen herbeigeführt hatten. Keinem der 13 bisherigen Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer (10 „Ossis“ und 3 „Wessis“) fiel EZ als Bestandteil ihrer Politik von selbst ein, auch nicht Dr. Stolpe in Brandenburg. Beharrlich und ohne zu verzagen, haben wir entwicklungspolitische Überlegungen, die unserer Meinung nach von landespolitischer Relevanz waren, an ihn und sein politisches Umfeld herangetragen, ihm „nahegelegt“, was bei ihm allerdings auf einen guten persönlichen Nährboden fiel. Oft haben wir unsere Politiker mit Erfolg „zur Jagd getragen“; Hauptsache die Jagd brachte eine „gute Strecke“, wie der Weidmann sagt, und die positiven Ergebnisse haben wir gern geteilt: ein Stück gutes Image für uns, ein Stück gutes Image für die Landesregierung. Egal, ob es sich um einen Ost- oder West-Regierungschef handelte – es gab lediglich graduelle Unterschiede. Auch auf dem Gebiet der EZ sind aus unseren ostdeutschen (Nach-)Wende-Männern Blende-Männer geworden. Dort, wo in Kabinetten oder Landtagen scheinbar von der Rhetorik her mit EZ „alles klar“ und offenbar unumstritten ist (was allerdings inzwischen kaum noch vorkommt – außer in Beiträgen der PDS), bedient man sich heimtückisch und mit besonderer Konsequenz im Falle der EZ und ihrer Haushaltstitel der „Geheimwaffe“ des Haushaltsvorbehalts. Allerdings macht sich in den neuen Bundesländern inzwischen kaum noch ein Politiker die Mühe solcher geschilderten politischen Spielchen und Manöver. Diese sind in der Regel einer brutalen Anti-EZ-Politik gewichen. So gingen die brandenburgischen Koalitionsparteien den Weg, zunächst EZ-Mittel in den Plan einzustellen. Danach wurden diese einer fast unbegrenzten Haushaltssperre unterworfen, so dass sie den Gruppen dennoch nicht zur Verfügung standen. Im Folgejahr wurden die Mittel rapide gekürzt, um sie im Jahr danach wegen „augenfälliger Geringfügigkeit“ völlig zu streichen. Allerdings gab es bei allen drei EZ-Titeln in den nächsten drei Jahresbudgets eine symbolische Null, mit der angeblich Hoffnung auf Änderung irgendwann geweckt werden sollte. Erst danach verschwanden die Titel (einschließlich der Null) im Doppelhaushalt 2005/06 gänzlich. Demagogisch wurde im Landtag verkündet, die Bedeutung der EZ



dürfe man nicht an der Höhe der Haushaltsmittel messen, zumal EZ als Querschnittsaufgabe und entwicklungspolitische Kohärenz bei uns ja verwirklicht seien.

Auch früher aktiv und kämpferisch an unserer Seite stehende Landtagsabgeordnete der heutigen Regierungsparteien zeichnen sich in dieser Situation mehr und mehr durch eine gewisse Resignation aus – vielleicht gestützt durch Parteidisziplin. Manchmal reicht es gerade noch zur Stimmenthaltung, wozu auch schon Mut gehört. Auch daraus ergibt sich selbstverständlich Mitverantwortung für die entstandene Misere.

Das „Brandenburgische entwicklungspolitische Experiment“ scheiterte nach elf erfolgreichen Jahren. Der CSU-Entwicklungsminister und die CDU-Fraktion zeichneten sich aus durch die Kombination von Beschönigungen, Unaufrichtigkeiten, scheinheiligen Darstellungen und von einem partiell von Arroganz und Inkompetenz getragenen Herangehen mit tendenziellen Verzerrungen, Halbwahrheiten, Unwahrheiten und – bewusst oder aus Unkenntnis – oberflächlich formulierten Falschaussagen und falschen Behauptungen, die nicht selten auch als Versuch der Täuschung der Abgeordneten verstanden werden konnten. Diese wurden hier und da vermischt mit echten Fakten. Bei der SPD handelte es sich um eine schwere Fehlleistung, eine unverständliche Fehlentscheidung der Fraktion, die gegen alle sozialdemokratischen Traditionen, aktuelle SPD-Beschlüsse und gegen die weltpolitischen Erfordernisse verstieß. In der Vergangenheit war die gleiche Fraktion im Landtag (durch uns und ihren entwicklungspolitischen Sprecher stimuliert) Impuls-Geber auf entwicklungspolitischem Gebiet gewesen.

Um so bedauerlicher war das Abdriften in eine opportunistische Richtung schlimmsten Fahrwassers. Politische Kurzsichtigkeit wurde mit der Haushaltssituation gerechtfertigt. In beiden Fraktionen wurde sichtbar, dass es bekennende Gegner einer EZ auf Landesebene gab, aber auch getäuschte Mitläufer und vor allem auch Leute mit schlechtem Gewissen uns gegenüber. Alle tragen natürlich gemeinsam Schuld an der entstandenen Situation. Irgendwann gibt es immer den Denkkzettel!

Heute zeigt es sich, dass wir, die „Entwicklungspolitiker an der Basis“, gemeinsam in all den Jahren doch etwas bewegt haben. Auch das entwicklungspolitische Bewusstsein bei vielen Menschen im Lande ist nicht mehr das aus dem Jahr 1990, als wir wieder anfangen, aufbauend auf nutzbar Vorhandenem und Neuem. Viele Dinge erweisen sich als stabil, existieren weiter und wirken weiter. Das lässt die Bilanz des ohne Zwang Weggebrochenen und Aufgegebenen leichter ertragen.

Seit einiger Zeit gibt es in Brandenburg wieder Debatten zwischen den Partnern des einstmaligen Experiments, „außer über Geld“, wie die staatliche Seite zu Beginn eines jeden Gesprächs hervorheben zu müssen glaubt. Auf jedem anderen Gebiet beginnen die Gespräche ganz selbstverständlich damit. Messbare Schritte oder gar Taten, erst recht ein Abrücken von den Fehlern des Jahres 2002 und danach stehen noch aus. Die letzten nur schwer zu verstehenden Festlegungen zum Haushalt wurden oben erwähnt. Die Basis aber arbeitet aktiv und fleißig nach den Devisen „Trotz alledem!“ und „Nun erst recht und gerade!“ Einige ermutigende Zeichen kommen gegenwärtig nach langem Stillstand aus Thüringen, wo das Kultus- und das Umwelt-Ministerium gemeinsam mit dem NRO-Bereich sich anschicken, im Herbst mit einem zweitägigen Bildungskongress

„Nachhaltigkeit lernen und lehren“

im Rahmen der UN-Weltdekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ neue Impulse auszulösen. Steht zu hoffen, dass in allen neuen Bundesländern bald ein neuer entwicklungspolitischer Wind zu wehen beginnt, wie er oftmals in Sonntagsreden von Politikern, aber auch in diversen Grundsatzdokumenten der Parteien und der Bundesregierung und verschiedentlich sogar in vergangenen Zeiten von einigen Landesregierungen immer wieder wenigstens verbal fixiert wurde!

Kommunen und Entwicklungszusammenarbeit – Bremer Hartnäckigkeit

Bernd Schleich, Geschäftsführer, Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH, InWEnt

Sehr geehrte Frau Dr. Kießler, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, lieber Gunther Hilliges, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich freue mich, meine Gedanken zur gegenwärtigen entwicklungspolitischen Arbeit der Kommunen im Kontext der allgemeinen Entwicklungszusammenarbeit in die Diskussion einbringen zu können. Ich freue mich besonders, dies im Rahmen der feierlichen Verabschiedung unseres Kollegen und Freundes Gunther Hilliges zu tun. Gunther Hilliges hat als Vorreiter der Entwicklungszusammenarbeit der Länder auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene wesentlich zu einer Trendwende in dieser Arbeit beigetragen, auf die ich aus der Perspektive von InWEnt eingehen werde. Nicht zuletzt möchte ich Sie einladen, mit mir einen selbstkritischen Blick auf unser gemeinsames entwicklungspolitisches Engagement zu wagen.

Gunther Hilliges gehört zu den politischen Akteuren, die das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung, lange vor dem UN-Gipfel 1992 in Rio, als globale und lokale Aufgabe verstanden und praktiziert haben. Er ist der Nestor der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit schlechthin. Für diese Idee ist er konsequent und hartnäckig eingetreten, nicht immer nur zur Freude aller Mitstreiter und Verantwortlichen in der Politik, auch nicht in seiner eigenen Partei. Es geht ihm darum, entwicklungspolitische Beschlüsse globaler Lenkungsorgane und globaler Netzwerke in der kommunalen Praxis zu verankern. Gleichzeitig ist es ihm gelungen, der weltweiten Bewegung der Kommunen mehr Gehör zu verschaffen. Eine international vernetzte Kommune – so die Lehre, die wir aus der bisherigen kommunalen Entwicklungszusammenarbeit ziehen können – bietet eine Plattform, auf der weltweit notwendige Veränderungen eingeübt werden. Hier werden Erfahrungen gemacht, die als positive Beispiele durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit verbreitet werden oder als Korrektiv für internationale Strategien fungieren können.

Die Verknüpfung lokaler und globaler Verhältnisse und daraus abgeleiteter Handlungsmöglichkeiten mit dem gemeinsamen Ziel der nachhaltigen Entwicklung weltweit hat der Politikwissenschaftler Wolf Lepenies vor einigen

Jahren mit dem Bild der „Internationalen Lerngemeinschaft“ beschrieben. Internationale entwicklungspolitische Lerngemeinschaften verbinden weltweit entwicklungspolitische Akteure, die für die globale Zukunftsfähigkeit arbeiten. Gunther Hilliges hat zahlreiche internationale Lerngemeinschaften grundlegend mitgestaltet und mit ins Leben gerufen. Hier sind u.a. die Netzwerke Towns Et Development und ICLEI zu nennen. Sie verbinden weltweit Städte, Regionen und Gemeinden und ermöglichen den Nord-Süd-Austausch konkreter kommunaler Lernerfahrungen.

Eine sehr erfolgreiche Form internationaler Lerngemeinschaften sind kommunale Partnerschaften. Solche auf gemeinsamer nachhaltiger Entwicklung aufbauende Partnerschaften haben im InWEnt Portfolio einen bedeutenden Stellenwert. Wie Ihnen allen bekannt ist, wurde Ende 2001 die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, SKEW bei der CDG, jetzt InWEnt angesiedelt. Die Beratung für den Aufbau und die Pflege von Partnerschaften der Kommunen stellt eine der zentralen Aufgaben der Servicestelle dar, die durch die Einrichtung der Servicestelle Partnerschaftsinitiative nach der Tsunami-Katastrophe ausgebaut wurde. Ohne den konsequenten politischen Druck von Gunther Hilliges wäre die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt sicher nicht aus der Taufe gehoben worden.

Gunther Hilliges gehört zu denjenigen, die unbeirrbar eine professionelle Unterstützung lokaler Akteure bei der Entwicklung eigener Nachhaltigkeitsstrategien gefordert haben. Er hat immer wieder Erklärungen verfasst und an die politischen Entscheidungsträger herangetragen, es müsse eine kommunale Servicestelle eingerichtet werden. Zahlreiche dieser Forderungen wurden auf den Bundeskongressen der Kommunen, in Mainz, Bonn, Osnabrück, usw. verabschiedet. Es hat sich gelohnt, der letzte Bundeskongress 2004 in Magdeburg wurde in breiter Trägerschaft der SKEW mit Bund, Ländern, Kommunen und NROen ausgerichtet. Die Bremer Entwicklungszusammenarbeit ist ein Beispiel gelungener internationaler Vernetzung. Sie hat gezeigt, dass kontinuierliches Engagement nötig ist, um

Bernd Schleich, InWEnt,
Dr. Kerstin Kießler und
Dr. Kambiz Ghawami



langfristige Nord-Süd-Kooperationen herzustellen. Ich möchte hier das Beispiel Pune in Indien nennen. Nach jahrelangem systematischem und handlungsorientiertem Erfahrungsaustausch mit der Partnerregion entstand jetzt ein joint venture Bremer Unternehmer und der Kommune Pune im Bereich Infrastruktur und Straßenbau. Neben der Zusammenarbeit mit Partnerstädten und -regionen wie Windhoek, Namibia, der SADC und der „SARCS-Region“, ist Pune ein Musterbeispiel kommunaler EZ auf Gegenseitigkeit. Es wurden Agenda-Aktivitäten und -konzepte ausgetauscht, Bremen förderte über Jahre hinweg das Agenda-Büro der indischen Provinz Pune und verabredete in zwei bis drei Jahresrhythmen konkrete Kooperationen in für beide Kommunen strategisch relevanten Handlungsfeldern. Hier ist das Lernen auf gleicher Augenhöhe das entscheidende Motiv. Bremen wollte immer wissen, welche konkreten Ergebnisse für das Land aus der Zusammenarbeit mit den internationalen Partnern zu erwarten sind und es war manchmal nicht einfach für den Leiter des Landesamtes, seine Senatorinnen und Senatoren vom Sinn und Nutzen der Kooperationen zu überzeugen.

Wie viel Rückhalt diese Form der lokal-globalen Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung in der Bevölkerung in Deutschland hat, zeigt die außerordentlich hohe Engagementbereitschaft der Kommunen, Schulen, Unternehmen etc., die dem Aufruf des Kanzlers in seiner Neujahrsansprache nach der Tsunami-Katastrophe gefolgt sind. Das überwältigende Angebot partnerschaftlicher kommunaler Unterstützung wird in der am 10. Januar bei der InWEnt eingerichteten Servicestelle Partnerschaftsinitiative in erfolgsversprechende, möglichst nachhaltige Projekte gelenkt. Bis heute wurden ca. 450 Hilfsangebote (von ca. 1.400 Angeboten) an Partner in der Krisenregion vermittelt. Jetzt kommt es darauf an, das Versprechen einzulösen und aus der spontanen Unterstützung nach einer Naturkatastrophe, längerfristige Partnerschaften erwachsen lassen!

Gleichzeitig hat aber auch die Erfahrung mit der spontanen Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes nach der Tsunami-Katastrophe den Blick auf eine

Schwäche, ich würde sogar sagen ein schwerwiegendes Problem im Selbstverständnis der entwicklungspolitischen Akteure in unserem Land freigelegt: Ich meine das Problem einer politischen und professionellen Hybris, das nicht wenigen Entwicklungspolitikerinnen und Entwicklungspolitikern eigen ist. Kaum war die Ansprache des Kanzlers verklungen, als ein kollektives Aufstöhnen durch die entwicklungspolitische community ging und die Bevölkerung erst einmal unter den Generalverdacht des Unverständnisses gesellschaftlicher Zusammenhänge in der Katastrophenregion, naiver Vorstellungen von dem, was jetzt zu tun sei, etc. gestellt wurde.

Unsere gesellschaftliche Bündnisfähigkeit ist nach wie vor stark unterentwickelt. Es fehlt uns das Vertrauen in die Lernfähigkeit der Gesellschaft, es fehlt an Geduld und Toleranz für Umwege, die die Gesellschaft in ihrer Perzeption der Probleme der Entwicklungsländer macht und das direkte Übersetzen von Bildern der Not in eine Bereitschaft zu „rein“ caritativer Hilfe trifft auf Unverständnis und Unzufriedenheit vieler unserer Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

Ich meine, dass wir verstehen und akzeptieren müssen, dass die caritative Hilfe selbst ihren *eigenen* und *positiven* Stellenwert hat, dass die häufig ehrenamtliche Arbeit der vielen Tausenden in Deutschland, die sich auf ihrem Gebiet engagieren, *gleichwertig* zu unserem Engagement ist und dass gerade aus gelungenem caritativem Engagement auch sinnvolle entwicklungspolitische Arbeit entstehen kann. Wenn wir unsere Rolle in der Gesellschaft als *Kohärenzstifter* und nicht immer nur als *Kohärenzmahner* verstehen, dann arbeiten wir eher im Selbstverständnis eines Brückenbauers und nicht dem eines Bergführers, der schon jeden Pfad kennt und die eigene Gesellschaft auf sicherem Weg in das Tal des ewigen Sonnenscheins führen wird – wenn sich die Gesellschaft doch nur von uns ans Händchen nehmen ließe. Auf einem solchen Weg des Brücken Bauens wird das Konzept der Internationalen Lerngemeinschaften auf gleicher Augenhöhe eine entscheidende Rolle spielen. Gelingt es uns, gemeinsam mit unseren kommunalen Unterstützern die geeigneten Süd- und Nord-Partner zusammenzubringen, die im gleichberechtigten Dialog

Dr. Hennig Scherf,
Präsident des Senats
und Bürgermeister der
Freien Hansestadt Bremen
bei seiner Laudatio für
Günther Hilliges



voneinander lernen können? Begleiten wir die Lerngemeinschaften mit den richtigen fachlichen und methodischen Bildungsangeboten, so dass sie ihre Katalysatorwirkung für nachhaltige Veränderung entfalten können? Wir versuchen bei InWEnt unsere Kernkompetenz der internationalen Personal- und Organisationsentwicklung zum Tragen zu bringen, zusammen mit allem, was wir aus den Erfahrungen der kommunalen Entwicklungspolitik lernen können. Dies gilt in gleichem Maß für die anderen internationalen Lerngemeinschaften, welche InWEnt ihren Partnern und Teilnehmenden anbietet. Z.B. das Alumni-Programm, ein Netzwerk aller ehemaligen Teilnehmerinnen und Teilnehmer von InWEnt-Programmen, oder der Global Campus, eine moderne elektronische Lernplattform für virtuelle entwicklungspolitische Work-Spaces und Foren kommunaler wie überregionaler internationaler Akteure.

Die traditionelle Trennung der entwicklungspolitischen Aktivitäten in Entwicklungszusammenarbeit mit Projektpartnern im Süden auf der einen und entwicklungspolitischer Bildung im Norden auf der anderen Seite sitzt noch tief im Bewusstsein der entwicklungspolitischen Entscheidungsträger und Akteure. 13 Jahre nach Rio und drei Jahre nach Johannesburg ist die Verbindung der Entwicklungsarbeit im Süden und im Norden noch nicht selbstverständlich.

Ein gelungenes Beispiel, aus dem wir noch mehr Honig für andere Veränderungsinstrumente saugen können, ist unser Programm „Chat der Weiten“, ein internetgestütztes Informations- und Kommunikationsangebot zu umwelt- und entwicklungspolitischen Themen in Schule und Unterricht. Der Chat ermöglicht Schülerinnen und Schülern die begleitete Recherche zu einem bestimmten entwicklungspolitischen Thema und eröffnet den direkten Dialog mit betroffenen Menschen vor Ort. Als neuer Projektpartner beteiligt sich das Lehrerfortbildungsinstitut in Bremerhaven (LFI). Seit diesem Jahr wird am Thema „Erdöl im Regenwald“ gearbeitet. Das Sachwissen der beteiligten Südpartner ist dabei das tragende Element der internationalen Lerngemeinschaft und wird von den Nordpartnern begeistert genutzt. Auch das Industrieland-Training, unser flagship-Programm, ist noch stark geprägt vom Ansatz der

Entwicklungsförderung im Süden. Es bietet noch vielfältige brachliegende Anknüpfungspunkte für die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit in Deutschland. Der Kompetenzerwerb der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Süden und dem Osten, die in mehrmonatigen Trainingsaufenthalten in Deutschland praxisnah fachlich, interkulturell und entwicklungspolitisch fortgebildet werden, muss in Zukunft auch für hier ansässige Unternehmen und Kommunen nutzbar gemacht werden. Gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern und den Unternehmensverbänden sollen Foren geschaffen werden, wo die angehenden Führungskräfte aus dem Süden und Osten der Welt im Austausch mit Unternehmensvertretern und Vertretern von Verbänden ihren spezifischen Blickwinkel zur Entwicklung deutscher Unternehmen und Kommunen einbringen.

In Zukunft müssen wir auch noch stärker an die Wirtschaft herantreten und weitergehende Kooperationsformen mit ihr suchen. Dies muss weit über PPP hinausgehen. Bei dem Thema der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sollten wir einen Moment innehalten und uns selbstkritisch fragen, wie weit wir damit gekommen sind. Es ist ein wirklich riesiges Verdienst der Bundesregierung, dass sie gegen alle ideologischen Widerstände im BMZ, in den staatlichen Durchführungsorganisationen (vielleicht mit Ausnahme des CDG) und insbesondere bei den entwicklungspolitischen NGO's das Thema „Zusammenarbeit mit der Wirtschaft“ so voran getrieben hat. Dabei befindet sich eines der Instrumente der Gestaltung einer verbesserten Zusammenarbeit mit der Wirtschaft nach wie vor auf einem Erfolgskurs: ich meine die Private Public Partnerships (PPP).

Am Beispiel InWEnt kann man sehr gut zeigen, wie sich der konsequente und proaktive Ausbau von PPP Kooperationen auswirkt. Wir hatten im Jahr der Fusion 2002 28 PPP Projekte mit einem privaten Beitrag i.H. von € 2,4 Mio, 2003 47 Projekte mit einem privaten Beitrag i.H. von € 4,1 Mio und im letzten Jahr 40 Projekte mit einem privaten Beitrag i.H. von € 5,6 Mio. Das heißt, wir haben in den drei Jahren bei InWEnt € 12.160.851 bei deutschen Unternehmen für Programme und Projekte einer Bildung für nachhaltige Entwicklung mobilisiert. Um es noch einmal deutlich zu

sagen, dies sind Beiträge deutscher Unternehmen, die gemeinsam mit InWEnt in Capacity-Building-Projekten eingesetzt wurden und die vielen Tausenden von Menschen eine persönliche wie berufliche Zukunftschance eröffnet haben.

Dennoch, bei aller Freude über diesen schönen Erfolg glaube ich, dass wir noch viel tun müssen, um zu einer tatsächlichen, strukturellen und nachhaltigen Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu gelangen. Denn PPP ist nur ein *Instrument* und dazu auch noch eines, das dazu einlädt, die Vorteile insbesondere auf der Kostenseite zu sehen, als erfolgreiches Unterfangen, neue Finanzquellen zu erschließen und die Wirtschaft finanziell an *unseren* Programmen zu beteiligen. Ich stelle die These auf, dass PPP eine Seifenblase wäre, die über kurz oder lang zerplatzt, wenn es nicht gelingt, der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft eine strategische Dimension und Perspektive zu verleihen, die sozusagen „beyond PPP“ liegt. Dabei lasse ich mich von der Überzeugung leiten, dass eine nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab nur dann gelingen und den Prozess der Globalisierung zu einer Wohlstandsvermehrung für alle anstatt einer vertieften Wohlstandssegmentierung führen kann, wenn es gelingt, die Wirtschaft dabei als Partner mitzunehmen. Ohne „sustainable business“ wird es kein „sustainable development“ geben. Diese Form des langfristigen Aufbaus von Kooperationsstrukturen mit der Wirtschaft erfordert aber insbesondere von uns eine andere Einstellung und ein deutlich anderes Grundverständnis über die herausragend wichtige Rolle, die die Wirtschaft bei der Gestaltung nachhaltiger Entwicklungsprozesse spielt. Hierbei, so meine ich, bietet das kommunale Entwicklungslabor für beide Seiten beste Voraussetzungen, um neue Erfahrungen zu machen, Ängste und Vorurteile abzubauen und neue Wege des „Global Denken, lokal Handeln“ zu erkunden. Denn unser entwicklungspolitisches Engagement in Deutschland stärkt auch unsere Glaubwürdigkeit bei unseren Partnern. Wenn wir z. B. das Thema Corporate Social Responsibility nicht nur im Rahmen unserer Capacity-Building-Programme für den Süden verstehen, sondern als gemeinsame entwicklungspolitische Aufgabe, die gleichermaßen auch Unternehmen in Deutschland betrifft, werden wir glaubwürdiger.

Schließlich: Die mehrdimensionalen Entwicklungsstrategien Bremens haben dazu beigetragen, das Themenfeld Entwicklungspolitik breiter in der Bevölkerung und bei entwicklungspolitisch relevanten Akteuren und Entscheidungsträgern zu verankern. Um die Entwicklungspolitik aus der Nische zu holen, ist die verstärkte Einbeziehung der Medien von höchster Bedeutung. Als Übermittler von Informationen strukturieren sie die Wirklichkeit mit. Medienkompetenz ist ein außerordentlich wichtiger Baustein zur Stärkung des interkulturellen Dialogs in Deutschland. Ich knüpfe an die Rede von Gunther Hilliges an, die er auf dem Bundeskongress der Kommunen und Initiativen in Magdeburg gehalten hat: „Unsere Themen kommen dann prominent heraus, wenn sie sich mit caritativen Hilfsaktionen verbinden...“, sagte er und fuhr fort: „Aber strukturelle Gewalt wird nicht durch Hilfsprojekte überwunden. Kommunale Nachhaltigkeitsarbeit und ihre regionale oder gar internationale Vernetzung erscheint vielen Journalistinnen und Journalisten als zu theoretisch und wenig konkret.“ Hier meine Damen und Herren, gilt es gemeinsam aktiv zu werden. Wir sollten daran arbeiten Journalistinnen und Journalisten stärker in internationale Lerngemeinschaften einzubeziehen. Sie sind der stärkste Veränderungsmotor, den wir im entwicklungspolitischen Werkzeugkoffer haben. Sie bieten die besten Voraussetzungen für den Perspektivenwechsel, der zum Dialog auf gleicher Augenhöhe zwischen den Ländern des Südens und des Nordens führt.

Der entwicklungspolitische Diskurs, der daraus resultiert, blickt nicht auf den Süden, als dem weniger entwickelten Partner, dem v.a. durch finanzielle Unterstützung und die Entsendung von Fachleuten geholfen werden muss. Dieser Blick wird abgelöst von einem Panoramablick, der die Entwicklung des Nordens selbst kritisch einschließt. Nur eine gemeinsame Entwicklung kann nachhaltig sein. Das ist der Richtungswechsel, der immer noch nicht vollständig in der entwicklungspolitischen Praxis durchdekliniert ist. Es ist das große Verdienst von Gunther Hilliges, dass das Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit in Bremen zahlreiche konkrete Beiträge zur konsequenten Umsetzung dieser Erkenntnis geleistet hat, auf kommunaler wie bundesweiter und internationaler Ebene. Ich bedanke mich.

Dr. Matthias Güldner, Mitglied der Bremer Bürgerschaft und stellvertretender Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen



Herr DR. GHAWAMI:

Ich möchte jetzt Herrn Dr. Güldner begrüßen. Sie wissen, heute ist in Bremen auch einiges in der Politik in Bewegung: die Fraktionen tagen, es wird einen neuen Wirtschaftssenator geben. Der neue Fraktionsvorsitzende der CDU hier in der Bremer Bürgerschaft wird gleich zu uns kommen. So freut es mich, dass Herr Dr. Güldner als stellvertretender Fraktionsvorsitzender vom Bündnis 90/Die Grünen, es trotz gleich anstehender Fraktionssitzung einrichten konnte, heute hierher zu kommen. Ein Student in Heidelberg, der in Baden-Württemberg – und heute wurde ja schon vom

„Entwicklungsland Deutschland“

gesprachen – vor einiger Zeit eine internationale Woche organisierte unter dem Motto „Die Wüste lebt!“. Das war in den achtziger Jahren. Dieser Student hieß Matthias Güldner. Er hat sich seit vielen Jahren internationalen Thematiken angenommen. Entwicklungspolitik ist für ihn eigentlich ein genauso wichtiges Politikfeld wie viele andere, die er im Laufe der Jahre bearbeitet hat. Deswegen freuen wir uns sehr, dass er es heute einrichten konnte, trotz der dichten Terminlage an diesem Montag in Bremen, einiges aus der Sicht von Bündnis 90/Die Grünen zur Bremer Entwicklungspolitik vorzutragen. Herzlich Willkommen!

Herr DR. GÜLDNER:

Frau Staatsrätin Dr. Kießler, Herr Dr. Ghawami, sehr verehrte Gäste, hier in Bremen. Herr Dr. Ghawami hat es bereits gesagt, Entwicklungspolitik ist für mich ein Beruf neben vielen gewesen, nicht nur in dem Kontext, den er nannte, also bei meinen Aktivitäten für den World University Service. Ich habe eine Weile für das Britische Kinderhilfswerk, für den Save the Children's Fund, gearbeitet, unter anderem in Vietnam und auch sonst in diesem Bereich länger hineingeschaut und aus dieser Perspektive möchte ich auch heute zu Ihnen sprechen. Ich möchte Sie verschonen vor den nach außen meist wenig zu durchschauenden Details und Einzelheiten der Politik Bremens

und der Versuchung widerstehen, Sie jetzt als Auditorium einer Landtagsrede zu missbrauchen. Das ist ja auch nicht der Sinn der Veranstaltung. Wenn man sich verdeutlicht, in welcher Situation wir heute in Deutschland sind, dann ist die Entwicklungszusammenarbeit nur ein ganz kleiner Teil der anstehenden Probleme. Wenn wir uns die wirtschaftlichen Probleme anschauen, die Probleme im Bildungswesen, einst ein großartiger Exportschlager, unsere duale berufliche Ausbildung, einst ein großer Exportschlager, viele Dinge haben sich verändert, egal unter welcher Regierung. Die Frage ist heute, welche Reformen stehen an und wie geht es weiter? Macht es Sinn, in bestimmten Dingen ein Stück zurückzugehen in Deutschland? Müssen wir viel schneller und viel vehementer nach vorne gehen?

Verharren wir in dem ja doch relativen Stillstand, in dem wir möglicherweise irgendwann mal angekommen sind, weil wir so viele Veränderungen mit der Wiedervereinigung zu bewältigen hatten? Damit ist die Frage ja gleichzeitig gestellt: Was heißt in diesem Zusammenhang Modernisierung? Ich finde, das ist eine Frage, die das Landesamt unter der Leitung von Herrn Hilliges in den vielen Jahren nie explizit, aber immer wieder implizit aufgestellt hat. Für ihn stand diese Frage immer im Hintergrund der Arbeit. Schon 1978 waren wir in Bremen auf einem Weg, der sehr weit vorne auf dem Weg der Modernisierung der Landespolitik lag. Landespolitik auch mal anders zu verstehen, als es die klassischen Felder vorsehen, die nach der bundesdeutschen Verfassung für die Länder mit der Bildung, mit Sozialwesen, etc. vorgesehen sind. Ich glaube also, dass wir schon 1978 sehr weit waren, dass wir aber heute 2005 die Ziele immer noch nicht erreicht haben, die damals formuliert worden sind. Wir haben immer noch nicht das eingelöst, was damals quasi wie eine Antizipation vorweggenommen wurde. Wohin sich die weltweite Zusammenarbeit und die Globalisierung entwickeln würden, das war 1978 für jeden Einzelnen noch nicht abzusehen. Ich hab mir noch einmal die Diskussion von 1978 vergegenwärtigt. Damals war die Debatte zwischen dem relativ straighten Milton Friedmann und anderen Modernisierungstheoretikern der neoliberalen Schule und der Dependenztheorie und deren Schulen, die in Deutschland an den Universitäten

vorherrschend war. Heute macht diese Debatte, wie sie damals geführt worden ist, nicht mehr so wahnsinnig viel Sinn. Heute haben wir eine Situation, in der ein erfolgreiches Schwellenland wie China die ureigensten Interessen der anderen so genannten Entwicklungsländer vehement tangiert. Nach der Freigabe der Textilquoten saugt es quasi wie ein Staubsauger Produktion und Investitionen auf. Dies trägt möglicherweise zu vermehrter Arbeitslosigkeit und Verarmung in vielen anderen Entwicklungsländern bei. Eine solche Fragestellung hätten wir 1978 mit den relativ einfachen Mechanismen der Dependenz-Theorie oder den Theorien von Milton Friedmann und anderen überhaupt nicht lösen können. Diese Dimension von Konflikten hatten wir gar nicht vorhergesehen.

Ich glaube, dass die Entscheidung – und darum soll es ja im Wesentlichen heute hier gehen – 1978 in Bremen ein solches Landesamt ins Leben zu rufen und eine solche Arbeit aufzunehmen, eine sehr weitsichtige war. Die damals gesetzte Agenda ist noch nicht abgearbeitet. Es ist ein Mechanismus in Gang gesetzt worden, der in diesen 27 Jahren bearbeitet wurde. Dieser führte zu vielen Erfolgen. Er hatte sehr großen Einfluss auf die Arbeit der Länder und der Kommunen in Deutschland. Diese Agenda ist noch nicht abgearbeitet. Sie ist keineswegs altmodisch und zu den Akten zu legen. Jetzt kann man noch fragen, ob diese Arbeit statisch war, ob es eine Gründungsidee gegeben hat, die man quasi 27 Jahre geritten hat und dann ist es irgendwann mit so einer Idee mal wieder vorbei? Ich glaube, die Praxis der Arbeit in Bremen war anders. Sie war so, dass sie sich den veränderten Rahmenbedingungen in der Welt angepasst hat. Dass sie sehr wohl mitgewachsen ist, mit dem, was außerhalb von diesem winzig kleinen Bremen in der Welt passiert ist. Es wurde ein weites Feld bearbeitet von der Armutsbekämpfung zur Demokratienentwicklung, über Bildungsarbeit im Äußeren und im Inneren. Dieses wurde durchaus im Laufe der Jahre ergänzt, beispielsweise durch die wirtschaftsbezogenen Qualifizierungsprojekte, die heute hier auch vorgestellt wurden.

Ein Aspekt, der wie ich finde, nicht gegeneinander stand, sondern der im Rahmen einer organischen Weiterentwicklung dieser Arbeit sehr wohl Sinn machte und heute ja

auch nach wie vor im Vordergrund steht. Also, es gab, im Grunde genommen eine Gründungsidee, die sehr überzeugend war. Es gab meines Erachtens auch genug Potenzial für Veränderung, für Flexibilität, um auf die sehr veränderten weltwirtschaftlichen, weltweiten Rahmenbedingungen zu reagieren. Jetzt kann man heute immer noch fragen, ob es Sinn macht, dass die Länder und gar erst die Kommunen in Zeiten knapper Kassen in diesem Bereich tätig sind? Ist es nicht schöner, irgendwann mal bei festlichen Gelegenheiten diesen Spruch

„Global denken – lokal handeln“

zu sagen und dann aber keine konkrete Arbeit zu machen? Wir haben ja in unseren kommunalen Länderhaushalten eigentlich schon genug große Probleme und haben andere Aufgaben wie Bildung, Soziales usw. Aus Haushaltsknappheit, aus fiskalischen Erwägungen, stellt man sozusagen irgendwann mal fest: „Wir haben Wichtigeres zu tun und es ist schade, aber Entwicklungszusammenarbeit, das ist nicht unsere Priorität als Kommune oder als Land.“ Ich glaube, dass man diese Frage nicht dogmatisch, ideologisch prinzipiell beantworten kann. Man muss sie anhand bestimmter Kriterien beantworten. Man muss nämlich fragen: „Was bringt uns das heute, bringt es den Menschen da draußen und bringt es auch natürlich den Kommunen und Ländern, die diese Arbeit betreiben, etwas? Ich war immer sehr dafür, dass wir diesen Aspekt nicht verschämt behandeln, als etwas was wir eigentlich nicht so gemeint haben.“

Ich glaube, dass diese Arbeit immer Aspekte beinhaltet, die anderen Menschen nutzen, aber immer auch denen nutzt, die sie selbst durchgeführt haben. Was bringt es also für Länder und Kommunen, sich in diesem Bereich zu engagieren? Welchen Nutzen hat man davon? Zu einem sind ein so kleines Land und gleichzeitig eine Kommune wie Bremen bzw. die noch kleinere Kommune Bremerhaven im Zusammenhang mit den Millenniumszielen der UN, die von 150 Regierungschefs feierlich verkündet worden waren, sehr gut aufgestellt, wenn sie zumindest einen Teil der dort formulierten Ziele für das nächste Jahrtausend, nicht nur verbal in irgendwelchen Zeremonien oder Programmen, sondern auch mit ganz konkreter Projektarbeit ausfüllen.



So stellt man sich in einen Kontext und kann sagen:
„Ja, wir gehören dazu, es gibt nicht nur in Südamerika,
in Asien, in Afrika und in Europa Kommunen, Länder,
Regionen, die da mitziehen, sondern wir gehören dazu
– *wir machen da mit!*“

Damit reiht sich Bremen, wie ich finde, hervorragend ein
in diesen weltweiten Kontext. Natürlich hat Bremen mit
dieser Arbeit auch konkret Menschen in Ländern und
Regionen geholfen. Das hat sehr wenig mit karitativen
Aspekten zu tun, sondern damit, dass wir uns als Teil einer
Welt verstehen, dass wir die Verantwortung mit überneh-
men mit anderen zusammen, diese gemeinsame Welt zu
gestalten. Wenn es in dem einen oder anderen Ort Bio-
kraftanlagen gibt, eine Bremer Spezialität, oder wenn
Küstenzonen geschützt werden, wenn Zugang zu sauberem
Wasser geschaffen wird, wenn Armut bekämpft wird, dann
ist das etwas, was man stolz und zufrieden feststellen kann.

Welche Folgen hatte die Arbeit in den Ländern für die
Bildungsarbeit? Die Bildungsarbeit versucht, den jungen
Leuten hier in Bremen konzeptionelles Rüstzeug zu geben,
um zu verstehen, dass wir in dieser Einen Welt leben. Wie
sollen sie nachher, sei es nun im Rahmen der Wirtschaft,
der Wissenschaft und anderen Professionen, wie sollen sie
eigentlich diese Eine Welt in ihr Berufsleben einbeziehen,
wenn die Grundlagen an unseren Schulen und auch in der
außerschulischen Bildungsarbeit nicht gelegt werden?
Das ist ein sehr hartes Geschäft.

In der Bildungsarbeit konkurriert man mit wechselnden
Moden, mit wechselnden Trends. Doch die Idee in Bremen
war eine kontinuierliche Bildungsarbeit, die einfach dazu
gehört. Man wollte nicht zwei Jahre ein Pilotprojekt
machen und es dann wieder sein lassen.

Man fand, dass entwicklungspolitische Bildungsarbeit
einfach dazu gehört zu einer Bildung, die junge Leute
heutzutage brauchen. Gestern Abend sagte jemand, ich
glaube, es war Jürgen Rüttgers: „Die Schüler in Nordrhein-
Westfalen sollen, wenn sie die Schule verlassen, Lesen,
Schreiben und Rechnen können!“ Dem ist uneingeschränkt
zuzustimmen. Aber es ist gibt ein bisschen mehr in der

Schule und ich glaube, dass man es genauso und mit
gleichem Recht formulieren kann: „Kinder, wenn sie von
der Schule gehen, sollten verstehen, was da draußen in der
Welt passiert, was wir damit zu tun haben, wie das Ganze
zusammenhängt und inwieweit Entwicklungen in Asien,
Afrika und Lateinamerika mit dem, was hier passiert, in
Verbindung stehen.“

Als vierten wichtigen Punkt möchte ich anfügen, dass es
für ein Land, das auf Export und Außenöffnung angewie-
sen ist, unerlässlich ist, die entsprechenden internationalen
Kontakte zu haben. Sie bilden die Voraussetzung, um uns
überall in der Welt aufzustellen. Wenn dabei konkrete,
wirtschaftliche Verträge zustande kommen, dagegen ist
überhaupt nichts zu sagen, wie bei unseren Bremer
Straßenbahnen, die inzwischen mit Pune kooperieren.
Wertvoll ist es aber auch, wenn es sich vielleicht nicht
kurzfristig in Cash materialisiert, aber langfristig dieses
Bremen in den Kontext der weiten Welt stellt. Sind 2005 –
27 Jahre nach Gründung des Landesamtes – sind irgend-
welche der Probleme, die damals oder im Laufe der Zeit
definiert wurden, gelöst? Ich würde sagen: Kein einziges!
Wir haben kein einziges Problem, abgesehen vielleicht von
einigen übertragbaren Krankheiten, die zumindest vorüber-
gehend ausgerottet wurden, durch die internationale Zu-
sammenarbeit gelöst. Aber selbst diese Krankheiten, wenn
Sie nur mal an die Pocken und andere denken, kommen ja
in Wellen immer wieder auf uns zurück.

Die Topthemen des nächsten Jahrhunderts sind: Umwelt-
zerstörung, in den Formen der Klima-, Wasser- und Boden-
ressourcen. Dort können wir große Probleme bekommen im
Laufe dieses Jahrhunderts, wenn wir sie, die Ressourcen,
nicht besser schützen. Hinzufügen würde ich als nächsten
Punkt die Folgen der Armut, mit allen ihren Konsequenzen.
Diese sind weit reichend. Sie bestehen nicht nur aus Ge-
sundheitsfragen. Hier geht es auch darum, wie die Ent-
wicklungsländer verfasst sind, wie demokratisch, wie fried-
lich sie sein werden, auch das hat alles mit Armut zu tun.
Wenn in Fragen von Demokratie, Good Governance und
regionaler Stabilität und wenn in Fragen von regionaler
Entwicklung gedacht wird, dann kann man sagen: Kein
einziges der Probleme, die damals genannt worden sind,



ist heute wirklich gelöst. Alle verdienen und bedingen im 21. Jahrhundert eine mindestens genauso große Aufmerksamkeit – ich würde behaupten, dass wir von globalen Entwicklungen im 21. Jahrhundert noch wesentlich stärker betroffen sein werden, als im 20. Jahrhundert – und deshalb bräuchten sie eigentlich sogar mehr Aufmerksamkeit, auch von uns hier im Norden. Was heißt das konkret, für die Arbeit in Bremen, in den Ländern, bundesweit und in den entsprechenden Kommunen?

Ich glaube, es kann niemand darüber hinweg sehen, dass wir heute in den Haushalten Probleme haben. Trotzdem muss das Geld irgendwo für die Lösung der genannten Probleme vorhanden sein.

Es würde Sinn machen, Mindestanforderungen zu definieren. Ein Bundesland muss, wenn es sich in der Entwicklungszusammenarbeit engagiert, Konjunktur- und Haushaltsschwankungen aushalten. Es muss auch mal eine Phase aushalten können, wo die Mittel nicht so reichlich fließen. Aber das scheint mir gar nicht der Hauptpunkt zu sein. Nötiger ist es noch, Mindestanforderungen zu definieren, und ich würde Sie auch bitten, dabei mitzuhelfen, die man braucht, um sinnvolle Arbeit zu leisten, die nicht nur darin besteht, das eine oder andere kurzatmige Projekt in bestimmten Ländern durchzuführen.

Es geht um eine kontinuierliche Arbeit. Sicherlich braucht es dafür Menschen, die diese Arbeit tatsächlich, qualifiziert und in erster Linie tun. Zudem braucht man ein Mindestmaß an sachlichen Mitteln. Das ist heute ja schon allein deshalb notwendig, um Drittmittel der EU und von anderen Gebern mit heranzuziehen, um diese Arbeit durchzuführen. Ich würde mir wünschen, dass wir da ein Stück weiter kommen. Dann könnte die Bürgerschaft Bremens, wie viele andere Landes- und Kommunalparlamente, sagen: „Wenn wir unsere Haushalte aufstellen, dann machen wir bei dem Wünschenswerten einmal große Abstriche, weil wir in einer Haushaltssituation sind, die wir uns so nicht mehr leisten können. Aber wir definieren ganz genau, was die Mindestanforderungen an eine sinnvolle Arbeit sind und darunter, unter diesem Standard, trotz der Haushaltsprobleme, weil wir diese Zukunftsfragen für so wichtig halten, werden wir auch nicht gehen, an diese Standards werden wir uns halten.“ Würde Bremen unter die Grenze dieser Mindeststandards gleiten, dann wäre es meines Erachtens eine tragische Ironie: Es wäre schlimm, in den siebziger Jahren Vorreiter einer Entwicklung gewesen zu sein, etwas aufzubauen und dann das Geleistete wieder abzubauen. Das würde ich mir nicht wünschen. Ich würde mir wünschen, dass wir die entsprechenden Standards auch in den nächsten Jahren einhalten. Vielen Dank!



Bürgermeister a. D.
Hartmut Perschau,
Mitglied der Bremer Bürgerschaft,
Fraktionsvorsitzender der CDU

Herr DR. GHAWAMI:

Herr Dr. Güldner, vielen Dank, auch für Ihre klare Aussage, dass es einer roten Linie bedarf in den Haushalten und dass es Mindestanforderungen geben muss. Gekommen ist jetzt der neue Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Bürgermeister a. D. Perschau, herzlich willkommen! Wir freuen uns, dass Sie es, trotz des hektischen Tages heute und des engen Terminkalenders, einrichten konnten, zu uns zu kommen. Sie haben das Wort. Bitte!

Herr HARTMUT PERSCHAU:

Herr Vorsitzender, liebe Frau Dr. Kießler, meine sehr geehrten Damen und Herren. Herr Güldner hat die Kataloge der Wünschbarkeiten dargestellt. Nun geht es eigentlich darum, diese auch im Ansatz und im Grundsatz wichtigen Erkenntnisse nach Erreichbarkeitskriterien zu sortieren. Das Formulieren von Wünschbarkeiten ist immer herzerwärmend und hat im Regelfalle auch die höhere Beifallsdichte zu erwarten. Am Ende hängt es dann doch ganz präzise am Sachverstand derjenigen, die die Erreichbarkeiten formulieren und dafür dann auch reales nachprüfbares Geld und Manpower zur Verfügung stellen müssen. Die ganze Sachlage wird ja dadurch kompliziert, dass wir im Bund und in den Ländern objektiv unterfinanziert sind.

Wenn Sie im siebten Jahr, von Steuerschätzung zu Steuerschätzung, die Einnahmen nach unten korrigieren müssen, dann können Sie nicht, sozusagen, im Gegenzug die Ausgaben von Steuerschätzung zu Steuerschätzung nach oben korrigieren. Das ging in den siebziger Jahren noch ganz gut. Aber an diesem Altschuldenberg knacken wir heute noch. Die Haushälter unterscheiden, was gefährlich ist, zwischen den Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben. Wenn es mit dem Haushalt knapp wird, dann kommt man an den Pflichtaufgaben im Regelfall nicht vorbei und dann geht es um die Frage, wie gehen wir mit den freiwilligen Leistungen um. Darunter fällt die ganze Kultur, darunter fallen viele Bildungsfragen, Wissenschaftsfragen, ein großer Sektor von sozialen Netzwerken und sozialen Leistungen. Es gehören viele Mittel dazu, die in die Förderung von ehrenamtlicher Tätigkeit und sozialem Engagement

von Gruppen fließen. Es gehört viel Vereinsarbeit dazu, die man fördert und unterstützt, um im Grunde genommen ganz bestimmte Leistungen zu ermöglichen. Ich glaube, dass wir hier in einer ganz schwierigen Zeit sind. Einige von Ihnen wissen, dass ich auch mal im Europaparlament Sprecher der Europäischen Christdemokraten für die Dritte Welt war, auch entwicklungspolitischer Sprecher der EVP, Präsident der AKP-Versammlung, Entwicklungszusammenarbeit ein Thema ist, an dem mir sehr viel liegt. Wir müssen uns aber jetzt an die Aufgabe machen, wie wir mit begrenzten Mitteln Ergebnisse erzielen, die an das heranreichen, was im Wesentlichen Herr Hilliges mit seinen Mitarbeitern aufgebaut hat. Das ist eine große Leistung und da ich nachher nicht dabei sein kann, lassen Sie mich vielleicht ein paar Dinge dazu sagen: Herr Hilliges hat ein ganzes Netzwerk aufgebaut. Er hat darin wichtige Einzelaktionen gehabt. Wir sind in diesem Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen aus Bremen gar nicht wegzudenken. Die anderen werden es nicht ertragen, wenn Herr Hilliges nicht ständig in diesem Netzwerk auftaucht. Er war im Wesentlichen der Netzwerkverwalter. Und wir sind natürlich mit diesem Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit einer der Netzwerkschaffer und Netzwerkanstreiber gewesen in vielen, vielen einzelnen Bereichen.

Wenn unsere Menschen nicht begreifen, was in diesem Nord-Südkonflikt an Sprengstoff vorhanden ist, an Not, an physischer Not, an materieller Not, an seelischer Not, dann bleibt der Blick sehr eng. Nun ist das immer so, den meisten Mensch ist das Hemd näher als der Rock. Wenn ich mir die Bürgerschaft in Bremen ansehe, ist es zwar ein Landesparlament, aber die Thematik ist zu 90,99% kommunal. Den Blick alleine für die Bundesinteressen, für die bundespolitischen Zusammenhänge, für den Bundesrat zu schärfen, ist auch im Parlament nicht ganz einfach, weil es exekutive Aufgaben sind. Der Bundesrat ist exekutiv besetzt. Wenn Sie jetzt gar daran denken, Kompetenz für Europa zu akquirieren, stößt man sehr schnell an Grenzen. Zu Europa haben die meisten eine Meinung, aber leider nur sehr geringe Kenntnisse. Wenn Sie sich beispielsweise die Skepsis gegenüber der Osterweiterung ansehen und den Pessimismus kennen, der sich hegte, der heute durch die

objektiv vorhandenen Zahlen nach einem Jahr praktisch wie weggeblasen ist, weil alles nicht stimmte – weil es dummes Zeug war, dann können sie erkennen, wie gering die Kenntnisse sind. Heute profitieren wir von dieser Osterweiterung.

Wenn Sie jetzt allerdings den Rahmen noch weiter spannen und zur gesamten Welt arbeiten wollen, bei der Globalisierung anfangen und bei der Entwicklungszusammenarbeit aufhören, dann überfordern Sie sehr schnell die Menschen. Wir merken es bei den großen Katastrophen, dass wir eine emotionale Schnellebigkeit haben, mit der wir auch leben müssen. Natürlich ist das so, dass wir bei der Tsunami-Katastrophe eine Nachhaltigkeit der Hilfe brauchen. Wenn Sie sich die Lehrerausbildung ansehen und feststellen, was in der Lehrerausbildung in diesen Feldern geleistet wird, dann bemerken sie, dass ein Lehrer sehr viel zusätzliches Engagement braucht, um sich die notwendigen Kenntnisse zu erwerben, die er zweckmäßiger Weise haben sollte, um den Schülerinnen und Schülern das Richtige zu vermitteln. Ich sage das nur deshalb, weil es ja auch keinen Sinn hat, dass wir uns so warm reden und am Ende in der kalten Luft vertrocknen. Wir haben hier eine permanente Missionsaufgabe und diese hat ihren Reiz auch darin, dass es sich um Mission handelt. Und deshalb ist es so wichtig, was Herr Hilliges mit dem Amt gemacht hat, um die geistige Auseinandersetzung in Gang zu bringen.

Natürlich erhalten wir Fördermittel, natürlich haben wir auch in Bremen eine Reihe von Einrichtungen wie Terre des Hommes, InWEnt usw., die alle in diesem Bereich arbeiten. Und wir haben natürlich dieses Netzwerk und es wäre sträflich, dieses kaputt gehen zu lassen, weil das niemandem nützt – es schadet nur, weil wir einen objektiven Mehrwert, eine objektive Rendite aus diesem Netzwerk ziehen. Dafür gibt es viele Beispiele: Das Programm, das Herr Güldner erwähnt hat, das sich mit den Uferzonen und Küstengebieten in den Entwicklungsländern befasst, sowohl ökonomisch wie ökologisch, das wird hier in Bremen auch mit verwaltet. Dazu zählen auch das Institut für Tropenökologie, ein wichtiges Institut, und das Alfred-Bebner-

Institut und vieles mehr. Durch diese Institute haben wir in verschiedenen Bereichen auch menschliches Know-how erworben. Das hat sich jetzt bei der Tsunami-Katastrophe gezeigt, wo wir unmittelbar technische Hilfe gewähren konnten. Es ist deshalb nicht so sehr nur die Frage eines Entwicklungsetats, sondern es ist eine Frage, wie man die vorhandenen Netzwerke zusammenhält, wie man sie pflegt, wie man mit Ihnen gemeinsam auch Arbeit generiert und wie man mit Ihnen Schwerpunkte setzt. Wir werden als kleines Bundesland nicht die ganze Welt glücklich machen können. Das heißt, wir werden uns einzelne Segmente herausuchen müssen, damit auch, was die Agenda 21 vorsieht, eine gewisse Nachhaltigkeit im Prozess der Zusammenarbeit entsteht. Das haben wir in Namibia, in Indien relativ gut erreicht und ich denke, das lässt sich erweitern. Ich finde es schade, dass Herr Hilliges ausscheidet. Es ist schade – hat aber im Grunde einen ganz konkreten Grund. Er ist 65 geworden. Dann sieht eben so ein Gesetz vor, dass irgendwann sozusagen der Ruhestand gefälligst einzutreten hat und wir sind ja dankbar für jeden, der das bis zur dieser Ruhestandsgrenze macht, weil es unseren Haushalt entlastet. Wir dürfen aber nicht zulassen, dieses Erbe von Herrn Hilliges zu verschaukeln. Am Ende wollen wir nicht sagen: „Außer Spesen nichts gewesen!“

Wir brauchen Menschen mit sehr viel Idealismus und brauchen ein gewisses Maß an Geld – das ist unbestreitbar. Nun weiß ich ja, dass Frau Dr. Kießler als Staatsrätin für diesen Gesamtbereich zuständig ist. Wenn Sie sich überlegen, mit welchem geringem Personal wir unsere Vertretung in Berlin betreiben, dann wird es extrem wichtig, dass wir uns bei Bund und Ländern gut darstellen, dass wir das abholen, was da abholbar ist und dass wir es klug und mit Charme machen, damit die Leute sagen: „Das sind die Bremer, die sind toll, die müssen das kriegen!“

Schließlich haben wir die Europavertretung, in der Herr Bruns sitzt, die wird immer wichtiger. Das sind die großen Länder mit Riesenvertretungen, mit einem Riesenpersonaleinsatz, die in jeder einzelnen Kommission rumtoben und von Tür zur Tür wandern und sozusagen die Klinken putzen

und natürlich auch versuchen, Geld einzutreiben. Wir haben in diesem kleinen Ressort, wenn ich das so sagen darf, eine schillernde Wettbewerbslage. Ich kann alle drei Dinge nicht gegeneinander ausspielen, weil alle drei Dinge ihre Bedeutung per se haben und alle drei Bereiche sind für uns sehr renditefähig. Wenn wir die Ausgaben in diesem Bereich reduzieren, werden wahrscheinlich die Einnahmen kumulativ sinken. Es gibt Felder, in denen das so ist, wir merken es in der Tourismuszentrale: Wenn Sie die Werbungskosten senken, die hier einem Standort helfen, dann gehen die Besucherzahlen zurück, und die Besucher ließen auch konkretes Geld bei uns, das dann verloren geht. Deshalb weiß ich, wie schwierig es ist und wie wichtig ein solcher Workshop oder ein solches Symposium ist, weil wir natürlich Menschen, die engagiert sind, brauchen, damit sie uns helfen, anderen deutlich zu machen, was wichtig und was nicht so wichtig ist. Das ist ja die schwierigste Entscheidung, die in der Politik getroffen werden muss. Ich möchte mich zum Schluss noch einmal sehr herzlich bei Herrn Hilliges bedanken. Ich hoffe, dass Sie uns noch lange nahe bleiben, und dass Sie auch das tun, was Sie tun können, um dieses Netzwerk zusammenzuhalten. Der Ausschuss wird das sicherlich sehr konstruktiv begleiten. Er ist aber nicht die ganze Bürgerschaft und wir brauchen einfach eine Lobby und deshalb sage ich Ihnen ganz deutlich: „Ich gehöre zu dieser Lobby!“ Ihnen lieber Herr Hilliges ganz, ganz herzlichen Dank für die ungeheure Arbeit, die Sie in den letzten 26, 27 Jahren auf diesem Gebiet geleistet haben. Sie ist einmalig, sie ist in besonderer Weise vorbildlich und Sie haben sich in dieser Einen Welt aus Bremen unerhört große Verdienste erworben. Herzlichen Dank!

Herr DR. GHAWAMI:

Herr Bürgermeister Perschau, herzlichen Dank. Sie haben sehr deutlich gesagt, Sie sind Teil der Lobby – nicht nur hier in Bremen, sondern überhaupt für dieses Politikfeld. Ich glaube, wenn es mehr engagierte Politiker, Politikerinnen, wie Sie gäbe, die sich als Teil der Lobby der Entwicklungszusammenarbeit und für internationale Solidarität

definieren würden, dann wären wir einen erheblichen Schritt weiter. Sie sprachen davon, Bremen als Netzwerker, Netzwerkverwalter. Netzwerke sind natürlich auch für die Zivilgesellschaft ganz wichtig. Ungefähr in der Zeit, als das Landesamt bzw. die Bürgerschaft 1978 gesagt hat:

„Wir brauchen hier eine zentrale Verantwortlichkeit!“

in dieser Zeit entstand auch ein Netzwerk von wenigen Nichtregierungsorganisationen, die sich in einem kleinen Ort, der auch mit dem Buchstaben B anfängt, trafen. Dies war der Bensheimer-Kreis an der Bergstraße. Herr Dr. Reuke, einer der früheren Geschäftsführer der Karl-Kübel-Stiftung, die damals auch Gastgeber dieses Kreises war und ebenfalls in Bensheim sitzt, ist heute ebenfalls unter uns. Herr Reuke, der auch später viel in der NRO-Arbeit geleistet hat, hat damals einen Impuls gegeben, damit Deutsche Nichtregierungsorganisationen sich zusammenfanden. In all den vergangenen Jahrzehnten gab es auch aus Bremen immer wieder tatkräftige Unterstützung. Es freut mich daher sehr, dass wir mit Herrn Dr. Hermle, als Vorsitzenden des Verbandes deutscher Nichtregierungsorganisationen VENRO, heute einen Gast und einen Freund hier haben. Er kann sicher aus Sicht der NGOs, aus Sicht der Nichtregierungsorganisationen, einiges zu dieser Netzwerkarbeit und wie Herr Perschau sagte, Netzwerkverwaltertätigkeit, sagen. Herr Dr. Hermle, Sie haben das Wort!

Herr DR. HERMLE:

Lieber Gunther, ich wollte mir nicht entgehen lassen, Sie wirklich sehr direkt anzusprechen, Frau Staatsrätin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Mir wurde aufgetragen, etwas zum Thema „Bremer Netzwerker – zivilgesellschaftlicher Beitrag zur globalen Strukturpolitik“ zu sagen. Wir haben gerade schon gehört, dass es sich hier um ein breites Feld handelt, das nicht erschöpfend abzuhandeln, zu bewerten und darzustellen ist. Auch was Gunther Hilliges unter seiner langjährigen Tätigkeit geschaffen, getan und erreicht hat, ist sehr umfassend.

Dr. Reinhard Hermle,
VENRO, Vorsitzender des
Verbandes Entwicklungspolitik
Deutscher Nichtregierungsorganisationen



Ich muss mich auf ein paar Punkte beschränken und hoffe doch, dass daraus ein Gerüst, ein Substrat dessen erkennbar wird, wofür Gunther Hilliges stand und steht. Ich habe mich zunächst einmal gefragt, und so steht es auch im Titel, der mir vorgegeben war: „Was ist eigentlich das besonders Bremerische an Gunther, das die Bedeutung seines Werks erklärt?“

Mir sind insbesondere drei Punkte eingefallen, es gibt sicher viele mehr, aber ich weiß ja nun wahrhaftig nicht alles. Das Erste, was mir einfiel, ist die Lage der Stadt, die Sichtweite des Meeres, Freiheit im Blick, Weltoffenheit und über Jahrhunderte mit der Welt verbunden. Es stehen hier keine ungemütlichen Werke rum, die die Sicht verringern oder gar versperren, wie das in anderen Teilen der Republik der Fall ist. Das scheint etwas zu sein, das die Nähe zum Thema Nord-Süd-Beziehungen und zum Thema Eine Welt doch sehr nahe liegend macht. Zum Zweiten gibt es ja nun in Bremen eine besondere politische Kontinuität, die sehr sozialdemokratisch geprägt war. Mit Sozialdemokratie verbindet man, glaube ich, doch noch immer ein Stück internationalistische Programmatik. Der dritte Punkt ist die Kleinheit dieses Stadtstaates Bremen. Das ist vielleicht erst einmal ein Widerspruch. Vielleicht ist es gerade die Kleinheit des Ortes die echte Größe und Bedeutung erlaubte, weil sich vor Bremen – vielleicht in der Bundesliga abgesehen – niemand wirklich fürchten muss.

Gunther Hilliges war ein rastloser Initiator, ein Motor, der viele antrieb. Wahrscheinlich ist es der Mix aus verschiedenen Aspekten, die ich skizziert habe, die dieses besondere Produkt, dieses Gesamtkunstwerk – Gunther Hilliges – hervorgebracht hat. Ein Netzwerker, in der Tat, ich kenne ihn nicht anders als jemand, der immer in solchen Bezügen gedacht und gehandelt hat. Er hat sich immer um das Zusammenspiel der Kräfte bemüht. Er hat sich, wenn auch als staatlicher Akteur, vor allem darum bemüht, die Zivilgesellschaft zusammenzubringen. Er wollte Staat und Nichtstaat verbinden und das nicht als Selbstzweck, nicht als Selbstinszenierung, nicht um die eigene Bedeutung auch immer wieder sichtbar zu machen, sondern weil es

wirklich darum ging, dieses immer bedrohte oder schwache Politikfeld Entwicklungszusammenarbeit mit dem nötigen Gewicht und Nachdruck aus der Gesellschaft zu versehen.

Es war kein Wunder, dass wir uns erstmals 1986 begegnet sind. Es war im Rahmen der Vorbereitung einer Tagung, die, ich glaube es war im September des Jahres 1986, in Bad Boll stattfinden und den Zustand und die Perspektiven der Zusammenarbeit bundesdeutscher in der Entwicklungsarbeit tätiger Nichtregierungsorganisationen dokumentieren sollte. Uns beide bewegte zweierlei: Zum einen der Ansatz, damals noch eine relativ neue Erkenntnis, dass Entwicklungspolitik verstanden als Entwicklungshilfe letztlich nur von begrenzter Wirkung und Reichweite sein würde, wenn sie sich nicht auch mit den internationalen politischen, wirtschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen auseinandersetzen würde, eben mit dem, was wir heute globale Strukturpolitik nennen. Und zum anderen trieb uns die Frage um: Wie könnten die Deutschen neben der Projektarbeit dazu gebracht werden, sich auch um die dringenden politischen Fragen der Welt zu kümmern und dies möglichst wirkungsvoll? Vielleicht lese ich ein kurzes Zitat aus einem Beitrag vor, den Gunther Hilliges bei dieser Tagung im April 1986 vorgetragen hat. Ich zitiere: „Ich stelle mir jetzt einen Doktoranden vor, der im Jahr 2000 das Protokoll dieser Tagung entdeckt, eine Tagung von denen, die darüber nachdachten, wie wir mit den Menschen in Zukunft umgehen wollen, nachdem wir uns 30 Jahre darauf fixiert hatten, dass Sie das Nord-Süd-Thema als Hilfsproblem dargestellt haben. Nun haben wir, die wir selbst mit diesem Ergebnis immer nur schwer umgehen konnten, versucht, die politische Dimension in dieses Thema hineinzubringen, und uns zu fragen, mit welchen Kräften man das wohl schaffen kann.“

Das Ergebnis dieses Kongresses war dann die Gründung der Arbeitsgemeinschaft NRO-Netzwerk. Das war sozusagen der erste, breite, über bestehende Teilsegmente hinausgehende, Versuch, einer halbwegs organisierten, strukturierten, institutionalisierten NRO-Zusammenarbeit und Herr Hilliges war einer der treibenden Kräfte. Und wenn man sich das Dokument über diese Tagung heute durch-



Senatsempfang

liest, dann ist es immer wieder erstaunlich, wie wahnsinnig zögerlich, ängstlich, schüchtern und defensiv wir waren. Die Zögerlichkeit war unendlich groß und es führte erst nur dazu, dass es ein Hintermänner-Kreis blieb, der sich traf. Es gab ein kleines Büro, das personell mit einer zurückgekehrten Entwicklungshelferin arbeitete. Aber es gab durchaus schon präzise inhaltliche Schwerpunkte: Europäische Agrarpolitik in ihren schädlichen Auswirkungen auf die Dritte Welt, das Thema Verschuldung – so furchtbar viel hat sich dies bis heute nicht geändert. Das Büro war klein und bescheiden, aber ein Anfang war gemacht.

Dieser Anfang war dann auch die Grundlage für die Durchführung der Nord-Süd-Kampagne des Europarates im Jahr 88/89. Die Kampagne war sehr stark von Auseinandersetzungen mit dem BMZ unter dem damaligen Minister Klein geprägt. Es ging vor allem um die Besetzung. Wir hatten selbst kein Geld, und das BMZ hat sich bei der Finanzierung sehr sperrig angestellt. Es wollte nicht diese Gemeinschaft Aktiver fördern. Es hat durchgesetzt, dass jede beteiligte Organisation Einzelanträge stellen musste.

Der BUKO mit seinen linken Positionen vertrug sich nicht mit dem Weltbild des Herrn Ministers. Außerdem korrelierte das Ganze mit der Tagung der Weltbank, die im September 1988 in Berlin stattfand. Es wurde gegewöhnt, dass es zu gewalttätigen Ausschreitungen in Teilen der NROen kommen könnte, vor allem den BUKO hatte man im Verdacht. Also wurde der Geldhahn zugekehrt.

Die Anträge für den BUKO wurden nicht bewilligt. Daraufhin haben sich alle solidarisiert und haben auf das andere Geld, das das BMZ zur Verfügung gestellt hatte, verzichtet. Dies hat wiederum die Kampagne belastet und ihre Wirksamkeit wesentlich beeinträchtigt. Ich will das gar nicht im Detail weiter ausmalen. Ich könnte noch zahlreiche Geschichten erzählen, aber ich will damit eigentlich ein Stück Geschichte dokumentieren. Gottlob veränderte sich der Umgang von Ministerium und Zivilgesellschaft und ist heute ein sehr entspannter, ja ich würde sagen produktiver, trotz mancher Differenzen, in Einzelheiten. Doch das ist natürlich. Wir betreiben verschiedene Odysseen und streiten uns auch gelegentlich. Dennoch stehen wir eigentlich in diesen grundsätzlichen Dingen zusammen.

Die Nord-Süd-Kampagne des Europarates hatte für Gunther Hilliges insofern eine besondere Bedeutung, weil sie als Vehikel für sein großes Anliegen stand, die großen entwicklungspolitischen Themen auf die lokale und kommunale Ebene herunter zu holen und fruchtbar zu machen.

Sie kennen den Satz „Global denken – lokal handeln“. Lokale Nord-Süd-Foren schossen, beflügelt durch die Europaratskampagne, wie Pilze aus dem Boden. Im November 1988 trafen wir uns zum ersten Kongress Kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Mainz. Dieser Kongress – Sie brauchen keine Angst zu haben, ich gehe jetzt nicht auf alle Jahre im Detail ein, ich will nur an ein paar Stellen exemplarisch etwas deutlich machen. Dieser Kongress endete mit einem Manifest, mit einer gemeinsamen Erklärung zur Haushaltung kommunaler und regionaler Entwicklungszusammenarbeit und zur Förderung der Informations- und Bildungsarbeit, das war der Titel des Manifestes. Das war auch das Programm eines Gunther Hilliges. Heute würde er wahrscheinlich hinter die Informations- und Bildungsarbeit noch die Lobbyarbeit setzen. Dieses Programm hat er zielgerichtet in den folgenden Jahren voran gebracht. Die Mainzer Erklärung war auch ein frühes Zeugnis seines, wie ich meine, bis heute ungebrochenen Slogans:

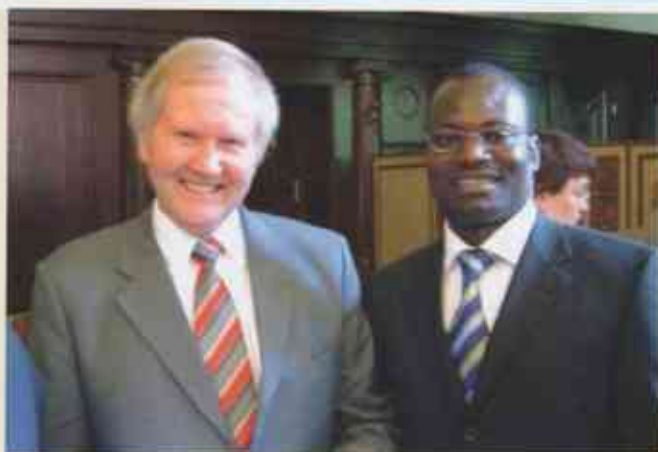
*„An die Macht des Wortes –
an die Macht der Resolution.“*

Es gab viele weitere Resolutionen in den Jahren danach und wie könnte es anders sein, ‚in guter demokratischer Manier‘, waren natürlich alle diese Erklärungen immer schon lange fertig, ehe die betreffenden Symposien und Konferenzen begannen.

Die Entwicklung der Nord-Süd-Foren hat Gunther Hilliges in den folgenden Jahren immer wieder nach Kräften gefördert. Wie klug das war, zeigte sich dann, als sozusagen in der Folge von Rio 1992 die lokalen Agenda-21-Prozesse begannen. Sie hatten in diesem Fundus der lokalen Nord-Süd-Foren einen turbulenten Nährboden für die Entfaltung der Idee der Nachhaltigkeit auf kommunaler und auf regionaler Ebene. Aus meiner Sicht führt eine ziemlich gerade Linie von dem Büro, das diese lokalen Nord-Süd-Foren zu koordinieren versucht hat, zu der seit 2001 bei InWEnt angesiedelten Servicestelle „Kommunen in der Einen Welt“. Das zuvor erwähnte NRO-Netzwerk, von dem ich im Zusammenhang mit der Tagung in Bad Boll sprach,

beendete seine Tätigkeit bald nach der Europaratskampagne. Die Zeit für eine engere Kooperation zwischen den NROen war offenbar noch nicht reif. Die Ängstlichkeiten, die Distanzen zwischen den NROen waren offenbar größer, als die Bereitschaft zur kollektiven Zusammenarbeit. Auch Gunther Hilliges hatte wohl zunächst das Vertrauen verloren, dass die zwei Säulen, auf denen seiner Meinung nach auch die NRO-Arbeit beruhen muss, die Projektarbeit und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland, von den NROen wirklich professionell umgesetzt werden können. Aber Gunther wäre nicht Gunther, wenn er sich enttäuscht, bitter und resigniert an die Weser zurückgezogen und über dem Deich die Vögel beobachtet hätte. Wenn es also die NROen zunächst nicht schafften, den Kampf gegen die weltweite Armut als politisches Projekt zu vermitteln, dann konnte es vielleicht eine Gruppe engagierter Einzelpersonlichkeiten von Rang und Namen schaffen. Ich würde in diesem Kontext der Suche nach Alternativen zum Beispiel die Memorandumsgruppe erwähnen, die eine Reihe von entwicklungspolitischen Gutachten von hoher Qualität geschrieben hat. Leider haben sie ebenfalls wenige Früchte getragen.

Gunther war dennoch einer der tatkräftigsten Netzwerker, ein begnadeter Strippenzieher, der nicht aufgegeben hat, ein rastloser, unermüdlicher Gremienarbeiter. Ohne sein Engagement wäre vieles nicht zu Stande gekommen, was wir heute als seine Erfolge, als ein Stück Anerkennung feiern. Eine Entwicklung allerdings gab es, an der warst Du nicht beteiligt, das war die Entstehung des VENRO-Verbundes. Ich war immer ziemlich sicher, im Gegensatz zu Dir – und vielleicht ist dies einer der wenigen Gegensätze, die wir haben – dass es eines Tages zu diesem schon früh angestrebten formalisierten, institutionalisierten Zusammenschluss der Nicht-Regierungsorganisationen kommen würde. Es hat dann nach den Versuchen in Bad Boll fast noch einmal zehn Jahre gedauert, bis es so weit war. 1995 ist es gelungen, mit klaren Strukturen, mit einer eigenen, nicht staatsfinanzierten Geschäftsstelle und wie ich doch finde, mit heute anerkanntem und auch beachtlichem Profil, diesen Verbund ins Leben zu rufen. Schade, dass wir nicht auch das noch gemeinsam zu Stande gebracht



haben! Aber es gab ja dennoch in der Zeit des Bestehens von VENRO mehrere Berührungspunkte in unserer Kooperation. Auch in dieser Zeit warst Du immer Mahner, Treter und Anreger. Ich denke nur an den großen Bildungskongress 2000 in Bonn. Dort hast Du noch einmal mit Macht auf die Bedeutung hingewiesen, die formale, nichtformale schulische und außerschulische Bildung haben. Du hast klar gemacht, welche Bedeutung in diesem Kontext den Kultusministerien zukommt und wie sehr es einer Verankerung des Themas in den schulischen Kurrikula bedarf.

So furchtbar neu ist das, was wir heute im Jahr 2005 entwicklungspolitisch tun, nicht. Es unterscheidet sich nicht sehr von dem, was wir vor 20, 25 Jahren getan haben. Wenn wir uns die Themen anschauen, dann sind es oft dieselben Themen, dieselben Stichworte, die uns beschäftigen. Das große Thema Armutsbekämpfung, Verschuldung, Handelsfragen, Rüstungsfragen, Nachhaltigkeit – manches kommt in etwas anderer Verpackung daher – heißt heute etwa MDGs – Millenniumsentwicklungsziele oder Globalisierung. Noch immer schlagen wir uns mit der Geldfrage herum, mit den Haushaltsproblemen. Gerade haben wir es wieder gehört, 0,7% ist das Ziel, seit ich entwicklungspolitisch denken kann, und das ist jetzt doch auch schon ein paar Jahre her. Es ist immer noch ein Fixstern am entwicklungspolitischen Themenhimmel.

Ein paar Themen haben sich stärker ausdifferenziert, ein paar neue sind hinzugekommen. Ich will damit andeuten, mit welcher verdammten dicken Brettern wir es eigentlich zu tun haben, die wir zu bohren versuchen, und die sich nur sehr langsam in politischen Änderungsprozessen niederschlagen. Welch langen Atem brauchen wir, um Erfolg zu haben? Wie schwach sind oft unsere Kräfte? Auch deshalb ist es einfach ein Jammer, dass Persönlichkeiten wie Gunther Hilliges jetzt gerade von der Bühne abtreten, sozusagen in einen Aggregatzustand eintreten, von dem es im Allgemeinen heißt, es sei ein Ruhestand. Ich kann es bei Gunther Hilliges beim besten Willen nicht recht glauben, dass es nicht irgendwie weiter gehen wird. Also liebe Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die einen

vielleicht mit Erschrecken, für die anderen ein Anlass zu Freude, auf jeden Fall weiterhin „Gunther Ante portas!“

Herr DR. GHAWAMI:

Herzlichen Dank Dr. Hermle. Sie haben gehört, wie sich die Nichtregierungsorganisationen im Laufe der Zeit organisiert haben, welchen wichtigen Beitrag Bremen dazu geleistet hat. Wir haben etwas über den Bezug zur kommunalen Zusammenarbeit erfahren, das Mainzer Manifest wurde erwähnt. Wir konnten nachvollziehen, wie die Zivilgesellschaft über die Jahre eine neue Qualität der Zusammenarbeit entwickelt hat und wie sich das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Staat veränderte. Herr Dr. Hermle hat auch ausgeführt, dass es anfängliche Schwierigkeiten mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gab, aber im Laufe der Jahre, insbesondere jetzt, die Zusammenarbeit doch von einem gemeinsamen Ziel geleitet wurde, nämlich dem Politikfeld Entwicklungszusammenarbeit einen neuen Stellenwert zu verleihen. Ich freue mich nun im Anschluss Herrn Bruns, der die Aufgaben für das Landesamt mit übernehmen wird, das Wort zu geben.

Herr BRUNS:

Vielen Dank. Ich möchte mit einigen Anmerkungen beginnen, die einigermaßen kritisch sind. Das Thema Europäische Union haben wir hier bei dieser Tagung bis auf zwei kurze Äußerungen in zwei Nebensätzen bei Herrn Dr. Varnhorn und bei Herrn Güldner überhaupt nicht erwähnt. Die Bedeutung der EU für den Zusammenhang der Entwicklungszusammenarbeit hat heute in dieser Versammlung praktisch keine Rolle gespielt. Nun unterstelle ich – sozusagen zu Ihren Gunsten – dass sich alle gesagt haben:

„Darauf brauchen wir nicht einzugehen – das macht Herr Bruns!“

Aber ich weiß, dass das ein frommer Selbstbetrug wäre. Und wenn ich meinen Vortrag in voller Länge hätte halten können, hätte ich Ihnen gerne versucht deutlich zu machen,

Christian Bruns,
Leiter der EU-Abteilung
bei der Bevollmächtigten
der Freien Hansestadt
Bremen beim Bund
und für Europa



dass die EU in zweierlei Weise für das Thema, das wir hier diskutieren, Bedeutung hat. Zum einen sind das in der Tat die auch von Ihnen erwähnten europäischen Fördermittel. Das andere ist die Frage der europäischen Entwicklungspolitik, ohne die ich mir kommunale Landes- und nationale Politik im Kontext von Entwicklungszusammenarbeit gar nicht vorstellen kann. Ich versuche das wirklich sehr abzukürzen. Sie wissen, dass die EU zurzeit auf der Grundlage des Vertrages von Nizza arbeitet. Auch dort gibt es bereits eine Verankerung der Zielsetzung der EU in Sachen Entwicklungszusammenarbeit. Sie wissen besser als ich, dass es sozusagen zwei Standbeine gibt, auf denen die EU-Politik in diesem Bereich steht. Das sind die Handelsbeziehungen und das ist die wirtschaftliche und finanzielle Hilfe einschließlich der Unterstützungsmaßnahmen im Bereich Governance. Die EU als Institution und die Mitgliedsstaaten sind der größte Finanzier von Entwicklungszusammenarbeit in der Welt. Neben den Finanzfragen würde ich aber gerne noch erwähnen, dass wir alsbald, wenn alles gut geht, einen europäischen Verfassungsvertrag haben werden. Damit meine ich, wenn die Ratifizierung in den nächsten Monaten und Jahren dann tatsächlich gelingen sollte. Dadurch würde auch die europäische Entwicklungszusammenarbeit neu, straffer und hoffentlich wirksamer definiert, bei aller Kritik, die es an diesen Bestimmungen zum Kontext der Entwicklungszusammenarbeit gibt.

Der Vertrag macht durch das Komplementaritätsprinzip und das Prinzip der Kooperation deutlich, dass sich die EU in ihrer Entwicklungszusammenarbeit immer nach den Grundsätzen von Subsidiarität auf das bezieht, was die Mitgliedsstaaten schon tun. Dabei geht es dann nicht nur, aber auch – und vor allen Dingen in Deutschland – darum, was die Regionen und die Kommunen tun. Der Punkt ist mir deswegen wichtig, weil ich verdeutlichen möchte, dass das, was Gunther Hilliges und das Landesamt in Bremen entwickelt haben, eigentlich eine ideale Voraussetzung für eine intensive Vernetzung mit europäischen Initiativen ist. Wir haben vor zwei Jahren, ich glaube als erstes deutsches Land in der Vertretung Bremens bei der EU in Brüssel, eine Veranstaltung gemacht, bei der wir versuchten, auch andere europäische Regionen in diese Diskussion einzubeziehen.

Ich glaube, dass die Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit in einer noch intensiveren Kooperation der kommunalen und regionalen Ebene, der nationalstaatlichen Ebene und europäischen Ebene liegt. Ich glaube, dass Bremen dafür, durch die Arbeiten, die heute hier beschrieben worden sind, vorzüglich gerüstet ist. Wenn es also einen Mehrwert geben könnte, dass der Leiter der Vertretung Bremens bei der EU, der Leiter der Europaabteilung, nun auch noch das Erbe eines Gunther Hilliges in der Entwicklungszusammenarbeit antritt, dann liegt der vielleicht wirklich darin, dass wir in Brüssel gut aufgestellt sind. Wir können uns in Brüssel auf ein, wie ich finde, exzellentes Netzwerk verlassen und ich würde gerne versuchen, dieses Netzwerk auch für die Entwicklungszusammenarbeit stärker in den Kontext der Initiativen anderer europäischer Regionen zu stellen. Ich würde gerne weiter daran arbeiten, verstärkt auch die weitere politische Ausrichtung Europäischer Entwicklungszusammenarbeit zu beeinflussen, natürlich immer in dem Rahmen, in dem wir, als kleiner Akteur, das können. Und ich würde natürlich nicht zuletzt im Hinblick auf die Haushaltssituation Bremens alles dafür tun, dass wir da, wo es möglich ist, auch europäische Mittel abrufen, um sinnvolle, gute, bewährte, vielleicht auch neue Projekte der Entwicklungszusammenarbeit Bremens zu fördern. Lassen Sie mich außerhalb dieses Zusammenhangs noch eine, möglicherweise provokative, Bemerkung machen.

Es wurde von ganz vielen Rednern problematisiert, beklagt, festgestellt – sicher zur Recht – dass Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr im Mainstream ist. Es wurde erwähnt, dass wir Gefahr laufen, politische und finanzielle Unterstützung zu verlieren, und dass wir in dem Risiko stehen, viele Erfolge der vergangenen Jahre sozusagen den Haushaltsrückständen zu opfern. Und es war immer die Frage, wie kann man diesen Prozess eigentlich aufhalten? Wir hatten es da mit zwei Diskussionsmustern zu tun. Die einen argumentierten: „Wir haben gerne Gutes getan und wir haben gerne die Menschen in der Dritten Welt unterstützt, aber das können wir uns jetzt nicht mehr leisten.“ Die anderen argumentierten:



Gunther Hilliges bei seiner Dankesrede anlässlich des Senatsempfangs

„Gerade jetzt ist es wichtig, dass wir die Menschen in der Dritten Welt unterstützen!“

Beide Argumente haben sich in gewisser Weise gegenseitig neutralisiert, weil Sie immer diesen eher karitativen Aspekt in den Vordergrund gestellt haben. Ich bin nicht sicher, ob man mit dieser politischen Kultur tatsächlich mehrheitsfähig wird. Und es ist verschiedentlich heute angekommen, dass wir vielleicht mehr dafür tun müssen, politisch offensiv und in der Öffentlichkeit Entwicklungszusammenarbeit neu zu definieren. Das ist in diesem Kreis, glaube ich, ein Selbstläufer. Aber nach außen gibt es da noch viel zu tun. Schließlich hängt unser Überleben fundamental ökonomisch, ökologisch, sicherheitspolitisch von einem massiven, nachhaltigen Engagement ab. Aber das muss noch vermittelt werden. Wir müssen transportieren, dass wir hier in Bremen, Deutschland und Europa existenziell abhängig sind von einem nachhaltigen Ausgleich zwischen Arm und Reich, zwischen Süd und Nord, Ost und West. Es wird sehr schwer werden unter den gegenwärtigen Bedingungen, das was wir bisher getan haben, zu verlängern. Es wird darauf ankommen, diese oben erwähnte Botschaft offensiv in den politischen Raum zu transportieren, damit Entwicklungszusammenarbeit das Image verliert, sie sei nur eine Veranstaltung zu Gunsten Dritter. Solche Veranstaltungen werden nur finanziert, wenn wir Geld übrig haben. Diese Zeit ist lange vorbei. Die Botschaft braucht relativ schnell,

selbst in diesem Hause, in dem wir uns befinden, im Landtag Bremens, vermutlich in allen Fraktionen, noch viel Werbung. Ich danke Ihnen sehr und ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit allen!

Herr DR. GHAWAMI:

Herzlichen Dank Herr Bruns. Ich denke, Sie haben das Entscheidende gesagt: Wie kann man hier in diesem Hause, in der Bürgerschaft Bremens die Lobby verstärken, damit die politische Diskussion vorangebracht wird? Wir wollen aber nicht vergessen, dass neben der europäischen Dimension der Solidaritätsgedanke ein Markenzeichen Bremens war. Der Bremer Solidaritätspreis ist, nicht nur in Deutschland, sondern international, zu einem Markenzeichen des Engagements der Freien Hansestadt Bremen geworden.

Wir haben heute sehr viel von Gunther Hilliges gesprochen. Er saß schweigend in der zweiten, dritten Reihe, aber in der täglichen Arbeit stand er eigentlich immer vor und auch hinter uns, wenn es notwendig war. Das Schlusswort, bevor Frau Staatsrätin Dr. Kiebler die Veranstaltung heute schließt, gehört natürlich Herrn Hilliges.

Herr GUNTHER HILLIGES:

Nach 28 Jahren in dem Haus zu stehen, indem das alles einmal angefangen hat und nach einem so wunderbaren Tag, ich muss gestehen, dass es mir nicht leicht fällt, schweigend so viel, zum Teil ganz Richtiges, aber zum Teil auch grenzenlos Übertriebenes, kommentarlos zu ertragen. Es ist mir ein ganz, ganz großes Bedürfnis dazu etwas zu sagen. Zunächst möchte ich erst einmal allen danken, die diese Veranstaltung heute zustande gebracht haben: Frau Dr. Kießler, Herrn Dr. Ghawami, Kerstin Dahlberg und vielen anderen. Irgendjemand hat sich einmal in einem flüchtigen Nebensatz verplappert, da wurde ich misstrauisch und habe mich gefragt, was wohl geplant sei. Aber das wurde dann gleich wieder als Missverständnis aus der Welt geschafft. Ich wusste bis vor wenigen Tagen nicht, was mich hier erwartet. Ich bin tief beeindruckt von der Zuneigung, von der solidarischen Sympathie, die ich spüre, von der Tatsache, dass Sie aus ganz Deutschland hier zusammengekommen sind. Und ich habe das ganz gute Gefühl, dass, wenn ich jetzt hier umfalle, diese Arbeit weiter geht. Das ist eigentlich das Wichtigste, was man erreichen möchte, mit vielen gemeinsam, selbstständige Entwicklungsschritte zu gehen, von denen man das Gefühl hat, sie verändern die politische Prioritätensetzung.

Ich glaube, es fällt uns allen schwer, wenn wir mitten im Geschäft sind, festzustellen, ob sich etwas verändert hat oder nicht. Wir arbeiten an dem Schutt von 500 Jahren Kolonialismus. So begann die Einteilung der Welt in Arm und Reich. Und wir sind noch lange nicht fertig. Wir ringen noch heute darum, dass das in die Schulbücher kommt. Und wir fragen uns noch heute, wer ist eigentlich für was zuständig? Heute noch eine Debatte darüber zu führen, ob die Bundesländer und die Kommunen etwas mit der Welt zu tun haben, ist so etwas von unglaublich, dass man dafür keine Zeit mehr verschwenden sollte! Wir haben sie nämlich nicht mehr! Und insofern habe ich das Gefühl, hier ist ein solides Netz entstanden, das von der Überzeugung geprägt ist, dass mit Engagement und Sachverstand die politische Dimension des Ausgleichs zwischen Arm und Reich erreicht werden kann.

Mir hat es sehr gut gefallen, was Christian Bruns gerade zur Notwendigkeit gesagt hat, das Ganze noch politischer zu diskutieren. Wir haben uns immer gegen den Begriff der Entwicklungshilfe, wegen des hohen paternalistischen Anteils in diesem Wort, gewehrt. Wir haben immer von Zusammenarbeit gesprochen – bis heute. Und ich freue mich, dass auch die Eigeninteressen heute, ohne dass man sich ihrer schämen muss, genannt werden können. Es geht um die Bewahrung von Zukunftsperspektiven, um Frieden, um Umweltschutz. Das ist unser Hauptinteresse an der Zukunftsgestaltung. Es geht nicht so sehr darum, dass der Exportweltmeister Deutschland nun noch ein paar Aufträge mehr aus dem Süden bekommt. Das sind nützliche Beiprodukte, aber deswegen machen wir die Arbeit nicht. Unsere Interessen sind viel schwergewichtiger, wir wollen Zukunft haben! Und daran haben wir gemeinsam gearbeitet.

Als es hier in der Bürgerschaft 1978 zuerst diskutiert und dem Senat aufgetragen worden ist, die Arbeit zu intensivieren, war es eine gewaltige Herausforderung. Damals waren wir noch nicht gut vernetzt. Wir hatten noch nicht einmal eine richtige Struktur, mit der man arbeiten konnte. Staat und Nichtstaat wurden deutlich auseinander gehalten. Heute arbeiten die Zivilgesellschaft und die Regie-



rungsseite sehr viel selbstverständlicher zusammen. Da hat sich etwas entwickelt, da hat sich demokratische Qualität verbessert.

Ich freue mich, dass Herr Perschau und Herr Güdner so eindeutig für das Parlament Stellung bezogen haben. Ich habe deswegen die Unhöflichkeit besessen, lieber Reinhard, Dich hier drei Minuten alleine stehen zu lassen. Ich musste hinter dem neu gewählten Fraktionsvorsitzenden der Bremer CDU herlaufen, der morgen oder übermorgen Herrn Rüttgers trifft. Im Wahlkampf NRW droht das Modell NRW zurzeit erheblich beschädigt zu werden. Was Rot-Grün in Sachen Entwicklungspolitik, Kommunalförderung, Bildungs- und NGO-Förderung aufgebaut hat, ist in programmatischen Aussagen der jetzt bald regierenden neuen Regierungskonstellation, vor allem von der FDP, heftig attackiert worden. Wenn das kleine Bremen aufgibt, dann nimmt man das mit Schmerzen zur Kenntnis, aber deswegen wird sich in den Bundesländern nicht so ganz furchtbar viel



ändern. Wenn NRW diese Arbeit einstellt, dann ist ein Domino-Effekt zu befürchten. Das liefert Argumente für andere, gerade auch schwächelnde Staaten, wie eben der Sanierungsfall Bremen. Im Grunde habe ich ihn gewinnen wollen, doch sein persönliches, tiefes Engagement zu unserem Thema im Gespräch mit Herrn Rüttgers zu nutzen, der sicherlich andere Schwerpunkte zu beachten hat. Ich wollte ihn auf diese Frage hinweisen, welche Rolle die Länder in einer globalisierten Welt haben und was das Modell NRW mit über 300 Städten, die aktiv Entwicklungszusammenarbeit und Bildungsarbeit betreiben, leisten kann. Ich wollte mich gerne für diesen wunderbaren Tag bedanken, der ja noch lange nicht zu Ende ist.

Ich danke Ihnen für dieses inhaltliche Symposium, von dem ich nichts wusste. Ich glaube, wir können heute nicht mehr behaupten, dass die Beteiligung der Länder und Kommunen an globalen Fragen das bestgehütete Geheimnis der Nation ist. Heute weiß man, dass sie Chancen haben, die Veränderungen mit zu gestalten und dass sie nicht nur Angst vor der Globalisierung zu haben brauchen, weil man sich so ohnmächtig fühlt. Für diese Bewusstseinsbildung gebührt Ihnen allen Dank. Mich hat es persönlich, wenn Sie mir das gestatten, tief berührt, dass heute zum Auftakt dieses Symposiums hier in der Bürgerschaft in Bremen, jemand aus Afrika zu uns gestoßen ist, der gestern Abend noch in den Flüchtlingslagern der Westsahara gewesen ist. Endlich haben wir uns mit ANC und SWAPO verbündet, wir sind froh, daran beteiligt gewesen zu sein, die Apartheid in Südafrika und den Kolonialismus in Namibia mit überwinden zu haben. Ich wünsche meinen Nachfolgern, dass sie viel Engagement und Kraft in die Mitarbeit der Bundesländer, der NGOs, für das Selbstbestimmungsrecht in den Ländern des Südens aufbringen. Die Flüchtlingslager sind die letzte Kolonie in Afrika und ich hoffe, dass die Menschen eines Tages aus diesen schrecklichen Flüchtlingslagern mitten in der Sahara herauskommen.

Die lange Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Ghawami vom WUS hat mir geholfen, besser zu verstehen, dass er aus einem uralten Kulturvolk stammt. Immer wieder, wenn wir einmal etwas anderes als Entwicklungspolitik be-



sprochen haben, ging es um Kultur. Ich glaube, nach dem 11. September haben wir das noch intensiviert. Diese vernachlässigte Dimensionen der Entwicklung, nämlich die kulturelle Unterschiedlichkeit, die ist uns bewusster geworden. Ich habe mir gedacht, was kann jemanden, der so eng mit Bremen und mit mir verbunden ist und war, interessieren?

Da viel mir jemand ein, der in Indien lange Studien über das Leben der Menschen in den Slums gezeichnet und geschrieben hat. Da wir vor nicht langer Zeit eine Stiftung in Bremen gegründet haben, zu Gunsten des Werkes des Nobelpreisträgers Günther Grass, habe ich mir gedacht, „Zunge zeigen“ und Günther Grass mit seinen Zeichnungen aus den Slums von Kolkata, wie es heute heißt, und die schönen Texte in dem Buch, könnten unsere kulturelle Zusammenarbeit verdeutlichen. Mit ausdrücklichem Dank für die siebzehn Jahre Zusammenarbeit. Alles Gute!“

Frau DR. KIEBLER:

Herr Dr. Ghawami, Sie haben mir noch mal das Wort gegeben, um jetzt in einen anderen Teil der Veranstaltung überzuleiten. Wir haben hier im Haus der Legislative unser Fachsymposium veranstalten können. Ich lade Sie jetzt herzlich ein, im Rathaus sozusagen in den Armen der Exekutive, wirklich zur Würdigung der Person Gunther Hilliges zu kommen. Ich habe heute sehr viel gelernt, bin außerordentlich dankbar für jede und jeden, die gekommen sind. Es wird derzeit viel von Globalisierung geredet. Aber Gunther Hilliges hat damit angefangen, vor vielen, vielen Jahren, als die Erde entwicklungspolitisch noch eine Scheibe war. Er hat vielen von uns klar gemacht, dass die Erde nun rund ist und alles, was wir machen, irgendwann hier wieder ankommt. Und dieses Gefühl ist etwas, was mir bleibt und mir ein warmes Gefühl gibt. Ich wünsche Ihnen allen noch einen schönen Abend und ich freue mich, wenn Sie jetzt die persönliche Würdigung von Gunther Hilliges im Rathaus mitmachen. Herzlichen Dank!

„Die Friedensarbeit aus und von Bremen“

Hans Koschnick, Bürgermeister a. D.

Lassen Sie es mich, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, gleich zu Anfang sagen: „Wir Bremer halten nicht viel von pathetischen Erklärungen oder hehren Zielsetzungen, wenn es um die Bewältigung von Problemen geht, die von Menschen selbst ausgegangen sind“. Und solcher Art sind doch die Versuche, anstelle „alle Macht den Stärkeren“ wirklich Wege der Vermeidung archaischer Gewalt zu gehen, die, wenn sie erfolgsorientiert sein sollen, vor allem von der Bereitschaft abhängen, sich aktiv für ein höheres Maß von Verständigung einzubringen. Und dieses bedingt die permanente Suche nach einem Mehr an Gerechtigkeit.

Frieden – also auch Arbeit für den Frieden – ist nämlich nicht eine Konsequenz militärischer Stärke und soldatischer Einsatzbereitschaft – diese können im Konfliktfall bestenfalls Waffenruhe erzwingen –, sondern Ausdruck gegenseitigen Respekts, verbunden mit dem Willen, Gerechtigkeitsdefizite und dadurch aufkommende Meinungsverschiedenheiten bei einander widersprechenden Interessen ohne Gewaltanwendung zu überwinden. Von wirklichem Frieden kann man deshalb nur dann sprechen, wenn man Unterschiedlichkeit (nicht Ungleichheit) als Existenzbedingung versteht und bereit ist, den Anderen auch und gerade in seinem Anderssein zu akzeptieren. Diese Akzeptanz kann man mit Waffengewalt bzw. ökonomischer Übermacht nicht erzwingen, sie muss wachsen, wachsen durch Einsicht.

Einsichten sind erforderlich, der Abbau von auch liebge gewordenen Vorurteilen ist geboten sowie die Bereitschaft zum Teilen von Gütern und Verantwortung wollen wir die Bedingungen für ein Anwachsen an friedensstiftender Zuwendung wirklich zur Maxime unseres Handelns machen.

Alles das war jedenfalls Grundanliegen bremischer Aussöhnungspolitik. Diese war verankert im Bewusstsein breiter Schichten, die aus den Erfahrungen unserer Geschichte die erforderlichen Konsequenzen ziehen wollten, geformt und vorangetrieben von Menschen in politischer Verantwortung, gestützt und mit ideellem Eifer getragen von Gruppierungen sozialer wie humanistischer Gesinnung und von einer nicht geringen Zahl von Einzelnen, die das, was sie als Gewissenspflicht erkannten, nicht abtreten wollten an

Institutionen und Einrichtungen, wohl aber ihren eigenen Beitrag leisten wollten. Die Saat allgemeinen gesellschafts-politischen Neudenkens war in Bremen aufgegangen, gewiss nicht allumfassend und durchbrechend für alle Zeiten, aber dennoch spürbar im Gegensatz zu früheren Bewusstseinslagen.

Auf diesem urbanen Feld bewusster Suche nach menschen- und zeitgerechten Antworten für eine friedlichere Welt war es ein Anliegen derer, die es ernst nahmen mit der Sicherung der Grundbedürfnisse aller Erdenbürger. Sie vertraten den Vorrang von schulischer Bildung wie auch gesundheitliche Versorgung für alle; sie sahen in einer wirtschaftlichen Grundversorgung bessere friedensstabilisierende Entwicklungen als in der im Umgang unter den Staaten üblichen Verstärkung von Gewaltmitteln; die Sicherung staatlicher Integrität sollte auf gewaltfreiem Konsum beruhen.

Die Ressourcenverschwendung für den militärisch-industriellen Komplex – nicht nur in den Industriestaaten – stand in vielen Teilen der Welt im schreienden Gegensatz zu den wirklichen Bedürfnissen einer wenn auch nur eingegengten menschenwürdigen Existenz.

Sicherheit durfte nicht mehr allein mit Waffen und uniformierten Verbänden durchgesetzt werden, sondern sollte durch die bewusste Förderung eines Klimas des gewaltfreien Zusammenlebens angestrebt werden, in dem





konfliktbetonte Veränderungen durch gegenseitige Verständigungsbemühungen abgelöst würden.

Zugegeben, das war die Hoffnung, wenn auch nicht die Realität der letzten 50 Jahre. Diktatorische Regime, Unterdrückung von nationalen und anderen Minderheiten, neue konfessionelle Spannungen wie blutige Bürgerkriege bestimmten die Ereignisse der Zeit. Nicht zuletzt die bipolare Aufteilung der Welt unter den Supermächten ließen die prinzipiellen Forderungen nach einem höheren Maß an nicht zur Umsetzung gelangten Gerechtigkeit zur ideellen Forderung verkommen. In dem Prokrustesbett ideologischer Voreingenommenheit oder machtpolitischer Vorrangstellung blieben sie kaum verwirklicht; Macht und Gewalt, nicht Einsichten blieben die bestimmenden Faktoren in einer in sich zerrissenen Welt.

Doch so unvollkommen die Realität auch war, wir wollten in Bremen einen bestimmten – zugegeben nicht weltumspannenden – Beitrag zu einem Mehr an Gerechtigkeit, an Mitmenschlichkeit, an sozialer Mitverantwortung leisten und ein deutliches Signal gegen die Verletzung von – wie wir auch heute noch meinen – unantastbaren Menschenrechten setzen.

Angetrieben von den soeben genannten Vorstellungen und eingebettet in den Aufbruch gegenwartsbewusster Menschen, die das aus dem Gestrigen überlieferte Heute nicht mehr als unabänderlich hinnehmen wollten, sahen wir unser Anliegen in der Unterstützung von Entwicklungszusammenarbeit mit dem Schwerpunkt „dritte“ Welt – wie wir es damals nannten. Heute wissen wir mehr von den Realitäten unserer „einen“ Welt –, aber sehen auch die Chance einer neuen gerechteren Weltordnung.

Angespornt von den Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen (NGO's) in Krisengebieten unserer Erde, nicht zuletzt von den ersten Deklamationen und Beschlüssen der Vereinten Nationen in Richtung auf gesundheitliche und schulische Versorgung von Kindern in allen Kontinenten und der Hilfe für Kriegs- und Bürgerkriegsbetroffene, also die Opfer der von Exzessen kriegerischer Gewalt, und als Folge, die ersten nationalen wie überna-

tionalen Maßnahmen zur konkreten Hilfe, wuchs die politische Einsicht auf Mitverantwortung der angeblich heilen Welt für die Überwindung von Gewalt und Strukturschäden in Afrika und Asien, später auch in Lateinamerika.

Der Weg von der Entwicklungshilfe zur Zusammenarbeit mit den in Entwicklung befindlichen Staaten war ein mühseliges Vorhaben. Es wurde dort am frühesten begangen, wo die NGO's bewusstseinsmäßig vorgearbeitet und erreicht hatten, dass in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für gemeinsame Verantwortung wuchs.

So auch in Bremen. Terre des hommes, kirchliche Organisationen, das Rote Kreuz, die Solidargemeinschaften der Arbeiterbewegung, wie die in der Friedensarbeit besonders verpflichteten Freiwilligenorganisationen, hatten hier das Klima für eine breitere Bewusstseinslage in der Öffentlichkeitsarbeit geschaffen. Dieses gesellschaftspolitische Klima und das Engagement Einzelner, inzwischen auch von den Medien gewürdigt, führte dazu, dass Senat und Bürgerschaft der Freien Hansestadt Bremen sich der gezielten Entwicklungszusammenarbeit annahmen.

Wir schrieben das Jahr 1977, als ich zum ersten Mal mit der Frage nach eigenständigem Mittun des Bremer Senats konfrontiert wurde. Nicht mehr allein die Mitwirkung über den Bundesrat an dem sich seit 1970 verstärkenden Bundesengagement für Entwicklungsarbeit im nationalen wie internationalen Feld (in Sonderheit in und über die Vereinten Nationen) sollten genügen und schon gar nicht allein die ansonsten von der Bremer Politik sehr beachteten Außenhandelsinteressen früherer Art durften wieder Maßstab werden, sondern wir wollten der Gerechtigkeitslücke im Rahmen unserer Möglichkeiten entgegenwirken. Das war jedenfalls die Forderung der außerhalb der parlamentarischen Ebenen wirkenden Organisationen, Institutionen und persönlich Engagierten.

Einer, der damals ganz allmählich Sprecher vielfältiger Initiativen geworden war, war ganz unbestritten der damalige Vertreter von terre des hommes, Gunther Hilliges. Er behakte uns nicht nur mit seinem Engagement für sachgerechte politische Antworten auf die Fragen unserer Zeit.



Sein humanitäres Anliegen, auf jeden Fall zunächst einmal für die durch Krieg und brutale Gewalt unmittelbar Betroffenen zu sorgen und ihnen zu helfen, war das eine, das andere war konzeptionell sich auf neue Grundlagen bremscher Mitverantwortung auf diesem Feld der Politik langfristig festzulegen. Eine solche Konzeption forderte ich damals von ihm ein – jedenfalls als Gedankenstütze, um mit den parlamentarischen Verantwortlichen wegen der damit notwendig werdenden langfristigen Festlegungen zu einem Einvernehmen zu gelangen. Es gelang, die Handschrift des Entwurfs war unverkennbar. Gunther Hilliges war eben nicht nur ein Inspirator und Drängender, er war auch ein konzeptionell Prägender.

Die vorgestellten Überlegungen überzeugten keineswegs alle, manch' einer war gegen Festlegungen, andere dagegen, dass bremsische Wirtschaftsinteressen nicht im Vordergrund stehen sollten, doch alles in allem kam es zu dem notwendigen Entscheid. Nicht nur das Was wurde angesprochen, auch das Wie wurde festgelegt. Das Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit – wie es letztendlich hieß – wurde errichtet und damit eine relativ von den bremsischen Tagesentscheidungen unabhängige Dienststelle errichtet, die im Rahmen der zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln konzeptionell und praktisch belegen konnte, dass es uns nicht um populistische Augenwischerei ging, sondern um Anstöße prinzipieller Art.

Immer von der Voraussetzung ausgehend, wo es geht, der das friedliche Zusammenleben gefährdenden Massenarmut entgegenzuwirken, die Grundbedürfnisse der Menschen im Blick zu behalten und mit einfachen, aber wirksamen Mitteln Anstöße zu geben und Beispiele zu setzen, konnte dann mit beachtlichem Erfolg die kleinräumige Bio-Gas-Entwicklung propagiert werden. Ausgehend von nachgewiesenen Erfolgen bei dem vom Bremer Landesamt initiierten Biogas-Anlagen in Indien (Purna) konnten die Anlagen auch im afrikanischen Kontinent Fuß fassen und international diese Möglichkeiten, aus den ländlichen Abfällen noch preisgünstig Energie zu erzeugen, als Hilfen für bäuerliche Existenzen andienen. Ähnliches wurde möglich, bei bestimmter Form kostengünstig (kostenunab-



hängige) Wasserversorgungen in bestimmter – sprich dafür geeigneten – Gebieten unseres Nachbarkontinents zu realisieren. Ich zähle dieses nur auf, um deutlich zu machen, dass bei allen ideellen Engagements, die man konsequent und auch in der öffentlichen Auseinandersetzung leidenschaftlich austrug, zuerst und vor allen Dingen die praktische Unterstützung in der auf Zusammenarbeit Angewiesenen im Vordergrund dieser Aktivitäten stand. Der zweite Schwerpunkt des Landesamtes für Entwicklungszusammenarbeit war Überzeugungsarbeit nicht nur gegenüber der bremschen Öffentlichkeit wegen der Notwendigkeit, Verbündete und Partner bei der Wirtschaft zu finden und die – soweit gewünscht – Koordinierungsfunktion bei dem Einsatz von NGO's wahrzunehmen, sondern zeitgleich die aktive Unterstützung des Kampfes gegen prinzipielle Menschenrechtsverletzungen zu propagieren. Das Landesparlament, die Bremische Bürgerschaft und die Landesregierung wurden gewonnen. Man überzeugte viele Politiker des bremschen Zwei-Städte-Staates und konnte auch erreichen, dass ab 1988 im zweijährigen Turnus der Bremer Solidaritätspreis vergeben wird. Die Preisträger sind Ausweis für die mit dem Solidaritätspreis verbundene Vorstellung. Von Nelson Mandela über in Fragen der Menschenrechte besonders engagierte kirchliche Würdenträger in Lateinamerika, über von den Regimes bekämpfende Dissidenten aus Myanmar oder China bis zu den Vorkämpfern für die Selbstbestimmung indigener Bevölkerung oder Friedensaktivisten in Israel und Palästina gibt es ein klares Profil der Ausgezeichneten – sie alle standen als von der Staatsmacht Ungeliebte ein für Freiheit, Selbstbestimmung und kooperative Verantwortung. Sie waren zu Hause, in der Region und darüber hinaus für viele in der Welt Beispiel. Etwas, was ich auch für die Gruppen und Institutionen sagen kann, die in den Kreis der Preisträger aufgenommen wurden – als ein Beispiel erwähne ich nur „Amnesty International“.

Kurzum, der Bremer Solidaritätspreis bekam ein eigenes Gewicht, auf das ich stolz bin. Dass bei der Suche nach geeigneten Preisträgern die Geschäftsführung bei Gunther Hilliges lag – bei der Auswahl und der Vorbereitung –, und er die Arbeit der jeweiligen Jury mit Rat und Tat überzeu-

gend begleitete, mag als weiterer Hinweis auf das mir gestellte Thema und auf einen damit verbundenen Verantwortlichen sein. Es ging ihm um einen konkreten Dienst an universalen Menschenrechtsideen; der Preis sollte Unterstützung für eine bewusste Weiterführung eines aufgenommenen Ringens um mehr solidarische Gerechtigkeit in unseren Tagen sein. Der Solidaritätspreis sollte unsere Beteiligung am Einsatz gegen Unterdrückung, Unfreiheit und Ungleichheit deutlich machen.

Dass uns hierfür eine eigene recht selbstständige Verwaltungs- und Beratungseinheit zur Verfügung stand, war mehr als hilfreich. Deshalb konnte ich auch in meinen Amtsjahren für die Errichtung ähnlicher eigenständiger Bereiche in den anderen Ländern der Bundesrepublik werben und zugleich bei den kommunalen Spitzenverbänden zu Hause und in der Welt Einsichten für eine Verflechtung von nationalen, regionalen und kommunalen Engagements auf dem Feld von Entwicklungszusammenarbeit vermitteln. Auch hier war das Landesamt mir mehr als hilfreich, Gunther Hilliges war auch hier Botschafter notwendiger und in der Zielsetzung guter Zusammenarbeit.

Bremen gab somit kein schlechtes Beispiel. Und dennoch gibt es auch Grund zur Klage. Waren die 80er Jahre in Bremen geprägt von dem Kampf um Erhöhung der Mittel (nach Erweiterung der Aufgaben) für das Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit, so waren die 90er Jahre und folgende Anlass zu einem nicht immer gelungenen Abwehrkampf gegen Mittelkürzung und gar gegen das Infragestellen der Arbeit als staatlich gebotene Aufgaben. Die Haushaltsenge und eine nunmehr keineswegs unbestrittene Mitverantwortung für die Entwicklung von Regionen und gesellschaftliche Zustände weit über den Horizont enger regionaler Interessen hinaus, haben manches – ich hoffe nicht alles – in Frage gestellt, was einmal als Grundlage und Anliegen einer konkreten Friedensarbeit aus und von Bremen gesehen wurde.

Ich setze deshalb auch bei den jetzigen Veränderungen darauf, dass die prinzipielle Bereitschaft gegenseitiger Unterstützung trotz zugegebener Finanzenge prinzipiell nicht in Frage gestellt wird.

Bremens Beiträge zur Entwicklungszusammenarbeit

Zur Geschichte der wichtigsten Schwerpunkte von Gunther Hilliges

- **1978** überlegten Bürgermeister Hans Koschnick und ich Chancen für eine verbesserte Entwicklungspolitik des Landes Bremen auszuloten. Er ermunterte mich, Vorschläge für Bürgerschaft und Senat auf der Basis meiner Erfahrungen in verschiedenen Nichtregierungsorganisationen, insbesondere bei terre des hommes, BORDA (Bremer Arbeitsgemeinschaft für Überseeforschung und Entwicklung) und biz (Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung) zu entwickeln. Die Bürgerschaft debattierte im Juli 1978 diese Vorschläge und forderte den Senat auf, eine zentrale Verantwortlichkeit für Bremens Entwicklungszusammenarbeit zu schaffen.
- **1979** wurde im Februar das Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit beim Senator für Wirtschaft und Außenhandel als abteilungs-freies Referat gegründet. Mein Stellvertreter wurde Herr Peter Diemer, für den Haushalt war Herr Karl-Heinz Schilling und als meine Sekretärin Frau Irene Carstens im ersten LafEz-Team. Bis heute arbeitet das LafEz eng mit den jeweils zuständigen Ausschüssen der Bürgerschaft zusammen.
- **1980** beschlossen Senat und Bürgerschaft ein neues Konzept für Bremens Entwicklungszusammenarbeit, in dem es auch um die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern und die Förderung von Nichtregierungsorganisationen z. B. durch die ersten Biogasprojekte von BORDA in der Nachfolge der indischen terre des hommes-Projekte nahe Pune ging.
- **2005** können wir Bremer auf einige erfolgreiche Kurskorrekturen in der Entwicklungspolitik Deutschlands verweisen, die ohne die verlässliche und freundschaftliche Zusammenarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen nicht gelungen wären:
- Viele Länder fördern heute regenerative und sozial integrierte Energieprojekte und unterstützen dabei Süd-Süd-Kooperationen.
- Viele Länder fördern das Engagement ihrer Kommunen und stärken durch Vernetzung kommunale Entwicklungszusammenarbeit und lokale Agenda 21-Prozesse.
- Bremen fördert seit **1995** die Vernetzung lokaler Agenda 21-Prozesse im Süden Asiens und Afrikas und hat dazu beigetragen, diese Erfahrungen für ähnliche Prozesse in Westafrika zu nutzen.
- Entwicklungspolitische Bildungsarbeit von Nichtregierungsorganisationen wird seit 1988 auch von den meisten anderen Bundesländern gefördert. Die Zusammenarbeit mit den Bildungsministerien hat sich deutlich positiv entwickelt.
- Viele Länder fördern die entwicklungspolitische Bildungs- und Vernetzungsarbeit ihrer NRO und haben neue Allianzen mit Wissenschaft und Wirtschaft und zu den Netzen der Umwelt-, Friedens- und Frauen-Gruppen gebildet.
- „Entwicklungspolitik ist Teil einer globalen Strukturpolitik“. Diese Forderung der Memorandumgruppe entwicklungspolitischer Experten in Deutschland wurde **2002** von der neuen Bundesregierung übernommen. Die Memoranden werden seit 1994 jeweils zu den Bundestagswahlen erarbeitet.
- **1985** gründeten Vertreter aus Bremen und den Niederlanden das weltweite Netz „Towns & Development“, um nicht länger auf die wichtigen Potenziale der Gemeinden in der Entwicklungszusammenarbeit zu verzichten.
- **1988** wurde in Bremen das erste deutsche lokale Nord-Süd-Forum gegründet. 1989 folgten Bremerhaven, Bonn, Mainz und bis 1994 weitere rund 100 lokale Nord-Süd-Foren als Ergebnis der Nord-Süd-Kampagne des Europarats „Interdependenz und Solidarität“.
- Deutschlands Beitritt zum Nord-Süd-Zentrum des Europarats in Lissabon und die Schaffung einer Vernetzungsstruktur für das deutsche kommunale Nord-Süd-Engagement wurde seit 1989 in den jährlichen Bundeskongressen der Kommunen gefordert und endlich **2001** politisch verwirklicht. Zuvor hatten Mainz und Bonn viel zur Stärkung und Zusammenarbeit der Kommunen in Deutschland beigetragen.
- **2001** gründeten Bund, Länder, kommunale Spitzenverbände und NRO bei InWent in Bonn die gemeinsame „Service-Stelle für die Kommunen in der Einen Welt“.
- Seit **1989** hat Bremen die Arbeitsgruppe entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit aufgebaut und bis 2005 geleitet. Die Plakatausstellung und das Informationsmaterial der Länder gehen auch auf die gute Zusammenarbeit mit WUS (World University Service) in Wiesbaden zurück. Diese NRO unterstützte die Bildungs-AG seit ihrer Gründung. Gemeinsam wurden die großen entwicklungspolitischen Bildungskongresse 1990 in Köln und 2000 in Bonn durchgeführt. Fast alle Länder organisierten später Umsetzungsaktivitäten und beteiligten sich zunehmend an der 2005 gestarteten weltweiten Dekade der Vereinten Nationen zur „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“, die 2014 enden soll und deren Schirmherrschaft Bundespräsident Köhler kürzlich übernommen hat. Die neu formierte Ad hoc-Bildungs-AG des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit wird auf Einladung von Landtag und Landesregierung aus Thüringen im November 2005 mit dem neu gegründeten deutschen Runden Tisch zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in Erfurt zusammentreffen. Die angekündigte Grundsatzrede zur Bildung wird Bundespräsident Köhler möglicherweise aus diesem Anlass in Erfurt halten. Ich wurde eingeladen, die Moderation der Grundsatzdiskussion zur Eröffnung der Bildungskonferenz zu übernehmen.
- **1990** zeichnete die UNO in Europa Helsinki und Bremen für neue erfolgreiche Wege in der Entwicklungszusammenarbeit aus.
- BORDA und LafEz arbeiten personell und finanziell seit **1979** eng zusammen und haben Bremen auf der UN-Weltkonferenz für erneuerbare Energien im Juni **2004** in Bonn vertreten.
- BORDA wurde **2004** vom Staatspräsidenten Indiens für seine neuen Technologien in der Abwasserbehandlung und regenerativen Energien ausgezeichnet.
- Bürgerschaft und Senat haben **1987** den Bremer Solidaritätspreis gegründet, der alle zwei Jahre verliehen wird. Erste Preisträger waren **1988** Winnie und Nelson Mandela. Es folgten u.a. Aung Sang Suu Kyi aus Birma/Myanmar, Han Dong-Fang, ein Menschenrechtler aus China und **2005** Vertreter gegen Straflosigkeit und Opfer-Angehörige der Verbrechen der Militärdiktatur Argentinien. Neben einem Geldpreis wird den Preisträgern eine Bronzefigur der Bremer Stadtmusikanten als Zeichen der Solidarität für den Einsatz gegen Folgen des Kolonialismus und Rassismus als Ermutigung überreicht.
- Die gute Zusammenarbeit von terre des hommes und BORDA in Pune führt **1980** zur Gründung des Forums Städtesolidarität Bremen – Pune e.V. **1997** gründeten die Städte Pune/Pimpri Chinchwad und Bremen das IOA 21 (Internationale Office Agenda 21) in Pune zur Förderung der Agenda 21-Arbeit und ihrer Vernetzung in Indien/Südostasien. Die Zusammenarbeit der Handelskammern, der Universitäten, der Kliniken, der Entsorgungsbetriebe und nun auch der Transportunternehmen (BSAG) folgte.
- Bremens-Namibia-Kooperation geht seit **1976** auf Aktivitäten der Universität Bremen, verschiedener Kirchengemeinden und NRO zurück.

Seit 1979 hat das LafEz die Bildungs- und Demokratie-Projekte zusammen mit SWAPO gefördert. 1984 erschien das erste Schulbuch für ein Apartheid-freies Namibia Zusammenarbeit mit dem LIN-Institut in Lusaka/Sambia, das die Vereinten Nationen dabei unterstützte, Namibias Unabhängigkeit vorzubereiten.

- **1990** wurden das Namibia-Freiheitsfest am Elefanten und dessen neue Widmung als Anti-Kolonial-Denkmal durch Bürgermeister Klaus Wedemeier durchgeführt.
- **2004** fand im November im Rathaus die Konferenz aus Anlass des hundertjährigen Völkermordes an Herero und Nama unter Beteiligung von Ministern der Regierungen Namibias und Deutschlands sowie der wichtigsten traditionellen Führer Namibias statt. Im Herbst 2005 soll eine Gedenkstätte mit Steinen vom Waterberg in Namibia nahe dem Elefanten/HBG eingeweiht werden.
- Ein Ergebnis der Konferenz waren Vereinbarungen zur Strukturierung eines Versöhnungsdialogs, bei dem Bürgermeister Dr. Scherf eine wichtige Rolle einnehmen soll. Einzelheiten werden gegenwärtig beraten und sollen beim ersten Besuch des neu gewählten Staatspräsidenten Namibias Pohamba im Juli 2005 in Bremen vereinbart werden.
- Im Juli 2000 unterzeichneten Windhoek und Bremen eine Charta, in der sie sich im Rahmen der Zusammenarbeit für eine nachhaltige Entwicklung in beiden Städten verpflichten. Die beiden Städte waren als eines von zehn Städtepaaren für die Teilnahme am „Charters Projekt“ ausgewählt worden.
- **Seit 1979** unterstützte Bremen die Menschen in den Flüchtlingslagern bei Tindouf/S-W-Algerien und koordinierte die Beiträge verschiedener Bundesländer und NRO. Zugleich wurden das Selbstbestimmungsrecht der Sahrauis auf ein Referendum, wie es die UNO der Befreiungsbewegung F. Polisario mehrfach in Aussicht gestellt hat, unterstützt.
- **Bildung für nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte** stehen im Mittelpunkt der guten Zusammenarbeit zwischen dem Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung und dem LafEz seit 1979. Im Beschluss der Bürgerschaft vom 13.11.1985 heißt es, wie folgt: „Die Bremische Bürgerschaft wird ihre Anerkennung und Achtung vor den Leistungen der Betroffenen in den Projekten und gegenüber der Arbeit der zahlreichen freien Träger und '3. Welt'-Solidaritätsgruppen auch in Zukunft dadurch zum Ausdruck bringen, dass sie ihren Beitrag zur Unterstützung der Projekte sowie der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit leistet.“
- **Seit 1982** gab es auch eine regelmäßige Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmerkammern in ihren Fortbildungsprogrammen.
- **Interkulturelle Managementkompetenz** wird seit 2001 als Querschnittsaufgabe in der Bremer Entwicklungszusammenarbeit verstanden; dazu wurde ein Trainingsleitfaden herausgegeben.
- **Langjährige Überzeugungsarbeit** im Gesamtpersonalrat und dem DGB führte schließlich 2003 zur Gründung der Restcent-Aktion für den öffentlichen Dienst in Bremen, zunächst zur Förderung von UNICEF-Projekten im Rahmen des Partnerschaftsjahres Bremen – UNICEF und seit 2004 zur Förderung von fünf Bremer Initiativen mit ihren Projekten in Togo, Südindien, Afghanistan, Weißrussland und Ghana. Inzwischen beteiligten sich rund 4.500 Öffentlich-Bedienstete und ermöglichen ein jährliches Finanzierungsvolumen von rund 25.000 Euro. Das LafEz unterstützt den Gesamtpersonalrat durch seine fachlichen Erfahrungen. Es werden nur Projekte gefördert, die keine LafEz-Mittel erhalten.

- **1996** unterzeichneten BMZ, Bremen und CDG (heute InWent) ein Grundsatzdokument zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung von Küstenzonen (COASTMAN), das 2003 vom BMZ nach einer sehr positiven Evaluierung bis 2006 verlängert wurde. Zur Zeit laufen gemeinsam mit dem Regionalzentrum Bremen Verhandlungen über die Fortsetzung mit ausgewählten Schwerpunktaufgaben und einer eventuellen Ausweitung auf die Länder, die von der Tsunami-Katastrophe im Dezember 2004 besonders hart betroffen wurden.
- **Der Senat übertrug im Januar 2005** Herrn Hilliges und ab 01.06.2005 nach dessen Ausscheiden Herrn Horst Seele-Liebetanz die Koordination der Initiative, der drei Präsidenten von Bürgerschaft, Senat und Handelskammer zu „Bremen hilft“. Aktuell sind rund 110.000 Euro gespendet worden, die nach Beschluss des Senats verdoppelt werden. Die ersten 90.000 Euro wurden an die Projektpartner BORDA, terre des hommes und für das Projekt „Back to Life“ in Galle/Sri Lanka ausgezahlt.

Der Tabelle über Bremens finanzielle Beiträge zu den Schwerpunkten bremischer Entwicklungszusammenarbeit ist zu entnehmen, dass deutliche Kürzungen, ähnlich wie bei den meisten anderen Bundesländern, erfolgten. Ab 01.06.2005 wird sich das verbleibende LafEz (dreieinhalb Mitarbeiterinnen, Frau Kerstin Dahlberg, Frau Heidmarie Buchhammer, Frau Maike Sandkuhl, Frau Katja Eichler) unter Leitung des EU-Abteilungsleiters Christian Bruns nur noch auf wenige Schwerpunkte konzentrieren können:

- Förderung regenerativer Energie- und Abwasserprojekte mit BORDA;
- Fortsetzung und gegebenenfalls Veränderung des COASTMAN-Projekts mit InWent;
- Förderung entwicklungspolitischer Bildungsarbeit mit Schwerpunkt in Bremen;
- Fortsetzung der Unterstützung von Vernetzung lokaler Initiativen für nachhaltige Entwicklung in Deutschland und in den Partnerregionen

Im März 2004 beschloss die Bremische Bürgerschaft (Landtag) einstimmig den Antrag 'Bremens Entwicklungszusammenarbeit fortführen', in dem es u.a. heißt: „Das Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit blickt auf 25 Jahre erfolgreiche Arbeit zurück und hat damit zum ausgezeichneten Ruf Bremens in der Welt beigetragen.“[...]

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen der zukünftigen Entwicklungszusammenarbeit auch weiterhin die humanitären und ökologischen Aufgaben sowie auf EU-Ebene die Sicherung der Komplementärfinanzierung für Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sicherzustellen.

Im Juni 2004 stimmte auch Bremen dem Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder zu, wonach die Leistungen der Landesregierungen in der Entwicklungszusammenarbeit zur Erreichung der Millennium Development Goals deutlich gesteigert werden sollen.

Im Februar 2005 diskutierte die Bürgerschaft über die Zukunft der Bremer Entwicklungszusammenarbeit und die Vielzahl der Projekte, die in Zukunft nicht mehr gefördert werden können.

Hoffentlich gelingt es durch die größere Nähe zu Bremens EU-Strukturen, den Rückgang bremischer Mittel wenigstens teilweise zu kompensieren. Die bisher hohe Drittmittelquote lässt sich nicht mehr halten.

Impressum

Herausgeber:

World University Service (WUS)

Deutsches Komitee e.V.

Goebenstr. 35

65195 Wiesbaden

Fon 0611-446648

Fax 0611-446489

info@wusgermany.de

www.wusgermany.de

V.i.s.d.P. Dr. Kambiz Ghawami

Lektorat und Redaktion:

Dr. Linda Helfrich, Dr. Kambiz Ghawami

Gestaltung:

ansicht kommunikationsagentur

www.ansicht.com

Erscheinungsjahr 2007

ISBN 978-3-922845-40-9



PERSPEKTIVWECHSEL DURCH GLOBALES LERNEN

von links nach rechts:
Herr Dr. Henning Scherf, Präsident
des Senats und Bürgermeister der
Freien Hansestadt Bremen, Herr
Gunther Hilliges, ehemaliger Leiter
des Landesamtes für Entwicklungs-
zusammenarbeit der Freien Hanse-
stadt Bremen, Frau Dr. Kerstin
Kießler, Staatsrätin, Beauftragte
der Freien Hansestadt Bremen beim
Bund und für Europaangelegen-
heiten anlässlich der Verabschie-
dung von Herrn Hilliges im Bremer
Rathaus am 23.5.2005